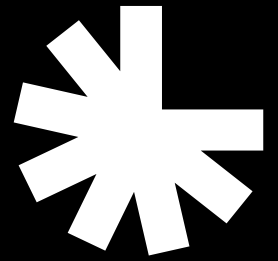


4

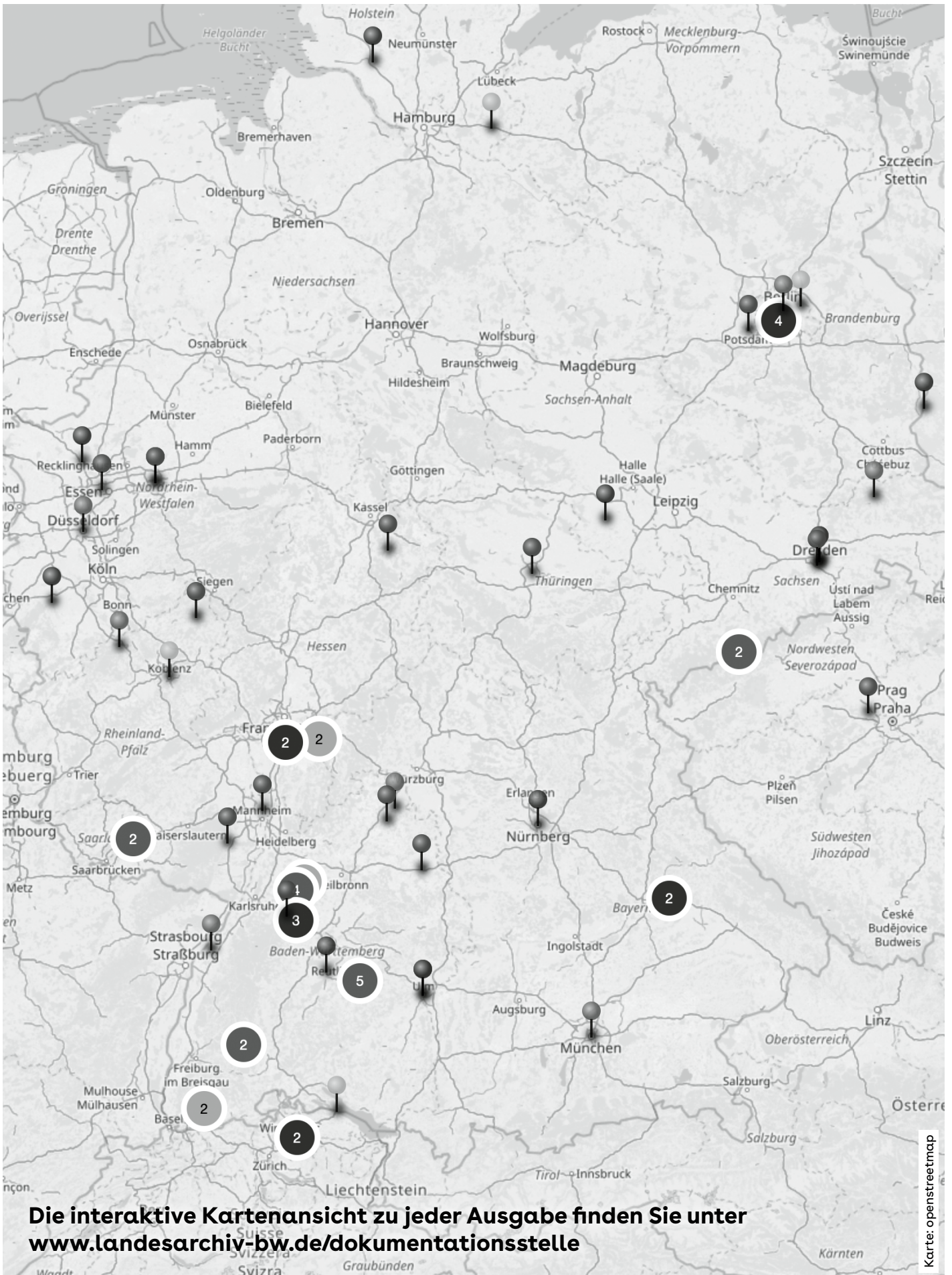


April bis Juni 2022

RECHTS.GESCHEHEN



**Landesarchiv
Baden-Württemberg**
Dokumentationsstelle
Rechtsextremismus



Die interaktive Kartenansicht zu jeder Ausgabe finden Sie unter www.landesarchiv-bw.de/dokumentationsstelle

Editorial

Von 1946 bis 1956 war das in der französischen Besatzungszone gelegene badische Rastatt eines der wichtigsten Zentren für die juristische Aufarbeitung der nationalsozialistischen Verbrechen. Rastatt war das Zentrum der Strafverfolgung in der französischen Besatzungszone. In der Sonderausstellung „Die Rastatter Prozesse – NS-Verbrechen vor Gericht“ hat sich die Bundesarchiv-Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte im Rastatter Residenzschloss diesem außerhalb Badens weithin vergessenen Themenkomplex gewidmet. RECHTS.GESCHEHEN berichtet in einem Themenschwerpunkt über die gelungene Ausstellung.

In erster Linie befasst sich RECHTS.GESCHEHEN mit aktuellen Entwicklungen im Rechtsextremismus. Jedes Heft enthält aber auch Beiträge, in denen auf historische Ereignisse zurückgeblickt wird. Hier wird z.B. auf den historischen Nationalsozialismus Bezug genommen, aber auch auf Aktivitäten neonazistischer Gruppierungen in der Nachkriegszeit oder auf flüchtlingsfeindliche Anschläge in den 1990er Jahren. Wir halten diese Rückblicke für wichtig, um deutlich zu machen, an welche Traditionen heutige Rechtsextremisten anknüpfen und zu welchen Konsequenzen dieses Denken führen kann. Und in der Tat bekennen sich die rechtsextremen Akteure auch selbst explizit zu ihren nationalsozialistischen Vorbildern. Einige Beispiele aus diesem Heft:

- Die Neonazi-Kleinstpartei Der III. Weg führte im April in Württemberg eine Gedenkaktion für die Russische Befreiungsarmee durch. Die Russische Befreiungsarmee kämpfte im Zweiten Weltkrieg auf der Seite der deutschen Kampfverbände.
- Ebenfalls Der III. Weg erklärte zum 8. Mai: „Dem Mainstream entgegen feiern wir nicht den sogenannten ‚Tag der Befreiung‘, sondern gedenken unserer Opfer. Denn jene Männer und Frauen waren es, welche einst für ein freies deutsches Vaterland ihr Leben gaben. Ihr Opfer sei unser Auftrag.“
- Auf der Homepage des Verlags Der Schelm (gegründet 2014 in Leipzig, heutige Adresse in Thailand), wird unter anderem das antisemitische Kinderbuch „Der Giftpilz“ (erstmalig veröffentlicht 1938) angeboten.
- Nach Berichten von NDR und Süddeutscher Zeitung gibt es im Schnitt jeden Monat mehr als einen Angriff auf KZ-Gedenkstätten, Gedenktafeln und Stolpersteine.

Doch auch Bekenntnisse zu Gewalttätern und Rechtsterroristen aus jüngerer Zeit sind üblich:

- In Essen-Borbeck konnte im Mai der Amoklauf eines 16-jährigen Gymnasiasten verhindert werden. Aufgefunden wurde ein Manifest, in dem der Schüler den norwegischen Massenmörder Anders Bering Breivik als sein „Vorbild“ bezeichnet.
- Am 5. Juni 2021 hatte ein 45-jähriger türkischer Staatsbürger aus Ulm versucht, die Synagoge in Ulm in Brand zu setzen. In diesem Jahr marschierten am Jahrestag des Anschlags vier Neonazis aus dem Umfeld der Neonazi-Gruppierung Neue Stärke mit rechtsextremen Bannern vor der Synagoge auf.

Für Herbst und Winter rechnen Politiker und Verfassungsschützer mit Massenprotesten und Krawallen angesichts Energiekrise und steigender Preise. Erwartet werden sogar stärkere Proteste als während des Corona-Lockdowns. Vorstellbar seien auch konkrete Gewalttaten gegen Sachen und Personen – sowie klassischer Terrorismus mit dem Ziel eines Umsturzes.

RECHTS.GESCHEHEN behält die rechtsextreme Szene im Blick und wird in nun bereits gewohnter Weise berichten.

Karlsruhe, im Oktober 2022

Das Redaktionsteam aus der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Themenschwerpunkt

„Die Rastatter Prozesse – NS-Verbrechen vor Gericht“.

Sonderausstellung in der Bundesarchiv-Erinnerungsstätte im Rastatter Residenzschloss

Die Alliierten der westlichen Besatzungszonen, die Amerikaner, Engländer und Franzosen hatten bereits unmittelbar nach der Zerschlagung des Nationalsozialismus die Verfolgung deutscher Kriegs- und NS-Verbrechen aufgenommen. Die Franzosen etwa richteten bereits im Herbst 1944 den Service de recherche des crimes de guerre als zentrale Ermittlungsbehörde ein – im Juli 1945 tagten erstmals Kriegsgerichte. Von 1946 bis 1956 war das in der französischen Besatzungszone gelegene badische Rastatt eines der wichtigsten Zentren für die juristische Aufarbeitung der nationalsozialistischen Verbrechen.

Trotz einer Vielzahl von Anklagen und Verurteilungen sind die Rastatter Prozesse, ein bedeutendes Kapitel der deutschen Nachkriegsgeschichte, jedoch heute nur wenig im öffentlichen Bewusstsein verankert – im Gegensatz etwa zu den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen. Wenige Monate nach Ende des Zweiten Weltkrieges brachten damit nicht nur die amerikanischen und englischen, sondern auch die französischen Besatzer die NS-Verbrechen vor Gericht. Dabei mussten die Gerichte, auch in Rastatt, neue Wege des Völkerstrafrechts beschreiten.

In der Bundesarchiv-Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte im Rastatter Residenzschloss war bis zum 11. September die Sonderausstellung „Die Rastatter Prozesse – NS-Verbrechen vor Gericht“ zu sehen. Rastatt war das Zentrum der Strafverfolgung in der französischen Besatzungszone. Dort, wo sich 1849 die letzte Bastion der deutschen Revolution befand, wurde am 2. März 1946 das Oberste Gericht für die französische Besatzungszone eingerichtet: das Tribunal Général du Gouvernement Militaire de la Zone Française d'Occupation en Allemagne et en Autriche. Zwischen 1946 und 1950 wurde im Ahnensaal des Rastatter Schlosses auf der Grundlage des Kontrollratsgesetzes Nr. 10 Anklage erhoben.

Dass die Rastatter Prozesse außerhalb Badens weithin in Vergessenheit geraten sind, mag auch der Tatsache geschuldet sein, dass bis ins Jahr 2016 die Prozessakten in den französischen Archiven unter Verschluss lagen. Die Schutzfrist sollte bis ins Jahr 2056 dauern; doch die in Frankreich geltende 100-jährige Sperrfrist wurde dank einer Ende 2015 erfolgten Gesetzesänderung unter dem damaligen Präsidenten François Hollande vorzeitig aufgehoben. Durch die Gesetzesnovelle sind die Akten für die Forschung im Centre des archives diplomatiques in der Stadt La Courneuve (Département Seine-Saint-Denis) zugänglich. Circa vier Kilometer nord-nordöstlich von Paris entfernt, lagert ein Fundus aus tausenden Dokumenten, Bildaufnahmen und Dossiers.

Rastatt, im Herzen der Besatzungszone gelegen, wurde als Ort des Obersten französischen Militärverwaltungsgerichtes gewählt, da das riesige Residenzschloss die notwendige Infrastruktur für die gesamte Logistik des Tribunals bot - Gerichtsverwaltung, Dolmetscher, Gerichtsräume und vieles mehr konnten untergebracht werden. Außerdem hat Rastatt zahlreiche Gefängnismöglichkeiten gehabt. Ebenso spielte die Nähe zu Baden-Baden eine Rolle. Dort befand sich seit Juli 1945 der Sitz der französischen Militärregierung.

In der Ausstellung geben Bilder und Dokumente aus dem Bundesarchiv, dem Kreisarchiv und dem Stadtarchiv Rastatt sowie aus französischen Archiven Aufschluss über die Geschichte des Rastatter Tribunals. Auf 21 Bild- und Texttafeln wird die Geschichte der Rastatter Prozesse nachgezeichnet. Es handelt sich um eine Wanderausstellung. Die Tafeln können kostenfrei als Poster-Set bestellt und beispielsweise in Schulen gezeigt werden.

Vorgeschichte der juristischen Aufarbeitung der nationalsozialistischen Verbrechen

In der Ausstellung wird die Herausforderung der juristischen Aufarbeitung der NS-Verbrechen näher beleuchtet. Die bisherigen Rechtsnormen reichten dafür nicht aus. Die Strafverfolgung musste neue Wege finden, um die staatlich organisierten Verbrechen des Dritten Reiches ahnden zu können. Neue Grundsätze der Rechtsprechung wie der Straftatbestand „Verbrechen gegen die Menschheit“ (crimes against humanity) mussten geschaffen werden.

Einleitend ist der Ausstellung zu entnehmen, dass am 3. Januar 1942 neun europäische Exilregierungen im Beisein von Vertretern der kriegführenden Großmächte erklärten, dass die Verbrechen der NS-Gewaltherrschaft vor Gericht gebracht werden sollen. Der Grundstein für eine internationale Strafverfolgung war damit gelegt. 1943 gründeten 17 Staaten die United Nations War Crimes Commission. Auf der sogenannten Potsdamer Konferenz am 8. August 1945 beschloss England, USA und die UdSSR die Weichen für die strafrechtliche Ahndung von NS-Verbrechen. Etwa zeitgleich be-

rieten in London Vertreter der drei Alliierten und Frankreichs über Rechtsgrundlagen, Verfahrensfragen und Anklagepunkte (Londoner Statut). Sie formulierten die Grundsätze für den Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher, der am 20. November 1945 begann. Die Anklage lautete: Verschwörung, Verbrechen gegen den Frieden, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschheit. In ihren Besatzungszonen strebten die Siegermächte eigene Prozesse an. Rechtsgrundlage war das sich an der amerikanischen Rechtsordnung orientierte Kontrollratsgesetz (KRG) 10, eine neu geschaffene, rückwirkend geltende Rechtsgrundlage vom 25. Dezember 1945. Die Richter übernahmen die Vorstellung, dass die in den Konzentrations- und Vernichtungslagern verübten Verbrechen als „gemeinschaftliche Handlung“ begangenen worden seien. Juristen sprechen dabei von der „entreprise collective“ (common sense), dem gemeinschaftlichen Vorhaben. Ein Vorgehen, das sich im deutschen Justizsystem – bezogen auf NS-Verbrechen – erst 2011, mehr als 60 Jahre später, mit der Verurteilung des 91-jährigen John Demjanjuk, einst Aufseher im Vernichtungslager Sobibor und im Konzentrationslager Flossenbürg, durchsetzte.

Die Prozessführungen, sei es in Nürnberg oder Rastatt, waren Ausdruck der politik- und sozialwissenschaftlich gestützten Überzeugung, dass die historische Verantwortung für die nationalsozialistischen Verbrechen nicht nur bei einer kleinen Clique ideologischer Überzeugungstäter, sondern darüber hinaus bei breiten gesellschaftlichen Trägergruppen lag, insbesondere bei den nationalsozialistischen Funktionsebenen.

Die Tatsache, dass „Verbrechen gegen die Menschheit“ ein völkerrechtlicher Tatbestand war, der erst wenige Monate nach der Befreiung vom Nationalsozialismus geschaffen wurde, machte es den (deutschen) Gegnern der NS-Kriegsverbrecherprozesse leicht, von „Siegerjustiz“ zu sprechen. Begegnet wurde diesem Akzeptanzproblem in Rastatt durch gewissenhafte Nachweise der individuellen Schuld der Angeklagten. Damit hat dieses Gericht nicht nur viel für die Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich getan, sondern langfristig auch für das moderne Völkerstrafrecht, das die Welt zu einem etwas sichereren, besseren Ort gemacht hat.

Das Militärverwaltungsgericht in Rastatt führte 235 Prozesse gegen nationalsozialistische Funktionsträger und Gewalttäter, davon etwa zwei Dutzend große Strafverfahren. Anklage wurde in Rastatt gegen mindestens 2.130 Personen erhoben, 1.639 von ihnen wurden verurteilt, 491 freigesprochen. 105 Mal wurde die Todesstrafe verhängt, diese 62 Mal vollstreckt. Todesurteile gab es nach dem Krieg auch vor deutschen Gerichten – bis zu dem Verbot im Grundgesetz 1949. Verhandelt wurden vor allem Verbrechen, die in kleineren NS-Lagern des Südwestens an Gefangenen und Fremdarbeitern begangen worden waren und von anderen Gerichtshöfen der Alliierten nicht behandelt wurden. Das Gericht war damit zuständig für alle die Lager und Kommandos, die räumlich zwischen dem Saarland, dem Gebiet des heutigen Rheinland-Pfalz und dem Bereich zwischen Rastatt/Baden-Baden bis nach Südbaden und Südwürttemberg-Hohenzollern eingerichtet waren. Karlsruhe und Nordbaden zählten zur amerikanischen Zone.

Straftaten, die während des Kriegs auf französischem Territorium stattgefunden hatten, fielen in Ausführung der Moskauer Deklaration von 1943 in die Zuständigkeit von Militärgerichten in Frankreich. Revisionsverfahren fanden in Rastatt vor dem Tribunal Supérieur bis 1954 statt. 1956 wurde das Gericht endgültig aufgelöst. Die Rastatter Prozesse gehören zu den größten alliierten Kriegsverbrecherprozessen nach dem Zweiten Weltkrieg.

Verhandelt wurden in Rastatt unter anderem:

Beim eigentlichen Prozessbeginn am 15. Mai 1946 – mit dem ersten von insgesamt zwölf Prozessen – wurde zunächst gegen den Leiter des Gestapo-Lagers Neue Bremm (Saarbrücken) und seinen Adjutanten verhandelt. Die ersten Urteile fielen am 5. Juni. Die ersten vier Folgeprozesse vom 9. Dezember 1946 bis zum 21. November 1947 behandelten Vorgänge und Verbrechen in den Außenlagern des KZ Natzweiler-Struthof und des Sicherungslagers Schirmeck-Vorbruck (beides im Elsass) sowie Vulkan/Haslach im Kinzigtal, in Rastatt-Niederbühl, Gaggenau-Rotenfels, Vaihingen und in Hessental.

15. Mai – 5. Juni 1946: Prozess gegen Fritz Schmoll, den Leiter des Gestapo-Lagers Neue Bremm, Saarbrücken und seinen Adjutanten Karl Schmieden.

9. Dezember 1946 – 21. November 1947: 4 Prozesse gegen Verantwortliche und Personal von kleineren Konzentrationslagern in Württemberg. Im Wesentlichen handelte es sich dabei um Außenlager des KZ Natzweiler-Struthof und des Internierungs- und Umerziehungslagers Schirmeck-Vorbruck („Unternehmen Wüste“; Haslach-Vulkan; Niederbühl; Gaggenau-Rotenfels; Vaihingen; Kochendorf; Unterriexingen; KZ Hessental).

23. Dezember 1946 und 6. Januar 1947: Prozess gegen Heinrich Tillessen (Mörder von Matthias Erzberger).

22. – 31. Juli 1947: KZ Bruttig-Treis.

26. April – 14. Mai 1948: KZ Außenlager Porta Westfalica.

15. Juni – 28. Oktober 1948: SS-Sonderlager Hinzert.

30. Juni 1948 – 25. Januar 1949: Röchling-Prozess.

Angeklagt waren: Hermann Röchling, Ernst Röchling, Hans-Lothar von Gemmingen sowie die Direktoren Wilhelm Rodenhausen und Albert Maier.

12. und 29. Dezember 1949: Prozess gegen Aufseherinnen des KZ Ravensbrück.

17. April – 13. Mai 1950: Prozess gegen Fritz Suhren, SS-Sturmbannführer und Lagerkommandant sowie Hans Pflaum, SS-Oberscharführer im KZ Ravensbrück.

Gegen die Urteile konnten Rechtsmittel eingelegt werden. Ebenso durften die Verurteilten Revisionsanträge stellen und Gnadengesuche einreichen.

Die Prozesse gegen deutsche Kriegs- und NS-Verbrecher sind ein Beleg dafür, dass gegen eine Vielzahl der Täter und Täterinnen ermittelt und diese verurteilt wurden – eine generelle Milde lässt sich zumindest für die ersten Jahre nach dem Krieg nicht feststellen. Die Zeit arbeitete jedoch auch in Rastatt gegen das Gericht. Je enger die deutsch-französische Annäherung wurde, desto mildere Urteile wurden erwartet. In den fünfziger Jahren kamen viele in Rastatt Verurteilte durch Amnestien wieder auf freien Fuß. Im Rahmen des aufkommenden kalten Krieges verlor die Strafverfolgung von NS-Tätern an Gewicht. In der Bundesrepublik sind Ende 1958 alle von den Alliierten wegen NS-Verbrechen Verurteilten wieder auf freiem Fuß. Bereits 1960 sind mit Zustimmung des Bundestags alle im NS-Regime verübten Totschlagdelikte und schweren Misshandlungen verjährt. Nur Mord kann noch juristisch belangt werden. Am 3. Juli 1979 beschloss der Bundestag, dass Mord künftig nicht mehr verjähren sollte. 255 Abgeordnete stimmten für die Aufhebung der Verjährung von Mord, 222 Abgeordnete stimmten dagegen. Neu entdeckte Mordverbrechen aus der NS-Zeit konnten damit weiter verfolgt werden und somit der Weg für weitere Verfahren, z.B. Majdanek-Prozess, geebnet werden.

Kläger und Verteidiger

Eine Tafel widmet sich den Kontrahenten im Gerichtsaal. Der französische Staatsanwalt Paul-Julien Doll wird dort vorgestellt. Der überzeugte Europäer arbeitete maßgeblich an der Anklageschrift gegen den saarländischen Großindustriellen Hermann Röchling mit. Aber auch die deutsche Pflichtverteidigerin Helga Stödter wird gezeigt. Die Juristin Stödter, die als junge Frau von 1946 bis 1950 (unter ihrem Geburtsnamen Helga Kloninger) als Pflichtstrafverteidigerin in 295 Fällen am Tribunal Général tätig war, wurde mit 24 Jahren zur Officialverteidigerin beim Tribunal Général bestellt. Die Alliierten waren auf unbelastete Juristen angewiesen. Neue Einblicke zum Prozessgeschehen in Rastatt ermöglichte auch der Nachlass der 2011 verstorbenen Helga Stödter. Kurz nach ihrem Tod ging der Nachlass an das Kreisarchiv Rastatt.

Das Konzentrationslager Natzweiler-Struthof und seine Außenlager und Außenkommandos

Zwischen 1946 und 1949 befasste sich das Gericht in ca. einem Dutzend Verfahren mit den diesseits der Grenze gelegenen Außen- und Ersatzlagern des KZ Natzweiler-Struthof. Natzweiler-Struthof in den Vogesen war das einzige deutsche Konzentrationslager auf französischem Boden. Die im Stammlager verübten Verbrechen wurden vor dem Militärgericht in Metz verhandelt.

Vier Kilometer von Natzweiler-Struthof entfernt, lag das im August 1940 errichtete Internierungs- und Umerziehungslager Schirmeck, das erste Lager der Nationalsozialisten im Elsass. Hier waren vorrangig Elsässer inhaftiert, die die 1940 erzwungene Rückintegration der Region in das Deutsche Reich ablehnten. Einer der Aufseher in Schirmeck war Robert Wunsch, der zuletzt als Lagerleiter in Rotenfels fungierte. Dieser hatte 1945 eine Art 180-Grad-Wendung vollzogen und kurz vor Kriegsende in Gaggenau 1.500 Häftlinge freigelassen – offenbar um „seine Haut zu retten“. Wunsch wurde zum Tode verurteilt, entging aber seiner Hinrichtung.

Ein Außenlager des KZ Natzweiler-Struthof war in Iffezheim-Sandweiler, weniger als 10 Kilometer vom Gerichtsort Rastatt gelegen und lediglich 700 Meter vom nächsten Dorf entfernt. Eingesetzt wurden die Häftlinge u.a. zur Rodung von Bäumen für den Bau der heutigen Autobahn A5. Leiter des Lagers bis zu dessen Auflösung im April 1945 war der 1894 in Kehl geborene SS-Unterscharführer Albert Fuchs. Fuchs, zu lebenslanger Haft verurteilt, wurde wie viele andere verurteilte NS-Täter vorzeitig entlassen.

Konzentrationslager Natzweiler-Struthof

Das 1941 errichtete Konzentrationslager Natzweiler-Struthof, im Elsass ca. 55 Kilometer südwestlich von Straßburg gelegen, war ein sogenanntes Straf- und Arbeitslager. Das Gelände liegt in 700 Meter Höhe in den Vogesen. Das Klima dieser Gegend ist rau und wird oft im Herbst und Winter durch Kälte, Wind und Nebel bestimmt. Im Sommer dagegen sind die Temperaturen hoch und kein Schatten liegt auf dem Gelände. Das Hauptlager in Natzweiler-Struthof diente der NS-Kriegsindustrie. In Natzweiler-Struthof und seinen 50 Außenlagern und Außenkommandos im Elsass, Lothringen, Rheingau, Baden und Württemberg, waren etwa 52.000 Häftlinge inhaftiert. Die Sterblichkeit lag bei 40 Prozent. In Natzweiler-Struthof selbst waren 17.000 Menschen eingesperrt. Die Häftlinge stammten aus ca. 30 Nationen. Viele wurden aus Polen und der damaligen Sowjetunion deportiert, Häftlinge stammten auch aus Frankreich und Deutschland. In Natzweiler-Struthof waren überwiegend politische Häftlinge, aber auch Juden, sogenannte „Zigeuner“, Homosexuelle und Widerstandskämpfer inhaftiert. 22.000 Häftlinge starben an Krankheiten, Kälte, Mangelernährung oder Haftfolgen. Häftlinge wurden in Natzweiler-Struthof auch vergast oder durch medizinische Experimente getötet. Für die Durchführung dieser Experimente waren nationalsozialistische Professoren der Reichsuniversität Straßburg verantwortlich. Ein Außenlager von Natzweiler-Struthof war in Mannheim-Sandhofen. Dort waren KZ-Häftlinge untergebracht, die in Mannheim für die Autofirma Daimler-Benz Zwangsarbeit leisten mussten.

Der bekannteste Lagerkommandant in Natzweiler-Struthof war Josef Kramer. Kramer war nach seiner Tätigkeit in Natzweiler-Struthof Lagerkommandant im Vernichtungslager Auschwitz und im KZ Bergen-Belsen.

1965 wurde erstmals auf dem einstigen KZ-Gelände eine Ausstellung eröffnet. In der Nacht zum 13. Mai 1976 verübten die elsässisch-deutschnationalen und rechtsterroristischen Schwarzen Wölfe einen Brandanschlag, der das Museum zerstörte. 1979 wurde die Ausstellung ebenfalls von Neonazis attackiert. Heute sind auf dem Gelände ein Museum und das „Europäische Zentrum des deportierten Widerstandskämpfers“.

1994 verschickte Peter Rieffel, Kopf des rechtsextremen „Rates der Frankreich-Deutschen“ und einst Führer der Separatistengruppe Schwarze Wölfe, an Gesinnungskameraden die 10-seitige Eigenbroschüre „KZ Struthof“. In dem Sudelwerk bezeichnet Rieffel das ehemalige deutsche Konzentrationslager in Frankreich als „staatlichen, gewinnbringenden Wallfahrtsort“, der „ausgerüstet“ worden ist, um „X tausende Besucher DEUTSCHENHASS einzupumpfen, mittels Fälschungen, Lügen, Übertreibungen und Einseitigkeit“. Einige Zeilen weiter schreibt er in Frankreich rechtskräftig verurteilte Terrorist, dessen Kontaktadresse sich in der badischen Grenzstadt Kehl befand: „Dann gab es noch einen 100+20m großen Kartoffelbunker. Häftlinge, die bei seinem Bau während des Betonierens aus Schwäche umfielen, wurden [...] kurzerhand mit einbetoniert. Es ist nicht überliefert, wieviele es waren. Jedenfalls scheint sich das auf die Qualität von Boden, Wänden und Decke nicht nachteilig ausgewirkt zu haben.“

Gestapolager Neue Bremm in Saarbrücken

Auf mehreren Tafeln der Ausstellung wird das Gestapolager Neue Bremm, vor den Toren von Saarbrücken gelegen, thematisiert. Dem im Frühjahr 1943 errichteten Komplex Neue Bremm stand als Lagerleiter SS-Untersturmführer Fritz Schmoll vor, der eigenhändig Exekutionen im Lager durchführte. Neue Bremm war ein Männer- und ein Frauenlager, ein Terror-Ort der Geheimen Staatspolizei, der als „erweitertes Polizeigefängnis“ firmierte. Hier machten die Deportationen aus Frankreich Station. Vorwiegend für französische Widerstandskämpfer und Juden war es das Übergangslager zu den Konzentrationslagern Dachau und Auschwitz. Beim ersten Prozess vor dem Tribunal Général du Gouvernement Militaire de la Zone Française d'Occupation en Allemagne et en Autriche, der am 15. Mai 1946 begann, waren 32 Männer und fünf Frauen angeklagt. Nach 17 Verhandlungstagen wurden die 14 Hauptangeklagten zum Tod verurteilt. Das Gericht ging von gemeinschaftlich begangenen Taten aus. Alle im Lager eingesetzten Personen vom Kommandanten bis zur Sekretärin waren demnach an Unrecht und Verbrechen beteiligt. Einer der Täter war der Lageraufseher Nikolaus Drokur, der als Wachmann seinen Sadismus besonders stark ausgelebt hatte. Er wurde am 5. Juni 1946 zum Tode verurteilt und sechs Wochen später in Stollhofen bei Rheinmünster (Kreis Rastatt) in einem Waldstück durch Erschießen hingerichtet. Auffallend ist bei den auf den Tafeln dokumentierten Listen von Sterbefällen des Gestapolagers Neue Bremm, dass bei vielen jungen Häftlingen Todesursachen wie Atemstillstand, Kreislaufschwäche oder Kräftezerfall ausgewiesen waren.

NS-Wehrwirtschaftsführer Hermann Röchling

Der wohl prominenteste Angeklagte in Rastatt war der ehemalige NS-Wehrwirtschaftsführer Hermann Röchling, Mitglied des schlagenden Studentenkorps Vandaloguestphalia. Der saarländische Großindustrielle und hochrangige Funktionär der NS-Rüstungsindustrie hatte zur Elite der NS-Wirtschaft gezählt. Der industrielle Kriegsgewinner Hermann Röchling (1872–1955) war einst Chef der Völklinger Hütte und zu Beginn des Zweiten Weltkrieges Generalbevollmächtigter für die Eisen- und Stahlindustrie in Lothringen sowie der Region Meurthe-et-Moselle. Der bekennende Antisemit, der sich schon früh bei Hitler schriftlich dafür einsetzte, dass aus dem Saarland nach 1935 kein „jüdischer Naturschutzpark“ werde und der ihn bereits 1936 in einer Denkschrift zum Krieg gegen die Sowjetunion aufforderte, „das Judentum der Welt“ zu bekämpfen, hatte während des Zweiten Weltkriegs Tausende Zwangsarbeiter ausgebeutet und ließ sie bei Ungehorsam ins werknahe Straflager schicken. Der Stahlkönig von der Saar war im zehnten Rastatter Prozess angeklagt, der vom 30. Juni 1948 bis zum 25. Januar 1949 stattfand. Die „brennende Liebe zum Vaterland“, so Röchling vor Gericht, mochte ihn „hie und da etwas zu weit geführt haben“, erklärte er. Röchling wurde 1949 in zweiter Instanz als Kriegsprofiteur für den Einsatz von Zwangsarbeitern zu einer zehnjährigen Haftstrafe verurteilt, aber im Nachkriegsdeutschland bald wieder „entlassen“. 1951 kam er frei. 1955 starb er im Alter von 82 Jahren in Mannheim. 1956 wurde in Völklingen anlässlich seines 1. Todestages ein ganzer Stadtteil nach ihm benannt - Hermann Röchling-Höhe. Abgelehnt wurde die Umbenennung lediglich von der kommunistischen Fraktion.

Röchlings Verteidiger war Otto Kranzbühler, der bei den Nürnberger Prozessen den Hitler-Nachfolger Karl Dönitz vertreten hatte und im Gerichtssaal vom Kampf gegen die „rote Flut“ sprach. Im November 1945 führte Kranzbühler aus: Was die Alliierten da täten, sei eine juristische „Revolution“, ein Verstoß gegen das eherne Verbot rückwirkenden Strafens. Keine Strafe ohne – vorheriges – Gesetz. Der ehemalige Flottenrichter sollte auch später für die Familie Röchling arbeiten, unter anderem war er noch als 78-Jähriger im Aufsichtsrat bei Rheinmetall-Borsig, das 1956 von der Röchlingschen Eisen- und Stahlwerke GmbH (heute Saarstahl) übernommen worden war. Als Lobbyist versuchte er darüber hinaus bereits in den fünfziger Jahren, Schadenersatzforderungen ehemaliger Zwangsarbeiter in der deutschen Industrie mittels Gesetzesänderungen zu verhindern. 1979 startete die rechtsextreme Deutsche National-Zeitung (DNZ) aus dem Umfeld der rechtsextremen Deutschen Volksunion (DVU) eine Kampagne „Generalamnestie überfällig. Die Entschließung der 1500.“ Die Parteien des Bundestages werden aufgefordert, „ausländischen Druck zu widerstehen und weitere Manipulationen der Verjährungsfristen für angebliche oder tatsächliche deutsche Kriegsverbrechen aus dem Zweiten Weltkrieg nicht vorzunehmen, sondern eine Generalamnestie für alle bis 1945 geschehenen, direkt oder indirekt politisch bedingten Delikte jeder Art zu erlassen.“ Zu den Unterzeichnenden gehörte auch Kranzbühler.

www.bundesarchiv.de/erinnerungsstaette

www.bundesarchiv.de/DE/Content/Veranstaltungen/2022-07-08_rastatter_prozesse_rast.html

Thalhofer, Elisabeth: Die Rastatter Prozesse – eine Sonderausstellung der Erinnerungsstätte, in: Rastatter Freiheitsbote, Nr. 42 v. März 2022, S.24f: www.bundesarchiv.de/DE/Content/Artikel/Ueber-uns/Dienstorte/FoeVe_Rastatt/2022-03_rastatter_freiheitsbote.html

April

Bundesweit:
Offene Haftbefehle im Bereich der politisch rechts motivierten Kriminalität

Zum Stichtag 31. März 2022 sind laut Bundesregierung insgesamt 8.491 offene nationale und internationale Haftbefehle sowie 1.649 nationale Personenfahndungen mit politisch motiviertem Hintergrund im Polizeilichen Informationssystem beziehungsweise im Schengener Informationssystem ausgeschrieben gewesen. Von den Fahndungsnotierungen entfielen den Angaben zufolge 752 auf den Bereich der politisch rechts motivierten Kriminalität. Abzüglich der Haftbefehle ausländischer Behörden (zwei Fahndungen) richteten sich diese gegen insgesamt 568 Personen. Wie die Bundesregierung weiter ausführt, bestand zu dem Stichtag zu insgesamt 145 Personen mindestens ein offener Haftbefehl, dem ein Gewaltdelikt zugrunde lag.

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Stephan Brandner, Dr. Christina Baum, Martin Hess und der Fraktion der AfD. Nicht vollstreckte Haftbefehle zum Stichtag 31. März 2022, BT-Drs. 20/2464 vom 23. Juni 2022: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/024/2002464.pdf> / eingesehen am 1. August 2022

Baden-Württemberg:
Landesverband der Partei dieBasis hat einen neuen Landesvorstand gewählt

Am 2. und 3. April führte der Landesverband Baden-Württemberg der verschwörungsmystisch ausgerichteten Partei dieBasis ihren Landesparteitag online durch und wählte auch einen neuen Landesvorstand. Als neue Doppelspitze gewählt wurden Peter Cleiß (Oberkirch) als 1. Vorsitzender und Martin Buchfink (Karlsruhe) als 2. Vorsitzender. Sie lösen die Gründungsvorstände Andreas Baum und Dragan Nesovic ab, die beide nicht mehr zur Wahl antraten. Der im September 2020 gegründete Landesverband Baden-Württemberg zählt Eigenangaben zufolge 5.000 Parteimitglieder. Für die Zukunft sieht sich dieBasis Baden-Württemberg gut aufgestellt. „Wir verfügen in unseren Reihen über die notwendigen Kompetenzen um die wichtigen Fragen der Zukunft unseres Land (Fehler im Original) anzugehen“, betonte Buchfink, der unternehmerisch für zwei Friseurbetriebe verantwortlich ist. „Die eindimensionale Betrachtungsweise des Corona-Themas zieht sich wie ein roter Faden durch die gesamte Politik unseres Landes. Gesundheit besteht fast nur noch aus Gefahrenabwehr vor Corona, Umweltschutz wurde eingedampft auf das Thema Klima, Wirtschaftspolitik wird dominiert von Belangen der Großkonzerne und Bildungspolitik reduziert auf Strategien zur Digitalisierung“, kritisierte Buchfink.

<https://diebasis-bw.de/2022/04/diebasis-baden-wuerttemberg-hat-einen-neuen-landesvorstand-gewaehlt/> / eingesehen am 8. April 2022

<https://diebasis-bw.de/bundestagswahl/martin-buchfink/> / eingesehen am 20. Juli 2022

Baden-Württemberg:
Antisemitismusforscher beim Generallandesarchiv Karlsruhe

Der Anschlag auf die Synagoge in Halle 2019 hat nicht nur gezeigt, wie gefährlich die Lage für Juden in Deutschland weiterhin ist – die Debatte hat auch offengelegt, dass antijüdische Einstellungen schon lange in der Mitte der Gesellschaft existieren. Peter Longerich, renommierter Historiker, Holocaust-Forscher, Mitautor des 2012 veröffentlichten ersten Antisemitismusberichts des Deutschen Bundestags stellte am 5. April im Generallandesarchiv Karlsruhe sein 2021 erschienenes Standardwerk „Antisemitismus: Eine deutsche Geschichte. Von der Aufklärung bis heute“ vor.

Longerich legte dar, dass man den gegenwärtigen Antisemitismus in Deutschland nicht begreifen könne, wenn man ihn vor allem als Sündenbock-Phänomen verstehe, wie es hierzulande in Schule und Hochschule gelehrt werde. Denn der Blick in die Geschichte offenbare, dass das Verhältnis zum Judentum bis heute vor allem ein Spiegel des deutschen Selbstbildes und der Suche nach nationaler Identität geblieben sei. Longerich bezog auch Stellung zum Themenfeld Neue Rechte und Antisemitismus. Demnach konzentrierte sich die Neue Rechte auf politisch-kulturelle, metapolitische Themen und beziehe sich ideologisch auf die Konservative Revolution der Weimarer Republik. Im Zentrum stehe ein (kulturell und ethnisch auftretender) völkischer Nationalismus mit entsprechender Abgrenzung gegen fremde und gesellschaftliche Außenseiter, autoritäre Ordnungsvorstellungen, die durch den starken Staat verwirklicht werden sollen. Dazu komme vor allem Gemeinschaftsbindung, Traditionspflege, Relativierung des Nationalsozialismus, Demokratieverachtung sowie das Infragestellen der Westbindung. Als „wichtigstes Organ“ der Neuen Rechten bezeichnete Longerich die seit 1994 als Wochenzeitung erscheinende Junge Freiheit. Ebenfalls eine zentrale Rolle habe das 2000 gegründete Institut für Staatspolitik, dem auch der Verlag Antaios sowie die Zeitschrift Sezession zuzurechnen seien. Longerich: „In der Jungen Freiheit stehen antisemitische Themen zwar nicht im Vordergrund, doch setzte sie sich in der Vergangenheit immer wieder mit der jüdischen Dominanz auseinander. So wandte sich die Junge Freiheit gegen eine angeblich

übermächtige ‚Israel-Lobby‘ sowie die angebliche Allmacht des Zentralrats der Juden, wehrte sich gegen eine zu starke Betonung der Holocaust-Erinnerung, die der Entwicklung eines ‚gesunden‘ Nationalbewusstseins entgegenstehe.“ In der Sezession, so der Antisemitismusforscher, „finden sich Elemente des klassischen ‚gebildeten‘ Antisemitismus, so wie wir ihn im Kaiserreich und der Weimarer Republik kennengelernt haben.“

Peter Longerich: Antisemitismus. Eine deutsche Geschichte. Von der Aufklärung bis heute, München 2021

**Bundesweit:
Großrazzia gegen
Neonazi-Strukturen**

Über achthundert Polizeibeamte des Bundeskriminalamts, der GSG 9 der Bundespolizei und der Landeskriminalämter mehrerer Bundesländer haben am 6. April auf Grundlage von Haftbefehlen des Ermittlungsrichters beim Bundesgerichtshof Festnahmen von vier mutmaßlichen Mitgliedern einer rechtsextremen kriminellen Vereinigung sowie Durchsuchungsmaßnahmen in elf Bundesländern bei insgesamt 50 Beschuldigten wegen des Verdachts rechtsextremer Straftaten durchgeführt. Die Maßnahmen richten sich gegen die Neonazi-Gruppen Knockout 51, Combat 18, Atomwaffen Division Deutschland (AWDD) und Sonderkommando 1418 (SKD 1418). Bei den Festgenommenen handelt es sich um die deutschen Staatsangehörigen Leon Ringl, Maximilian A., Eric K. und Bastian A. Die Festnahme der drei erstgenannten Personen erfolgte in Eisenach, die der letztgenannten Beschuldigten in Rotenburg an der Fulda.

Zeitgleich mit den Festnahmen haben richterlich angeordnete Durchsuchungsmaßnahmen in 61 Objekten begonnen. Diese Maßnahmen, denen Ermittlungen der BKA-Soko „Kern“ zuvorgingen, fanden in elf Bundesländern – Thüringen, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein, Brandenburg, Berlin, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Saarland und Baden-Württemberg – statt. In Baden-Württemberg gab es in Zusammenhang mit der Großrazzia zwei Hausdurchsuchungen im Raum Freiburg und im Ortenaukreis. Der örtliche Schwerpunkt der Hausdurchsuchungen lag in Thüringen, insbesondere in Eisenach. Die Durchsuchungen richten sich auch gegen weitere 46 Beschuldigte.

Aufgrund von konkreten Erkenntnissen des Bundesamtes für Verfassungsschutz wurden seit September 2019 Ermittlungen gegen Mitglieder der AWDD, einer rechtsextremen terroristischen Vereinigung mit Ursprung in den USA, sowie gegen Mitglieder der terroristischen Vereinigung SKD 1418 geführt. Die AWDD ist ein deutscher Ableger der seit 2015 in den USA bestehenden Atomwaffen Division (AWD). Anhänger der AWD treten offen rassistisch, antisemitisch und nationalsozialistisch sowie extrem gewaltverherrlichend auf. Ihr Ziel ist die Entfaltung eines „Rassenkriegs“, aus dem die „weiße Bevölkerung“ siegreich hervorgehen soll. Durch Anschläge und Morde auf andere Bevölkerungsgruppen sowie Politiker, Amtsträger oder staatliche Einrichtungen sollen Chaos geschaffen und letztlich demokratische Grundordnungen durch rechtsextremistische Herrschaftsformen ersetzt werden. Bei der SKD 1418 handelt es sich um eine zwischen Herbst 2019 und Februar 2020 von Deutschland aus im Internet agierende Chatgruppe. Deren Ziel war es, Anhänger für terroristische Anschläge, zum „Rassenkrieg“ und zur Zerstörung bestehender demokratischer Systeme zu gewinnen.

Leon Ringl, einer der Beschuldigten, war Wirt der Neonazi-Szene-Kneipe Bull’s Eye in Eisenach, mutmaßlicher Gründer und Rädelsführer der kriminellen Vereinigung Knockout 51. Bei Knockout 51 handelt es sich um eine rechtsextreme Kampfsportgruppe, die unter dem Deckmantel des gemeinsamen körperlichen Trainings, junge, nationalistisch gesinnte Männer anlockt, diese mit rechtsextremem Gedankengut indoktriniert und für Straßenkämpfe ausbildet. Die Trainings fanden unter der Leitung von Ringl in Eisenach regelmäßig in den Räumlichkeiten der thüringischen Landesgeschäftsstelle der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD), dem „Flieger Volkshaus“, statt.

Ebenfalls beschuldigt im Verfahren der Soko „Kern“ sind mehrere mutmaßliche Rädelsführer der bereits vor zwei Jahren verbotenen Neonazi-Kampftruppe Combat 18. Combat 18 steht für Kampfgruppe Adolf Hitler und gilt weltweit als rechtsterroristischer Arm eines internationalen Neonazi-netzwerks. Der Generalbundesanwalt wirft mehreren Rechtsextremisten um die Anführer Stanley Röske und Robin Schmiemann vor, trotz Verbots neue Mitglieder geworben zu haben.

<https://www.spiegel.de/panorama/justiz/atomwaffen-division-ermittler-sprengen-mutmassliche-neonazi-terrorgruppe-a-e4b2c639-8b0f-4c83-afc6-13e726c0eeb4#ref=rss> / eingesehen am 6. April 2022

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article238016185/Rechtsextremismus-Generalbundesanwalt-geht-gegen-Atomwaffen-Division-vor.html> / eingesehen am 6. April 2022

<https://www.zeit.de/politik/2022-04/atomwaffen-division-und-combat-18> / eingesehen am 6. April 2022

<https://www.suedkurier.de/baden-wuerttemberg/knockout-51-razzien-auch-in-baden-wuerttemberg;art417930,11101062> / eingesehen am 6. April 2022

<https://www.generalbundesanwalt.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/aktuelle/Pressemitteilung-vom-06-04-2022.html> / eingesehen am 6. April 2022

**Baden-Württemberg:
Pro-ukrainische Gedenkaktion
des III. Weges**

Um an die im Kampf gegen die russische Armee gefallenen ukrainischen Kämpfer Russen Roman und Leonid Butusin zu gedenken, besuchten Aktivisten des III. Weges in Württemberg ein Gedenkkreuz für die Russische Befreiungsarmee (Russkaja Oswoboditel'naja Armija), dessen Abzeichen mit dem blauen Andreaskreuz auf weißem Grund auch die gefallenen Ukrainer trugen. Es wurden ein Bild der beiden abgelegt und Kerzen entzündet. Die Russische Befreiungsarmee nahm während des Zweiten Weltkrieges auf der Seite der deutschen Kampfverbände am Krieg teil und kämpfte „gegen den Bolschewismus für ein freies und nationales Russland.“ Die Neonazis beenden ihren Erlebnisbericht mit dem Propagandaspruch: „Ehre und Ruhm allen Verteidigern Europas, heute wie damals!“

Ende Mai führten württembergische Aktivisten des III. Weges einen „Stützpunktabend“ durch. Zugegen waren auch Parteiaktivisten aus Baden.

Homepage Der III. Weg / eingesehen am 4. Juni 2022

**Bundesweit:
60 Jahre Staats- und Wirtschafts-
politische Gesellschaft**

Am 9. April wurde die Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft (SWG) um den geschäftsführenden Vorstand Stephan Ehmke und Bernd Kallina, ehemals NPD-Mitglied, 60 Jahre alt. Zweck des Vereins ist die Durchführung staatsbürgerlicher Bildungsarbeit. Dieses Ziel soll vor allem durch Publikationen und Vortragsveranstaltungen erreicht werden. So trat im März 2015 Alexander Gauland, seinerzeit stellvertretender Bundessprecher und brandenburgischer Fraktionsvorsitzender der AfD, als Gastreferent bei einem Seminartag der SWG in Hamburg auf. Das Thema seines Gastvortrags lautete „Ein Europa selbstbestimmt vereint wirkender Vaterländer“. SWG-Gründungsinitiator 1962 war Hugo Wellems mit 17 weiteren Personen in Köln. Wellems trat 1930 der NSDAP bei, war Mitglied der Legion Condor im spanischen Bürgerkrieg und arbeitete ab 1936 als Referent in Goebbels Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda. Im 60. Jubiläumsjahr versichert die Gesellschaft mit Sitz in Hamburg, dass sie „ihren konservativen und patriotischen Idealen stets treu geblieben“ sei. Bis heute beklagt sie die „alliierte Umerziehung“ und „68er-Wertezersetzung“ und warnt vor Liberalität und Diversität. „Nachdrücklich“ protestierte der Verein 1999 gegen die Wehrmachtsausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung. „Die Wehrmacht war keine verbrecherische Organisation. Ihre Angehörigen haben in ihrer ganz überwiegenden Mehrheit ehrenhaft gekämpft. Die deutschen Soldaten waren und sind keine Mörder!“, ließ die SWG in einer Anzeige, die sie in der Tageszeitung Die Welt schaltete, verlautbaren.

Immer wieder halten Revisionisten und Rechtsextreme bei der SWG Vorträge. Anlässlich des Jubiläums schreibt ihr Vorsitzender Ehmke: „Wir können stolz darauf sein, dass die SWG ihren konservativ-patriotischen Idealen stets treu geblieben ist, während viele andere neben uns abgedriftet sind. In der schwersten Krise, in der sich unser Vaterland seit dem Zweiten Weltkrieg befindet, ist die SWG mehr denn je gefordert. Unsere Landsleute brauchen angesichts der heute herrschenden vielfachen Verwirrung wieder Orientierung, die auf einer festen sittlich-moralischen Ordnung beruht.“ Ehmke weiter: „Unsere Arbeit und unser Kurs haben sich bewährt. Wir müssen nicht ständig, wie andere, über eine ‚Neuorientierung‘ streiten, denn der Zeitgeist mit seinem Opportunitätswahn hat uns nicht befallen. Was wahr und recht ist, unterliegt nicht der Zeit, der menschlichen Willkür oder der Beredsamkeit von Berufspolitikern. Ausgehend von dieser Überzeugung, können wir mit Mut und Zuversicht nach vorne schauen und uns für die nächsten 60 Jahre rüsten.“

Zu den SWG-Autoren zählt auch Helmut Roewer, vormalig Präsident des Thüringer Landesamts für Verfassungsschutz (TLfV). Am 26. Mai ging dessen Artikel „Santa Klaus hat ein Loch im Sack – einige Bemerkungen zum jüngsten Schwab-Zirkus in Davos“ auf der SWG-Homepage online. Der nach rechts abgedriftete Ex-Inlandsgeheimdienstler Roewer orakelt im Zusammenhang mit dem Weltwirtschaftsforum: „In diesem Artikel beschreibe ich einen Umbruch im gewohnten Globalisierungs-Geschehen, dessen Zeugen wir derzeit werden. Hierzu werfen wir einen Blick auf das Weltwirtschaftsforum (World Economic Forum – WEF), das soeben seine diesjährige Tagung in Davos in der Schweiz absolviert hat. Es wird seit seiner Gründung vor über 50 Jahren von seinem Erfinder Klaus Schwab geleitet, der uns versichert, dass er die Welt bis 2030 komplett umgestaltet haben wird: Du wirst nichts mehr besitzen, und du wirst glücklich sein.“

Seit 2020 verbreitet sich in extrem rechten und Corona-leugnenden Kreisen die Verschwörungstheorie The Great Reset – Der große Umbruch. Demnach plane eine globale (jüdische) Finanzelite eine neue Weltwirtschaftsordnung. Fakt ist, dass sich das Weltwirtschaftsforum (World Economic Forum - WEF), eine seit 1971 tätige internationale Organisation für öffentlich-private Kooperation,

bei einem virtuellen Treffen im Juni 2020 mit den Auswirkungen der Corona-Pandemie beschäftigt und eine neue Initiative vorgestellt hat: The Great Reset. Diese befasst sich mit der Frage, wie die Weltwirtschaft nach der Covid-19-Pandemie nachhaltiger und gerechter gestaltet werden könne. Der Gründer des Weltwirtschaftsforums, Klaus Schwab, veröffentlichte im Juli 2020 gemeinsam mit dem Autor Thierry Malleret ein Buch mit dem Titel Covid-19: Der große Umbruch. Darin heißt es: „Es geht darum, die Welt weniger gespalten, weniger verschmutzend, weniger zerstörerisch, integrativer, gerechter und fairer zu machen, als wir sie in der Zeit vor der Pandemie hinter uns gelassen haben.“ Zahlreiche Corona-Schwurbler sahen sich nun in ihrer Überzeugung bestätigt, die Eliten der Welt, die angeblich ohnehin seit langer Zeit eine „neue Weltordnung“ (New World Order - NWO) errichten wollten, hätten nun entweder in der weltweiten Epidemie (Pandemie) den passenden Grund gefunden, um dieses Vorhaben durchzusetzen - oder aber, sie hätten die Pandemie sogar extra zu diesem Zweck geplant und inszeniert („Plandemie“). So wird in der März-Ausgabe der NPD-Parteizeitung Deutsche Stimme unter der Überschrift „Die Pläne der Globalisten: Klaus Schwab und Thierry Malleret mit The Great Narrative“ vor einer drohenden „Art Weltregierung“ gewarnt: Demnach „rechtfertigt“ die „angeblich unmittelbar bevorstehende Zerstörung der Erde [...] radikalste Maßnahmen – bis hin zur völligen Entmachtung der Nationalstaaten und der Errichtung einer Art Weltregierung.“

<https://www.swg-mobil.de/2022/04/09/glueckwunsch-die-swg-ist-60/> / eingesehen am 10. April 2022

<https://www.swg-mobil.de/2022/05/26/santa-klaus-hat-ein-loch-im-sack-einige-bemerkungen-zum-juengsten-schwab-zirkus-in-davos/> / eingesehen am 26. Mai 2022

<https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/faktenfuchs-die-verschwörungstheorie-the-great-reset,SY2OK1r/> / eingesehen am 20. Juli 2022

Deutsche Stimme, März 2022, S.38f

**Baden-Württemberg:
AfD-Fraktionsspitze neu gewählt**

Bernd Gögel bleibt Fraktionsvorsitzender der AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg. Der 67-jährige Spediteur setzte sich am 8. April im ersten Wahlgang ohne Gegenkandidaten mit „sehr großer Mehrheit“ durch. Gögel ist Unterzeichner der Erfurter Resolution vom März 2015, die als „Flügel“-Gründungsurkunde gilt. Einer der Initiatoren der Resolution war Björn Höcke, der seitdem als Galionsfigur der extremen Rechten in der AfD gilt. Die Funktion des Parlamentarischen Geschäftsführers hat Emil Sänze inne. Sänze, wie Gögel Interviewpartner des rechtsextremen Monatsmagazins Zuerst!, stimmte 2016 gegen den Ausschluss des Antisemiten Wolfgang Gedeon aus der Landtagsfraktion. Erster stellvertretender Vorsitzender wurde Rainer Podeswa. Als weitere stellvertretende Vorsitzende wurden Rainer Balzer, Carola Wolle, Rüdiger Klos und Udo Stein gewählt.

<https://www.facebook.com/AfDFraktionBW/photos/1418937871869393/> / eingesehen am 8. April 2022

<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.afd-in-baden-wuerttemberg-fraktion-waehlt-bernd-goegel-erneut-zum-vorsitzenden.af463559-732f-427a-889a-31e5826f3e60.html> / eingesehen am 8. April 2022

**Baden-Württemberg:
Freiburger AfD-Gemeinderat
Mandic tritt zurück und
wird verurteilt**

Rechtsanwalt Dubravko Mandic, 2019 für die AfD in den Freiburger Gemeinderat gewählt, ist am 9. April zurückgetreten. Für den Rechtsextremisten rückt der ehemalige AfD-Landtagskandidat, Karl Schwarz, nach. Mandic hat Medienangaben zufolge 2021 bei mehr als der Hälfte der Gemeinderatssitzungen gefehlt. Nach der Landtagswahl 2021 war Mandic aus der AfD ausgetreten. Mandic ist von dem mutmaßlichen Reichsbürger Manfred J. (Wintersweiler) mit dessen Verteidigung beauftragt. J. hatte in der Nacht zum 8. Februar einen Polizisten im Efringen-Kirchener Ortsteil Wintersweiler (Kreis Lörrach) absichtlich angefahren und schwer verletzt, nachdem ihn dieser einer Verkehrskontrolle unterziehen wollte. J. sitzt seit der Tat in der JVA Freiburg in Untersuchungshaft. Am 18. Mai verurteilte das Freiburger Landgericht Mandic wegen Körperverletzung zu einer Freiheitsstrafe von sieben Monaten auf Bewährung. Der Jurist wurde vom Gericht außerdem dazu verurteilt, 3000 Euro an die Freiburger Kinderkrebsklinik zu spenden. Nach Überzeugung des Gerichts beleidigte Mandic vor drei Jahren in Freiburg einen Mann und verletzte ihn mit Tierabwehrspray.

<https://www.badische-zeitung.de/dubravko-mandic-hat-den-freiburger-gemeinderat-verlassen--211531992.html> / eingesehen am 4. August 2022

Beatrice Ehrlich: Klage gegen Polizeikontrolle, in: Die Oberbadische. Lörrach Stadt, 4. Juni 2022, S.17
<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/suedbaden/afd-stadtrat-dubravko-mandic-verurteilt-landgericht-100.html> / eingesehen am 19. Mai 2022

Thüringen:
**Bundeskongress der Jungen
 Nationalisten**

Am 9. April fand in Thüringen der zweijährig abgehaltene Bundeskongress der NPD-Partei Jugend Junge Nationalisten (JN; bis Januar 2018 Junge Nationaldemokraten) statt. Der bisher amtierende Bundesvorsitzende Paul Rzehaczek wurde vom einstimmig gewählten Sebastian Weigler abgelöst. Der 29-jährige Weigler bewegt sich seit mindestens 2013 in rechtsextremen Kreisen, darunter zu Beginn vor allem im Umfeld des Kreisverbandes Braunschweiger Land der Neonazi Kleinstpartei Die Rechte. Ein Grußwort überbrachte unter anderem Alexander Neidlein, Generalsekretär der NPD und zugleich NPD-Landesvize in Baden-Württemberg. Neidlein wohnt in Bayern. Die JN wurden im September 1969 im nordbadischen Weinheim unter maßgeblicher Mitwirkung des späteren NPD-Bundesvorsitzenden Günter Deckert gegründet. Deckert verstarb im März 2022. In Baden-Württemberg sind die JN heute inaktiv.

Homepage Aktion Widerstand / eingesehen am 12. April 2022

Baden-Württemberg:
**Identitäres „Aktivisten-
 wochenende“ in der württem-
 bergischen Ludendorff-Immobilie
 und nordische Kleidung aus Baden**

Die rechtsextreme Identitäre Bewegung Schwaben veranstaltete am 9. und 10. April ein „Aktivistenwochenende“ in der Immobilie des völkischen Bundes für Gotterkenntnis (Ludendorff) e.V. (BfG), einem alten Bauernhaus (Jugendheim Hohenlohe), im hohenlohischen Kirchberg an der Jagst - Herboldshausen. Vor Ort waren ca. 30 Personen, vorwiegend Männer, im Alter zwischen 18 und 30 Jahren aus Baden-Württemberg, Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen Rheinland-Pfalz und der Schweiz. Das Jugendheim lieferte 2020 und 2021 Schlagzeilen, als die NPD-Jugendorganisation Junge Nationalisten einen „Gemeinschaftstag“ und die regionale Organisation WIR Heilbronn um den Rechtsextremisten Michael Dangel einen „Thing der Titanen“ im Haus veranstaltete.

Als BfG-Vorsitzende amtiert Gudrun Klink aus dem baden-württembergischen Ingelfingen. Deren Mann, Hartmut Klink, verwaltet das Jugendheim Hohenlohe. Die Klink-Tochter, Sonnhild Sawallisch, ist Geschäftsführerin der BfG-nahen „Lühe-Verlag GmbH“ (Berlin). Im Verlagsangebot finden sich Bücher wie „Ausländer-Integration ist Völkermord“ von Wolfgang Seeger, „Adolf Hitler – Begründer Israels“ von Hennecke Kardel, „Novemberrevolution 1918 – Dolchstoß oder Dolchstoßlegende?“ von Gerhard Müller oder „Der Ursprung des Judentums im Lichte alttestamentlicher Zahlensymbolik“ von Oskar Fischer. Gründer und bis 2019 Geschäftsführer des damals in Schleswig-Holstein ansässigen Lühe-Verlags war Harm Menkens, ein wegen Verbreitung rassistischen und antisemitischen Gedankengutes vom Dienst suspendierter Seefahrtsoberlehrer.

Links auf der Homepage des Lühe-Verlags führen unter anderem zu der Marke Smart & Nature im badischen Kehl. Vertrieben wird „nordische Kleidung“ (wie Wollpullover, Strickjacken, Röcke, Norwegerpullover, Capes und Ponchos, Mützen), die vorwiegend in den baltischen Ländern gefertigt wird. Die Endverarbeitung und Qualitätskontrolle sollen sich in Deutschland und Frankreich befinden. Hinter Smart & Nature steckt die im April 2020 gegründete Arcalyx GmbH, ein Ingenieurbüro für technische Fachplanung und Ingenieurdesign, im badischen Kehl. Geschäftsführer ist Volker Leinweber, von Hause aus Geophysiker und Vater einer Großfamilie. Leinweber (Burschenschaft Cheruskia Graz), war einst Autor der Burschenschaftlichen Blätter, dem Sprachrohr der Deutschen Burschenschaft. 2006 berichtete Leinweber in der rechtsextremen Monatszeitschrift Die Aula über die Gründung des Jugendbundes Sturmader in Österreich. „Jugend – das ist Kampf gegen Widrigkeiten und der Wille zum Sieg“, so Leinweber. Der Autor, mit Zweitvornamen Thor, endet mit den Worten: „Wir freuen uns darauf, die Lücke eines heimatbewußten Jugendbundes bündischer Art im Süden des deutschen Kulturraumes schließen zu können“.

<https://www.belltower.news/exklusiv-aktivistenwochenende-der-identitaeren-in-baden-wuerttemberg-130519> / eingesehen am 29. April 2022

<http://smartandnature.de/Services/Impressum> / eingesehen am 20. Juli 2022

Homepage Lühe-Verlag / eingesehen am 20. Juli 2022

Rheinland-Pfalz:
Telegram-Chatgruppe soll Anschläge und Entführung des Gesundheitsministers geplant haben

Das Landeskriminalamt (LKA) Rheinland-Pfalz ermittelt gegen zwölf Mitglieder der Telegram-Chatgruppe Vereinte Patrioten (war auch unter der Bezeichnung Tag X Deutschland aktiv), die mit Sprengstoffanschlägen auf Stromleitungen und Umspannwerke „bürgerkriegsähnliche Zustände“ auslösen, Gesundheitsminister Karl Lauterbach entführen und einen politischen Umsturz durchführen wollte. Im Zuge der Ermittlungen gegen die Chatgruppe wurden am 13. April 20 Objekte in Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Brandenburg, Bayern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen durchsucht. Waffen, darunter 14 Lang- und sieben Kurzwaffen sowie eine Kriegswaffe, namentlich eine Kalaschnikow, und Munition im mittleren dreistelligen Bereich wurden sichergestellt. Die Personen werden der Corona- und Verschwörungsszene sowie der Reichsbürgerbewegung zugeordnet. Vier Beschuldigte wurden festgenommen. Vorgeworfen wird ihnen die Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat und Verstöße gegen das Waffen- und Kriegswaffenkontrollgesetz. Zu der Gruppierung Vereinte Patrioten sollen etwa 70 Mitglieder zählen. Die beiden mutmaßlichen Anführer der Vereinten Patrioten, Sven B. (Falkensee bei Berlin) und Thomas O. (Neustadt an der Weinstraße), verbindet eine Vergangenheit bei der Nationalen Volksarmee (NVA).

<https://gstko.justiz.rlp.de/de/startseite/detail/news/News/detail/gemeinsame-pressemitteilung-der-generalstaatsanwaltschaft-koblenz-und-des-landeskriminalamts-rheinla/> / eingesehen am 1. August 2022

<https://www.stern.de/politik/geplante-karl-lauterbach-entfuehrung—das-sind-die-verdaechtigen-31794114.html> / eingesehen am 1. August 2022

Baden-Württemberg:
Polizeieinsatz gegen Reichsbürgerszene in Boxberg-Bobstadt

Bei einem Einsatz am 20. April wurde ein Polizeibeamter in Boxberg-Bobstadt bei Heilbronn (Main-Tauber-Kreis) durch einen Schusswaffenangriff verletzt. Beamte eines Spezialeinsatzkommandos hatten versucht, das Haus des Heiko A. (49) zu durchsuchen. Gegen ihn laufen Ermittlungen wegen des Verdachts des illegalen Waffenbesitzes. Der 54-jährige Mitbewohner Ingo K., ein Kampfsportler aus der Reichsbürgerszene, eröffnete das Feuer und verletzte einen Polizisten durch Schüsse in beide Oberschenkel schwer. Weitere Schüsse trafen den Beamten an seiner Schutzweste. Seine Kollegen retteten sich mit dem Verletzten in ein gepanzertes Fahrzeug. Neben dem Täter wurden insgesamt sieben Personen, darunter zwei Frauen, die auf dem Gelände leben, festgenommen. Generalbundesanwalt Peter Frank übernahm die Ermittlungen gegen den Schützen. Auf dem durchsuchten Gelände befinden sich drei Gebäude. Ein in Brand geratenes Wohnhaus brannte bis auf die Grundmauern nieder. An zwei Gebäuden sind große einschlägige Runen angebracht. In den Wohnhäusern wurden große, begehbare Waffenkammern mit mehreren Langwaffen, davon zwei Vollautomaten, ein Heckler & Koch G3, entdeckt. Im Wohnzimmer wurde ein Maschinengewehr MG42 schussbereit mit Munition aufgefunden. Außerdem wurden weitere Munition unterschiedlichster Kaliber sowie Handfeuer- und Stichwaffen sichergestellt; ebenso nationalsozialistische Devotionalien und Reichskriegsflaggen. Am 13. Mai gab es auf Betreiben der Bundesanwaltschaft auf dem Gelände eine zweite SEK-Razzia.

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/heilbronn/boxberg-bobstadt-nach-sek-einsatz-fragen-verbindungen-rechte-szene-100.html> / eingesehen am 24. April 2022

Bundesweit:
Zahl antisemitischer Straftaten in Deutschland steigt

Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) beobachtet mit Besorgnis eine weitere Ausbreitung des Antisemitismus. Es sei „erschreckend, dass antisemitische Narrative mitunter bis in die Mitte der deutschen Gesellschaft anschlussfähig sind“, sagte Behördenpräsident Thomas Haldenwang anlässlich des am 20. April vorgestellten Lagebilds Antisemitismus, einer Fortschreibung des Lageberichts aus dem Jahr 2020. „Das Internet dient als Nährboden und stellt einen wesentlichen Dynamisierungsfaktor im aktuellen Antisemitismus dar“, betonte Haldenwang. Der Verfassungsschutz warnt in der 116-seitigen Expertise, dass sich Antisemitismus in allen extremistischen Spektren finde. Aber vor allem sei er in der Mitte der Gesellschaft anschlussfähig. Antisemitismus sei nicht mehr nur ein Phänomen am gesellschaftlichen Rand, sondern diene als „Bindeglied zwischen gesellschaftlichen Diskursen und extremistischen Ideologien“. Diese Entwicklung trete zunehmend bei den Protesten gegen die Corona-Maßnahmen zutage, aber auch bei Kundgebungen zum Nahostkonflikt. Während das Problem im Internet öffentlich sichtbar sei, gebe es bei Angriffen eine Untererfassung. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) sagte, es sei „eine Schande für unser Land, wie viel antisemitische Hetze und Menschenverachtung auch heute verbreitet wird“. Sie kündigte an, politische Bildung und Extremismusprävention „massiv stärken“ zu wollen – „auch um oftmals antisemitischen Verschwörungsmythen den Nährboden zu entziehen“. 2020 wurden bundesweit

2.351 antisemitische Straftaten registriert – ein Anstieg um mehr als 15 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Auf den Bereich der politisch motivierten Gewalt von rechts entfallen 2.224 Straftaten, davon 50 Gewalttaten. Der aktuelle Bericht des Verfassungsschutzes umfasst den Zeitraum von Sommer 2020 bis Herbst 2021.

60 Prozent der Menschen in Deutschland halten Antisemitismus für ein weitverbreitetes Phänomen im Land. Zu diesem Ergebnis ist eine im Mai vorgestellte Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag des American Jewish Committee (AJC) gekommen. Knapp zwei Drittel sind laut der Befragung zudem davon überzeugt, dass das Problem in den vergangenen zehn Jahren gewachsen ist.

Ein „beachtlicher Teil“ der Gesellschaft unterstützt laut der Umfrage jedoch auch antisemitische Vorurteile, darunter offenbar vor allem Muslime und Wähler der AfD. So denken 34 Prozent der Gesamtbevölkerung etwa, dass Juden ihren Status als Opfer des Völkermordes im Zweiten Weltkrieg zu ihrem Vorteil ausnutzten – unter den AfD-Wählern liegt der Anteil bei 48 Prozent, unter Muslimen bei 54 Prozent. Während insgesamt 27 Prozent der Befragten glauben, dass Juden reicher als der Durchschnitt der Deutschen seien, denken dies 46 Prozent der AfD-Wähler und 47 Prozent der Muslime. Die Umfrage unterstreicht insgesamt, dass Antisemitismus nicht allein ein Problem der politischen Ränder sei, erklärte der Direktor des AJC Berlin, Remko Leemhuis. Judenfeindlichkeit sei in der Gesellschaft „tief verankert“. Die Umfrage belegt, dass die AfD von dem weitgehenden Konsens der Gesellschaft und der Parteien über das Gedenken an den Holocaust abweicht. 48 Prozent der Bevölkerung (Grüne 66 Prozent, Union 61 Prozent, Linke 57 Prozent, SPD 52 Prozent, FDP 44 Prozent) nennen das Gedenken „unbedingt notwendig“ – bei der AfD-Anhängerschaft sind es lediglich 24 Prozent. Leemhuis betonte, bei der AfD seien Parteifunktionäre „wesentlicher Teil des Problems, nicht nur die Wählerinnen und Wähler“. Sie „benutzen“, so der AJC-Vertreter, das Thema Antisemitismus politisch lediglich für ihre Propaganda.

<https://www.juedische-allgemeine.de/politik/lagebild-antisemitismus-verfassungsschutz-sieht-grosses-dunkelfeld/> / eingesehen am 21. April 2022

<https://www.behörden-spiegel.de/2022/04/21/neues-lagebild-zu-antisemitismus/> / eingesehen am 21. April 2022

<https://ajcgermany.org/de/broschuere/antisemitismus-deutschland-eine-repraesentativbefragung/> / eingesehen am 10. Mai 2022

Berlin / Brandenburg:
Landgericht Berlin bestätigt Entzug der AfD-Parteimitgliedschaft von Kalbitz

Das Landgericht Berlin hat am 22. April eine Klage des Brandenburger Landtagsabgeordneten Andreas Kalbitz gegen die AfD abgewiesen, die seine Parteimitgliedschaft im Sommer 2020 für nichtig erklärt hatte (Az.: 43 O 306/20).

Der 49-jährige ehemalige Brandenburger AfD-Chef hatte versucht, seine von der Parteispitze aberkannte Mitgliedschaft zurückzubekommen. Doch Kalbitz, eine Führungsfigur des inzwischen offiziell aufgelösten Flügels, scheiterte nun im Hauptsacheverfahren. Die AfD habe dessen Aufnahmeantrag wegen Verschweigens seiner Mitgliedschaft bei den Republikanern wirksam angefochten, so dass keine Parteimitgliedschaft bestehe, so das Landgericht. Das AfD-Bundesschiedsgericht der AfD hatte wie zuvor der Bundesvorstand die Parteimitgliedschaft von Kalbitz für nichtig erklärt. Ihm wurde vorgeworfen, bei seinem Eintritt in die AfD 2013 eine frühere Mitgliedschaft in der inzwischen verbotenen neonazistischen Heimattreuen Deutschen Jugend (HDJ) und bei den Republikanern zwischen Ende 1993 und Anfang 1994 nicht angegeben zu haben.

Bei den Republikanern war einst auch der baden-württembergische AfD-Landtagsabgeordnete Hans-Jürgen Goßner tätig. Er amtierte ehemals als stellvertretender Landesschriftführer des Landesvorstands der baden-württembergischen Republikaner und als stellvertretender Vorsitzender des Stadtverbandes Göppingen.

<https://www.sueddeutsche.de/politik/afd-kalbitz-rechtsextremismus-1.5570675/> / eingesehen am 22. April 2022

Bayern:
2. Europäisches Kommunalpolitisches Forum von Rechtsaußen

Nach Günzburg im Mai 2021 fand am 23. April im bayerischen Rosenheim das 2. Europäische Kommunalpolitische Forum der europäischen Rechtsfraktion Identität und Demokratie (ID) statt. Dieses dient der gesamteuropäischen Strategiefindung und dem Erfahrungsaustausch europäischer Rechtsaußenparteien. Dazu kamen ca. zweihundert Gäste, die Podiumsdiskussionen und Vorträgen folgten. Am Forum nahmen Politiker aus Frankreich, Belgien, Estland, Dänemark, der Slowakei, Deutschland und Österreich teil. Ein Vertreter aus Italien war zudem per Video zugeschaltet. Veranstaltet und moderiert vom deutschen Mitglied des Europäischen Parlaments, Markus Buchheit, seit 2019 Mitglied des Europäischen Parlaments und stellvertretender Delegationsleiter der AfD, gab es Vorträge unter anderem von Virginie Joron (Rassemblement National) und Filip Brusselmans (Vlaams Belang). Im Anschluss fanden Diskussionen unter anderem mit dem FPÖ-Europaabgeordneten Harald Vilimsky und Erika Steinbach von der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung statt. Über die Nachwuchsarbeit europäischer Rechtsparteien sprachen der Wiener Landtags- und Gemeinderatsabgeordnete Maximilian Krauss (FPÖ) und Jeremy Pedersen (Dansk Folkeparti). Vor Ort waren auch die AfD-Landtagsabgeordneten Gerd Mannes (Bayern) und Michael Meister (Mecklenburg-Vorpommern).

<https://www.tagesstimme.com/2022/04/25/markus-buchheit-afd-ueber-das-2-europaeische-kommunalpolitische-forum/> / eingesehen am 27. April 2022

<https://www.info-direkt.eu/2022/04/26/hoffnungsvolles-signal-europas-patrioten-vernetzen-sich/> / eingesehen am 27. April 2022

Baden-Württemberg:
15. Jahrestag des Mordes an Michèle Kiesewetter

Zum 15. Jahrestag des Mordes an Michèle Kiesewetter am 25. April 2022 erklärte der stellvertretende Ministerpräsident und Innenminister Thomas Strobl: „Mit dem heutigen Tag halten wir die Erinnerung an den hinterhältigen, feigen und brutalen Mord an Michèle Kiesewetter wach. Wir erinnern uns an sie und wir denken an ihren Streifenpartner, der dort lebensgefährlich verletzt wurde. Für die beiden hat am 25. April 2007 ein ganz alltäglicher Dienst durch eine extrem kaltblütige und hinterhältige Tat ein brutales Ende gefunden.“ Strobl bekannte, dass für ihn „nach wie vor nicht alle Fragen und Zusammenhänge der Tat geklärt“ sind. „Es ist wichtig, dass auch heute noch jedem Hinweis nachgegangen wird und ich gebe die Hoffnung nicht auf, dass die offenen Fragen eines Tages aufgeklärt werden.“ Die Mitglieder des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) lebten rund 13 Jahre im Untergrund, ermordeten in den Jahren 2000 bis 2007 deutschlandweit mindestens zehn Menschen und verübten Sprengstoffanschläge sowie Bank- und Raubüberfälle. Die 22-jährige, aus Thüringen stammende Polizistin ist das letzte Opfer des NSU. Kiesewetter und ein Kollege saßen am 25. April in ihrem Einsatzwagen auf der Heilbronner Theresienwiese, als sie gegen 14 Uhr überfallen, Kiesewetter erschossen und ihr Kollege schwer verletzt wurden.

Pressemitteilung des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg vom 25. April 2022

Bundesweit / Frankreich:
AfD-Bundestagsfraktion gratuliert Marine Le Pen und der Rassemblement National

Beim zweiten Wahlgang der französischen Präsidentschaftswahl am 25. April kam Marine Le Pen, langjährige Parteichefin des rechtsextremen Rassemblement National (früher: Front National) auf 41,5 Prozent; bei der ersten Runde am 10. April hatte sie 23,15 Prozent erreicht. Das gute Abschneiden der französischen Rechtsextremisten sorgte bei der AfD für offenen Jubel. Harald Weyel, europapolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, erklärte: „Das historische Ergebnis für Marine Le Pen [...] zeigt, dass patriotische Kräfte überall in Europa Grund gewinnen. Während die Vertreter der anderen Fraktionen die Entwicklung hin zu einem souveränen Frankreich befürchten, begrüßt die AfD-Fraktion den erstarkenden Widerstand gegen die schädlichen Institutionen, die unsere Länder aneinanderketten und auch Deutschland der Hoheit über die eigene Gesetzgebung berauben.“ Weyel, Referent beim rechtsextremen Institut für Staatspolitik (IFS), weiter: „Wir gratulieren Marine Le Pen und der Rassemblement National zu diesem Achtungserfolg und halten es nur für eine Frage der Zeit, bis die AfD-Fraktion einen Partner im Kampf gegen die korrupten Institutionen der EU in der französischen Exekutive bekommt.“

<https://afdkompakt.de/2022/04/25/wir-gratulieren-marine-le-pen-und-der-rassemblement-national-zu-diesem-erfolg/> / eingesehen am 25. April 2022

Bundesweit / USA:
**Junge Alternative und
 New York Young Republicans
 beschließen Zusammenarbeit**

Vertreter der Jungen Alternative für Deutschland (JA) und der New York Young Republicans (NYJR), der Nachwuchsorganisation für Mitglieder der Republikanischen Partei Amerikas im Alter von 18 bis 40 Jahre, haben Ende April im Rahmen einer Veranstaltung in New York City ein gemeinsames Memorandum über die künftige Zusammenarbeit der beiden Jugendorganisationen geschlossen. Unter anderem vereinbarten die JA und die NYJR den gegenseitigen Austausch zu fördern und gemeinsame Veranstaltungen für die Zukunft zu planen. Tomasz Froelich, stellvertretender Bundesvorsitzender der JA und zuständig für Auslandskontakte sowie ehemals Parlamentarischer Berater der baden-württembergischen AfD-Landtagsfraktion, verlautbarte: „Die internationale Vernetzung mit patriotischen, rechtskonservativen und freiheitlichen Kräften ist für die Junge Alternative von großer Bedeutung. Das gilt auch für Kontakte in die USA. In der dortigen politischen Rechten gibt es interessante Tendenzen einer Abkehr vom aggressiven Neokonservatismus. Wir begrüßen das und freuen uns über eine intensivere Zusammenarbeit mit den US-Jungrepublikanern, die vor ähnlichen Herausforderungen stehen wie wir. Wir sind weder Büttel Washingtons, noch Moskaus fünfte Kolonne, sondern vertreten in erster Linie deutsche Interessen.“

Gavin Wax, Sprecher der NYJR und in den USA bekannt als migrantenfeindlicher Unterstützer des Gedankenguts von der Vorherrschaft des Weißen Mannes, führte aus: „Zensur, Redeverbote und Begriffsumdeutungen haben längst in unseren Ländern Einzug gehalten und bedrohen unsere Demokratie. Wie unsere deutschen Freunde wehren wir uns gegen diesen Angriff auf das freie Wort. Wir freuen uns daher sehr, mit der JA einen neuen internationalen Partner im Kampf für die Freiheit gefunden zu haben.“ Politisch verfolgt Wax die Ideologie des „America first“, des Schlachtrufs der Trump-Kampagne 2016, wie einem Gespräch mit der Jungen Freiheit im Mai zu entnehmen ist. Wax zählt laut JF zu den „härtesten Kritikern“ des neuen Hilfspakets, das US-Präsident Joe Biden zur Unterstützung der Regierung in Kiew geschnürt hat. Begleitet wurde die Veranstaltung in NY unter anderem von einem Grußwort des EU-Abgeordneten Maximilian Krah (AfD).

<https://afdkompakt.de/2022/04/26/junge-alternative-ja-und-new-york-young-republicans-nyjr-beschliessen-zusammenarbeit/> / eingesehen am 26. April 2022

<https://forward.com/news/452099/gavin-wax-far-right-jewish/> / eingesehen am 20. Juli 2022

Junge Freiheit, 19/2022

Baden-Württemberg:
**Hasskriminalität, bewaffnete
 Rechtsextremisten und Reichs-
 bürger**

Mindestens 14 selbst ernannte Reichsbürger und neun Rechtsextremisten in Baden-Württemberg haben eine oder mehrere erlaubnispflichtige Waffen, so das baden-württembergische Innenministerium in einer Stellungnahme Ende April. Seit 2017 hat das Ministerium den Angaben nach 148 Reichsbürger und Rechtsextremisten entwaffnet und dabei 444 Waffen beschlagnahmt. Ebenfalls Ende April wurde bekannt, dass im Jahr 2021 Hass-Straftaten in Baden-Württemberg laut einer Mitteilung des Innenausschusses des Landtags stark gestiegen sind: Registriert wurden 883 Fälle von Hasskriminalität, 137 Fälle mehr als ein Jahr zuvor. Deutlich gestiegen sind Fälle unter dem Begriff „antisemitisch“ von 228 im Jahr 2020 auf 337 im vergangenen Jahr. Auch unter der Rubrik „fremdenfeindlich“ stiegen die Fälle von 683 auf 781. Unter dem Begriff Hasskriminalität werden Straftaten erfasst, die sich beispielsweise gegen Personen aufgrund ihrer Nationalität oder Religionszugehörigkeit richten. Die Straftaten werden Unterthemenfeldern zugeordnet, etwa antisemitisch, antiziganistisch oder sexuelle Orientierung.

<https://www.welt.de/regionales/baden-wuerttemberg/article238471903/Mindestens-23-Rechtsextreme-und-Reichsbuerger-haben-Waffen.html> / eingesehen am 30. April 2022

<https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.kriminalitaet-in-baden-wuerttemberg-im-suedwesten-wurden-mehr-hass-straftaten-registriert.907d6aec-2a79-48b8-abdf-1198fb8f0fb7.html> / eingesehen am 28. April 2022

Nordrhein-Westfalen:
**Europäisches Neonazi-Treffen
 in Dortmund**

Am Vorabend des 1. Mai organisierte das neonazistische europäische Bündnis Fortress Europe (Festung Europa) in Dortmund eine Veranstaltung unter dem Motto „Europa erwache!“. Geladen waren Redner aus sieben verschiedenen Ländern. Für Deutschland ist die neonazistische Kleinstpartei Die Rechte, die auch den Kongress als Gastgeberin veranstaltete, im Fortress Europe-Netzwerk vertreten. Nach dem einleitenden Vortrag eines Vertreters von Die Rechte aus Dortmund sprachen Neonazis vom Bulgarischen Nationalbund (BNS), von der Nationalen Aktionsfront aus der Schweiz und von der Legio Hungaria aus Ungarn. Die ausländischen Delegationen stellten

jeweils ihre politischen Aktivitäten vor und erklärten den Anwesenden die Situation des nationalistischen Spektrums in ihrem Land. Im zweiten Teil des Kongresses gab es weitere Ansprachen von Neonazis der Parti Nationaliste Français (PNF), des Nationalen Widerstandes aus den Niederlanden und von der Gruppe Nationalisten aus Tschechien. Am Folgetag wurde gemeinsam in Dortmund aufmarschiert. Fortress Europe wurde im Rahmen eines Treffens europäischer Rechtsextremisten am 20. und 21. April 2019 in Sofia/Bulgarien unter Beteiligung von Vertretern der Partei Die Rechte gegründet. Dem Bündnis gehören nach Angaben der Partei Die Rechte der Bulgarische Nationalbund, Les Nationalistes/Frankreich, Légion Hungária/Legion Hungary (LH)/Ungarn, der tschechische Národní a sociální fronta (Nationale und Soziale Front/NSF) sowie Szlurm/Polen an. Laut Gründungserklärung soll unter dem Leitspruch „Unsere Nationen - Unser Europa“ eine länderübergreifende Allianz den bis dato eher lose gepflegten Austausch der im Bündnis versammelten Parteien und Organisationen gefestigt werden, um für eine bessere Koordination der länderübergreifenden Zusammenarbeit zu sorgen.

Homepage Die Rechte / eingesehen am 4. Mai 2022

Mai

Baden-Württemberg:
„Kein Deutsches Blut für fremde Interessen“ – Flugblattverteilung in Pforzheim

Aktivisten des III. Weges verteilten am Abend des 3. Mai hunderte Flugblätter in Pforzheim. Neben themenbezogenen Faltblättern unter dem Motto „Kein Deutsches Blut für fremde Interessen!“ wurden auch Faltblätter zum Thema „Heimat bewahren!“ verteilt.

Homepage Der III. Weg / eingesehen am 2. August 2022

Baden-Württemberg:
Landtagspräsidentin Muhterem Aras besuchte das Generallandesarchiv Karlsruhe sowie die angeschlossene Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Landtagspräsidentin Muhterem Aras besuchte am 5. Mai 2022 das Generallandesarchiv Karlsruhe sowie die angeschlossene Dokumentationsstelle Rechtsextremismus. Im Gespräch mit dem Leiter des Generallandesarchivs Wolfgang Zimmermann und den Mitarbeitern betonte Aras die Bedeutung der Dokumentationsstelle, die 2020 vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst im Landesarchiv am Standort Generallandesarchiv Karlsruhe eingerichtet wurde. Die Dokumentationsstelle sammelt und erfasst rechtsextreme Materialien, wertet diese aus und berichtet darüber im Journal RECHTS.GESCHEHEN. Darüber hinaus ist das umfangreiche Aktenmaterial für die wissenschaftliche und journalistische Arbeit nutzbar.

In der Dokumentationsstelle findet sich auch rechtsextremes Aktenmaterial zur Landtagspräsidentin. So hatte Aras, damals Grünen-Stadträtin in Stuttgart, im Sommer 2008 darauf hingewiesen, dass Lehrer für ausländische Schüler trotz guten Notendurchschnitts kaum Gymnasialempfehlungen abgeben. Daraufhin wettete der Gruppensprecher der Republikaner im Stuttgarter Gemeinderat, Rolf Schlierer, vor einer um sich greifenden „Vollkasko-Mentalität“. Auch werde durch eine Hauptschulempfehlung „keineswegs ein späterer Erfolg in einem höheren Bildungsweg ‚verbaut‘“, so Schlierer, später REP-Bundesvorsitzender.

Die Wahl von Aras im März 2011 in den baden-württembergischen Landtag kommentierte der sächsische NPD-Fraktionsvorsitzende Holger Apfel mit den Worten: „Wie war das mit den dümmsten Kälbern, die ihren Metzger selber wählen?“. Apfel, später NPD-Bundesvorsitzender, beendete seinen Kommentar mit dem Zitat „Man kann gar nicht soviel fressen, wie man kotzen möchte.“ Den Urheber des Spruches, den jüdischen Impressionisten Max Liebermann, dürfte Apfel nicht gekannt haben. Den Spruch soll Liebermann 1933 getätigt haben, als ein Fackelzug der SA in Berlin nach der Machtübertragung an Hitler an seinem Haus vorbeizogen ist.

Die Landtagspräsidentin bezeichnete die Dokumentationsstelle als einen wichtigen Mosaikstein unserer wehrhaften Demokratie. „Demokratie muss immer wieder neu erarbeitet werden. Im Mittelpunkt des politischen Tuns und Handelns müssen immer die Bürgerinnen und Bürger stehen.“ Der Leiter des Generallandesarchivs, Zimmermann, zeigte sich im Gespräch darüber sehr erfreut, dass die Dokumentationsstelle um eine universitäre Forschungsstelle ergänzt wird. „Damit sind wir im Land gut gegen Rechtsextremismus gewappnet.“ Kern und Ausgangspunkt der Dokumentationsstelle ist das Archiv des Journalisten Anton Maegerle, der seit den 1980er Jahren zum Thema Rechtsextremismus arbeitet.

<https://www.landesarchiv-bw.de/de/aktuelles/nachrichten/74147/> / eingesehen am 5. Mai 2022

Die Republikaner im Stuttgarter Gemeinderat. Pressemitteilung Nr. 9/08 (23.7.2008):

Bildung: Auch auf die Eltern kommt es an!

Homepage Deutsche Stimme / eingesehen am 16. August 2022

Bundesweit:
Bevölkerungsumfrage zu Verschwörungserzählungen über den Ukraine-Krieg

Verschwörungserzählungen über den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine sind in Deutschland weit verbreitet und werden vor allem von AfD-Wählern und Ungeimpften geglaubt. Zu diesem Ergebnis kommt eine repräsentative Umfrage des Centers für Monitoring, Analyse und Strategie (CeMAS). Eine weitere Erkenntnis aus dem Research Paper besagt, dass Impfstatus und Verschwörungsglaube zusammenhängen: Mit 56,2 Prozent stimmen über die Hälfte der Ungeimpften Verschwörungserzählungen im Kontext des Ukraine-Krieges zu. Menschen mit hoher Protestbereitschaft gegen die Coronaschutzmaßnahmen vermuten zu 56 Prozent (eher) eine Verschwörung hinter dem Krieg gegen die Ukraine. Vor allem Anhänger der AfD stimmen Verschwörungserzählungen zum Ukraine-Krieg zu. Die Wähler der AfD sehen auch am häufigsten eine Kriegsschuld der Ukraine, der USA, der EU und der Nato. Die Forscher konstatieren einen Zusammenhang mit der Informationsbeschaffung insbesondere via Telegram. Knapp 27 Prozent der Personen mit stärkerem Verschwörungsglauben nutzten Telegram täglich oder mehrfach die Woche, um sich zu informieren, während nur 6,3 Prozent mit geringer Zustimmung zu Verschwörungserzählungen Telegram als häufige Informationsquelle heranzogen. Die CeMAS-Umfrage verdeutlicht, dass es bei den Protesten

weniger um eine Kritik an den staatlichen Coronaschutzmaßnahmen ging, sondern um demokrati-feindliche Bestrebungen, die auch die Verharmlosung von russischen Kriegsverbrechen und die Verbreitung von Propaganda miteinschließen.

<https://cemas.io/publikationen/von-der-krise-zum-krieg-verschworerzählungen-ueber-den-angriffskrieg-gegen-die-ukraine-in-der-gesellschaft> / eingesehen am 5. Mai 2022

Bundesweit:

**Studie „Rassistische Realitäten“
in Berlin vorgestellt**

Rassismus in Deutschland ist ein Thema, das uns alle angeht und das viele direkt betrifft. 90 Prozent der Bevölkerung erkennen an, dass es Rassismus in Deutschland gibt. Etwa zwei Drittel sind schon einmal direkt oder indirekt mit Rassismus in Berührung gekommen. 22 Prozent waren schon einmal selbst davon betroffen.

Bestimmte Vorstellungen, die Grundlagen von Rassismus als Ideologie bilden, sind noch weit verbreitet: 49 Prozent der Befragten etwa glauben an die Existenz menschlicher Rassen. 27 Prozent der Bevölkerung glauben, dass eine Gesellschaft Gruppen braucht, die oben stehen, und andere, die unten stehen. Es gibt hier keine wesentlichen Unterschiede zwischen Menschen mit geringerer oder höherer Bildung.

Das geht aus der Studie „Rassistische Realitäten“ hervor, die am 5. Mai in Berlin vorgestellt wurde. Sie ist Teil des Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitors (NaDiRa). Der NaDiRa untersucht Ursachen, Ausmaß und Folgen von Rassismus in Deutschland. Er wird vom Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung erstellt und ist im Maßnahmenkatalog des Kabinettsausschusses Rechtsextremismus verankert. Bundesfamilienministerin Lisa Paus betonte bei der Vorstellung der Ergebnisse, dass die Bundesregierung Rassismus „verstärkt“ bekämpfen wolle. Die Politikerin führte aus, dass es neben den wissenschaftlichen Grundlagen, die unter anderem der Rassismusmonitor liefere, vor allem auch das Engagement der Vielen brauche: „Wir müssen Rassismus schon frühzeitig entgegenreten, sonst erwecken wir den Eindruck, Rassismus sei eine von vielen vertretbaren Meinungen in diesem Land.“ Rassismus aber widerspreche „unseren demokratischen Grundwerten“. Und deshalb werde die Bundesregierung auch weiterhin diejenigen stärken, die sich gegen Rassismus stellen, und deren Engagement unterstützen. Dazu gibt es das Bundesprogramm „Demokratie leben!“. Es fördert mit aktuell 165 Millionen Euro jährlich Projekte auf kommunaler, regionaler und Bundesebene.

Nina Guérin, Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Landes Baden-Württemberg (LADS), überraschen die Ergebnisse des Rassismusmonitors nicht. Vom Südwestrundfunk (SWR) nach rassistischen Fällen befragt, antwortete Guérin: „Im vergangenen Jahr haben sich 221 Personen wegen einer Diskriminierung an die LADS gewandt, davon betrafen 55 Fälle rassistische Diskriminierungen. Hinzu kommen die Fälle, die unseren insgesamt neun Beratungsstellen im Land gemeldet werden.“ Bezüglich der Dunkelziffer führte die LADS-Leiterin aus: „Die meisten Menschen, die eine Diskriminierung erfahren, wenden sich an keine Beratungsstelle. Die Zahlen, die wir haben, sagen nichts darüber aus, wie häufig in Baden-Württemberg eine rassistische Diskriminierung vorkommt, weil eine absolute Minderheit der Personen sich damit an eine Beratungsstelle wendet. [...] Rassistische Diskriminierung betrifft wirklich alle Lebensbereiche: sie kommt bei Behörden und Ämtern vor, auf der Arbeit, sowohl im Bewerbungsprozess als auch in bestehenden Arbeitsverhältnissen, im Bildungsbereich, in Krankenhäusern, bei der Wohnungssuche, aber auch in Diskotheken und im Ladengeschäft.“ Guérin betonte, dass „Rassismus nichts ist, das nur von Menschen mit einem geschlossenen rechtsextremistischen Weltbild ausgeht. Deshalb passiert es auch immer wieder, dass ganz normale Leute mit demokratischen Einstellungen rassistische Dinge tun oder sagen. Rassismus ist sehr weit verbreitet und viele Menschen erfahren Diskriminierung in ganz alltäglichen und banalen Situationen.“

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/newsletter-und-abos/newsletter-verbraucherschutz/studie-rassistische-realitaeten-2030724> / eingesehen am 6. Mai 2022

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/rassismus-studie-und-die-situation-in-baden-wuerttemberg-100.html> / eingesehen am 7. Mai 2022

Baden-Württemberg:
**Hausbesuch bei einem
 Szene-Aktivist**

Die neonazistisch geprägte Homepage Sicherheitshinweise für Nationalisten (SfN) eines 2008 gegründeten Arbeitskreises Sicherheit berichtete am 5. Mai über einen „Anquatschversuch in Baden-Württemberg“. Demnach klingelten an diesem Tag Mitarbeiter des Verfassungsschutzes an der „Türe des ehemaligen politischen Gefangenen Ralph K.“. Weiter heißt es: „Die Schergen wollen sich nur kurz unterhalten. [...] Die Schergen mochten gerne wissen wie es in Zukunft weiter geht und ob man sich mit ihnen unterhalte. Natürlich durften leere Phrasen wie: ‚Das Gespräch kann auch geheim gehalten werden‘ nicht fehlen. Lächerlich, darauf gab es nur eine Antwort: Es besteht kein Interesse an einem Gespräch, weder jetzt noch später! Verabschiedet wurden die Beiden mit der Anmerkung, sie mögen die Kameraden im Umkreis in Ruhe lassen und das niemand mit ihnen sprechen wird (Fehler im Original). Auch ist doch klar das ihr Besuch jetzt sofort in sämtlichen Verteilern landen wird.“ Anschließend werden die Befrager detailliert im Aussehen, Alter und Kleidung skizziert. Hinter K. verbirgt sich Ralph Kästner im badischen St. Georgen. Kästner, rechtskräftig wegen Rädelsführerschaft in einer kriminellen Vereinigung und Volksverhetzung verurteilt, war zeitweilig Betreiber des Neonazi-Portals Altermedia Deutschland. Auf dem Internetportal wurden Morddrohungen verbreitet, Menschen mit Ungeziefer gleichgesetzt und der Holocaust geleugnet.

Homepage SfN / eingesehen am 6. Mai 2022

Schleswig-Holstein:
**AfD fliegt bundesweit erstmals
 aus einem Landtag**

Die Wahl in Schleswig-Holstein am 8. Mai ist für die AfD eine historische Niederlage, erstmals seit Parteigründung fliegt sie aus einem deutschen Landesparlament. Die Partei um ihren Spitzenkandidaten Jörg Nobis erhielt 4,4 Prozent und scheiterte damit an der Fünf-Prozent-Hürde. Erst 2017 hatte die AfD im nördlichsten Bundesland überhaupt den Einzug ins Haus an der Förde geschafft. Inhaltlich positionierte sich die AfD insbesondere gegen die Flüchtlingspolitik, gegen zahlreiche Corona-Maßnahmen und gegen die Energiewende. Die Arbeit der AfD im Landtag war von inneren Konflikten geprägt. Bereits vor der Wahl hatte die AfD im Landtag ihren Fraktionsstatus eingebüßt. Die zunächst fünfköpfige Fraktion zerfiel, weil der Partei nur drei Abgeordnete blieben. Eine Fraktion muss mindestens vier Politiker haben. Die frühere AfD-Landesvorsitzende Doris von Sayn-Wittgenstein wurde im November 2018 aus Partei und Fraktion ausgeschlossen. Anlass waren ihre Kontakte zu dem rechtsextremen Verein Gedächtnisstätte in Thüringen. Frank Brodehl verließ im Oktober 2020 die AfD und trat später in die Splitterpartei Liberal-Konservative Reformer ein. Der Rauswurf in Kiel ist der bisherige Höhepunkt eines Negativtrends, der vor zwei Jahren im Norden begann: Bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg im Februar 2020 erreichte die AfD lediglich 5,3 Prozent. Doch seither konnte die AfD bei keiner der folgenden Landtagswahlen Stimmen hinzugewinnen, nicht in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, nicht mal in Sachsen-Anhalt oder Mecklenburg-Vorpommern. Die Basis erreichte 1,1 Prozent, wurde damit achtstärkste Kraft in Schleswig-Holstein und somit die stärkste unter den kleinen Parteien. In einer Erklärung der Partei heißt es: „In jedem Fall hat die Basis anders als alle künftig im Landesparlament vertretenen Parteien einen klaren Kurs gegen Waffenlieferungen in Kriegsgebiete und gegen gesundheitspolitische Zwangsmaßnahmen. Sie wird damit die außerparlamentarische Opposition weiter anführen.“

<https://www.welt.de/regionales/hamburg/article238637959/AfD-fliegt-im-Norden-bundesweit-erstmals-wieder-aus-einem-Landtag.html> / eingesehen am 9. Mai 2022

<https://www.statistik-nord.de/wahlen/wahlen-in-schleswig-holstein/landtagswahlen/2022/> / eingesehen am 13. Juli 2022

Baden-Württemberg:
**„Kein Tag der Befreiung“ –
 Neonazi-Gedenkaktionen**

Am 8. Mai jährte sich das Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa zum 77. Mal. „Um dem ewigen Schuldult und der Lügen über deutsche Opfer Einhalt zu gebieten“, setzten Aktivisten der Neonazi-Kleinpartei Der III. Weg aus den Stützpunkten Württemberg, aus der Bodenseeregion und aus dem Schwarzwald, ein „klares Zeichen gegen das alliierte Schulddiktat“. Demnach wurden in Heilbronn, im Filstal, auf der Schwäbischen Alb, in der Region Neckar-Alb, im Landkreis Ravensburg und im Schwarzwald-Baar-Kreis Denkmäler und Gedenkstätten zu Ehren der Gefallenen besucht. Abschließend geloben die Neonazis: „Dem Mainstream entgegen feiern wir nicht den sogenannten ‚Tag der Befreiung‘, sondern gedenken unserer Opfer. Denn jene Männer und Frauen waren es, welche einst für ein freies deutsches Vaterland ihr Leben gaben. Ihr Opfer sei unser Auftrag.“

Homepage Der III. Weg / eingesehen am 21. Mai 2022

Bundesweit:
Kontakte des rechtsextremen russischen Thinktank Katehon nach Deutschland

Kontakte des rechtsextremen russischen Thinktank Katehon nach Deutschland, finanziert und geleitet durch den russischen Milliardär und Oligarchen Konstantin Malofejew, sind Thema der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage. In ihrer Anfrage schreiben die Abgeordneten, dass sich Katehon durch eine antiwestliche und antiliberalen Grundeinstellung auszeichne und zugleich die Ideologie eines „Noworossija“ (Neurussland) proklamiere. „Als Leitmotive gelten die Schaffung eines einheitlichen Kulturraums slawisch-orthodoxer Russen sowie eine russische Dominanz über große Teile Europas und Asiens.“ Wie die Bundesregierung in ihrer Antwort ausführt, unterhält Malofejew ein umfangreiches Netzwerk aus verschiedenen Organisationen, Wirtschafts- und Medienunternehmen, zu dem unter anderem auch Katehon gehört. Malofejew befinde sich seit dem 30. Juli 2014 auf der EU-Sanktionsliste („List of persons and entities under EU restrictive measures over the territorial integrity of Ukraine“). Der Bundesregierung liegen Erkenntnisse vor, dass der im August 2021 in Moskau verstorbene Publizist Manuel Ochsenreiter, zuletzt Chefredakteur des rechtsextremen Monatsmagazins Zuerst! und zuvor unter anderem Redakteur der Jungen Freiheit, in der Vergangenheit als Administrator für den deutschen Facebook Auftritt von Katehon tätig gewesen sei. Ferner legt die Bundesregierung offen, dass ihr Erkenntnisse über vereinzelte Kontakte deutscher Rechtsextremisten zu Katehon vorlägen; so habe beispielsweise ein Autor der Compact-Magazin GmbH mehrere Artikel auf der Internetseite von Katehon publiziert.

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Martina Renner, Nicole Gohlke, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Verbindungen des rechtsextremen Thinktank „Katehon“ nach Deutschland, BT-Drs. 20/1357 vom 9. Mai 2022: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/017/2001788.pdf> / eingesehen am 3. August 2022

Baden-Württemberg:
Generallandesarchiv Karlsruhe: Vortragsreihe „Antisemitismus in Deutschland“ fortgesetzt

Im Rahmen der Vortragsreihe „Antisemitismus in Deutschland“ referierte am 10. Mai Olaf Glöckner, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien und Lehrbeauftragter für Jüdische Studien und Geschichte an der Universität Potsdam, im Generallandesarchiv Karlsruhe zum Thema „Aufbruch oder Abschottung? Europas Juden zwischen neuer Vielfalt und akuten Bedrohungsszenarien“. Während sich das europäische Judentum nach der Schoah, demographisch gesehen, nie wieder erholt hat, verzeichnen einige Länder dynamische Entwicklungen – Deutschland eingeschlossen, so Glöckner. Seit dem überraschenden Zuzug vieler osteuropäischer Juden während der 1990er Jahre sind jüdische Kindergärten, Schulen und sogar Rabbinerseminare geöffnet worden. Mehr als 30 neue Synagogen wurden in der Bundesrepublik gebaut. Innerhalb von zehn Jahren verdreifachte sich die Zahl der Gemeindeglieder (von rund 30.000 auf etwa 100.000) – was gleichwohl, wie Glöckner betonte, verglichen mit dem vitalen und vielfältigen jüdischen Leben in Deutschland vor 1933 – trotzdem nur einen Bruchteil von damals darstellt. Und diese Entwicklung setzte sich auch in den Folgejahren fort: Die Zahl der jüdischen Vereine, Museen, Galerien und Restaurants wuchs – zumindest in größeren Städten in Deutschland, und es entstanden sogar drei verschiedene Rabbinerschulen, die Rabbiner auch für das Ausland ausbilden. Doch die jüdischen Zukunftshoffnungen sind – in Deutschland wie anderswo – getrübt von wachsendem Antisemitismus, von Übergriffen und obsessiver Israelfeindschaft.

<https://www.landesarchiv-bw.de/de/aktuelles/termine/74071> / eingesehen am 9. Mai 2022

Bundesweit:
Chronologie des Hasses: Rechtsextreme Attacken auf Gedenkstätten

Im Zeitraum Mai 2016 bis heute hat es einer gemeinsamen Recherche von NDR und Süddeutscher Zeitung zufolge mindestens mehr als 100 rechtsextreme Attacken und Übergriffe auf Gedenkstätten aus der NS-Zeit, darunter Gedenktafeln, Stolpersteine oder ehemalige Konzentrationslager, gegeben – im Schnitt mehr als einer pro Monat. NDR und Süddeutsche Zeitung haben die politisch motivierten Übergriffe auf Gedenkstätten unter anderem aus Zeitungsartikeln, Gesprächen mit Gedenkstätten-Mitarbeitern und Protokollen von Stadtratssitzungen zusammengetragen. Kulturstaatsministerin Claudia Roth verurteilt die Angriffe auf die Gedenkorte als zutiefst beschämend. Die Zahl der Übergriffe sei höchst alarmierend und zeige einmal mehr, dass Deutschland in der Verantwortung stehe, das Gedenken an die nationalsozialistischen Verbrechen wach zu halten.

<https://www.tagesschau.de/inland/uebergriffe-rechtsextreme-kz-gedenkstaetten-101.html> / eingesehen am 9. Mai 2022

<https://www.sueddeutsche.de/kultur/kz-gedenkstaetten-uebergriffe-rechtsextremismus-1.5581123> / eingesehen am 9. Mai 2022

Bundesweit:
**Innenministerin Faeser:
 Rechtsextremismus ist die größte
 Bedrohung für die Demokratie und
 größte Gefahr für die Menschen
 im Land.**

Die Polizei hat 2021 so viele politisch motivierte Straftaten wie nie zuvor seit 2001 registriert. Damals hatten die Innenminister das Erfassungssystem Politisch motivierte Kriminalität (PMK) eingeführt. Das Bundesinnenministerium (BMI) meldet in seiner PMK-Bilanz für das vergangene Jahr 55.048 Delikte von Coronaleugnern, Rechtsextremisten, Linksextremisten, Islamisten und weiteren Fanatikern. Das sind über 10.000 Straftaten mehr als 2020 und eine Steigerung um mehr als 23 Prozent. Einen weiteren Höchststand in der PMK-Bilanz seit 2001 gab es auch bei den antisemitischen Delikten. Die Polizei zählte 3.027 Fälle, das ist ein Anstieg um fast 29 Prozent gegenüber 2020. 84 Prozent der antisemitischen Straftaten sind Rechtsextremisten zuzuordnen. Die Jahresfallzahlen 2021 stellte Bundesinnenministerin Nancy Faeser am 10. Mai 2022 gemeinsam mit BKA-Präsident Holger Münch in Berlin vor. Faeser hob insbesondere die Gefahr durch Rechtsextreme hervor. 40 Prozent aller Opfer politisch motivierter Gewalttaten seien 2021 von Rechtsextremisten attackiert worden, sagte sie. Rechtsextremismus sei die größte Bedrohung für die Demokratie und größte Gefahr für die Menschen im Land. BKA-Präsident Holger Münch ergänzte: „Die Fallzahlen der Politisch motivierten Kriminalität haben sich in den letzten zehn Jahren verdoppelt. Der neue Höchststand und die Zunahme nicht zuordenbarer PMK-Straftaten im vergangenen Jahr spiegelt dabei auch zunehmende gesellschaftliche Spannungen sowie daraus resultierende Polarisierungs- und Radikalisierungstendenzen in Teilen der Bevölkerung wider, die das gesellschaftliche Miteinander, den Rechtsstaat und die wehrhafte Demokratie erheblich herausfordern.“ „Insbesondere die hör- und sichtbare Judenfeindlichkeit sowie die vermehrten Angriffe auf Kommunalpolitikerinnen und -politiker, Medienschaffende und polizeiliche Einsatzkräfte sind beileibe kein vorübergehendes Phänomen mehr“, findet der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Oliver Malchow. Es sei „notwendig, die Beobachtung extremistischer Gruppierungen und Entwicklungen durch die Nachrichtendienste sowie den polizeilichen Staatsschutz zu intensivieren“. Extremistische Waffenbesitzer müssten effektiver identifiziert und entwapnet werden.

https://www.bka.de/SharedDocs/Kurzmeldungen/DE/Kurzmeldungen/220510_PMK_PK.html /
 eingesehen am 10. Mai 2022

<https://www.juedische-allgemeine.de/politik/antisemitische-delikte-um-knapp-29-prozent-gestiegen/>
 eingesehen am 10. Mai 2022

Nordrhein-Westfalen:
**Amoklauf eines jugendlichen
 Rechtsextremisten verhindert**

Am 13. Mai hat die Polizei einen rechtsextremen Amoklauf am Don-Bosco-Gymnasium in Essen-Borbeck verhindert. Die Polizei hatte kurz zuvor den entscheidenden Hinweis von einem Mitschüler des 16-jährigen Jeremie R. bekommen. Daraufhin wurde die Wohnung, in der der Schüler mit seinen Eltern lebt, gestürmt. Im Kinderzimmer des Schülers R. wurden Sprengstoff und 16 Rohrkörper, einige präpariert mit Uhren und Nägeln, ein selbst gebautes Gewehr, eine Armbrust mit Pfeilen und explosives Material gefunden. Außerdem zahlreiche rechtsextreme, antisemitische und antimuslimische Schriften; darunter eine Todesliste und ein Manifest. In diesem Manifest soll der Schüler den „Untergang der weißen Rasse“ befürchtet haben. In seinem Manifest nimmt R. Bezug zu drei vorangegangenen Terrorataten in den USA, Neuseeland und Norwegen. Der Amoklauf an der Columbine High School im US-Bundesstaat Colorado ereignete sich am 20. April (!) 1999. Zwei Schüler erschossen innerhalb einer knappen Stunde zwölf Schüler im Alter von 14 bis 18 Jahren, einen Lehrer und sich selbst. 24 Menschen wurden zum Teil schwer verletzt. Den Rechtsterroristen Brenton Tarrant, der im neuseeländischen Christchurch bei einem Anschlag 51 Menschen tötete, bezeichnete Jeremy R. als sein „Idol“. Genauso wie den norwegischen Massenmörder Anders Bering Breivik, der sein „Vorbild“ sei.

<https://www.spiegel.de/panorama/justiz/essen-terrorverdaechtiger-bezeichnete-amoklaeufe-als-inspirationen-a-17567634-70c0-4a8e-89e3-6e8718811c92#ref=rss> /
 eingesehen am 13. Mai 2022

Hessen / Bundesweit:
38. NPD-Parteitag

Unter dem Motto „Der Heimat eine Zukunft geben!“ fand am 14. Mai im hessischen Altenstadt der 38. ordentliche Bundesparteitag der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) statt. Der Saarländer Frank Franz wurde als Parteivorsitzender der ältesten rechtsextremen Partei Deutschlands, 1964 gegründet, bestätigt. Als Stellvertreter stehen Franz der frühere Parteivorsitzende Udo Voigt (Berlin), Thorsten Heise (Thüringen) und Sebastian Schmidtko (Berlin) zur Seite.

Franz führte aus, dass die NPD „noch immer die stärkste nationale Organisation der Bundesrepublik“ sei und „sich fortan verstärkter denn je als Netzwerker, Dienstleister, punktueller Bündnispartner und regionaler Motor von Bürgerprotesten und regierungskritischen Initiativen verstehen“ will. Die Mitgliederzahl der NPD liegt aktuell bei unter 3.500. Der Satzungsantrag des Parteivorstandes,

der im Kern eine Umbenennung der Partei in „Die Heimat“ beinhaltete, erhielt nicht die notwendige Zweidrittelmehrheit der 154 Delegierten, bei 100 zu 54 Stimmen für eine Umbenennung fehlten drei Stimmen. Die NPD befindet sich seit Jahren in der Krise. Über Jahrzehnte hinweg war die NPD die wichtigste Partei im rechtsextremen Spektrum. Vor zehn Jahren waren die Nationaldemokraten noch in den Landtagen von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern vertreten, konnten zuletzt jedoch nur noch auf kommunaler Ebene Mandate erringen. Besonders die Konkurrenz durch die AfD hat der NPD schwer zugesetzt, im aktionsorientierten neonazistischen Spektrum sind neue Kleinstparteien wie Der Dritte Weg, Die Rechte oder Neue Stärke entstanden.

Homepage NPD / eingesehen am 16. Mai 2022

**Nordrhein-Westfalen:
AfD bei Landtagswahlergebnis
knapp über der Fünfprozenthürde**

Bei der Landtagswahl am 15. Mai erzielte die AfD mit ihrem Spitzenkandidaten Markus Wagner 5,4 Prozent der Zweitstimmen und damit 12 Sitze. Deutlich an Stimmen verloren hat die Partei in ihren Hochburgen im Ruhrgebiet. In Wahlkreisen wie Herne, Recklinghausen II, Oberhausen I und Duisburg II sackte sie um jeweils bis zu vier Prozentpunkte ab und rutschte auf unter 10 Prozent der Zweitstimmen. In Gelsenkirchen II und Duisburg III blieb die Partei zwar knapp zweistellig, verzeichnete jedoch Einbußen von mehr als vier Prozentpunkten. Bei ihrem Einzug in den NRW-Landtag 2017 hatte die Partei 7,4 Prozent erreicht und 16 Mandate erzielen können, ihre Fraktion hatte mit 13 Mitgliedern zuletzt aber nur eine Person mehr als jetzt. Für die AfD zog in den Landtag unter anderem JA-Bundesvorsitzender Carlo Clemens ein, einst Autor der Jungen Freiheit.

https://rp-online.de/nrw/landespolitik/landtagswahl-nrw/nrw-landtagswahl-2022-so-sieht-die-neue-afd-fraktion-im-parlament-aus_aid-69907763 / eingesehen am 19. Mai 2022

**Bundesweit:
International Roma
Resistance Day**

Am 16. Mai 1944 hatten sich mehrere Tausend Roma und Sinti in den Baracken des Lagerabschnitts B II des „Z-Lagers“ in Auschwitz-Birkenau verbarrikadiert und sich gegen ihre geplante Vernichtung gewehrt. Sie hatten die Information bekommen, dass das sogenannte „Zigeunerlager“ aufgelöst und dessen Insassen liquidiert werden sollten. Unter den Sinti und Roma in Auschwitz-Birkenau waren viele ehemalige Soldaten, die teilweise direkt von der Front in das Vernichtungslager deportiert worden waren. Aufgrund des starken Widerstands der Sinti und Roma, die sich mit Werkzeugen bewaffnet hatten, musste die SS die geplante Vernichtungsaktion vorerst abbrechen. Der Roma Resistance Day soll an diesen in der Öffentlichkeit „vergessenen“ Aufstand erinnern, denn die Sinti und Roma werden zumeist auf ihre Rolle als Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung reduziert. Die Geschichte ihres antifaschistischen Widerstands ist dagegen kaum bekannt. Insgesamt wurden rund 500.000 Roma und Sinti während des Holocaust ermordet. Viele Sinti und Roma nennen diesen Genozid „Porajmos“, was auf Romanes Verschlingung oder Zerstörung bedeutet. Der Holocaust an den Sinti und Roma wurde über Jahrzehnte hinweg von der Mehrheitsgesellschaft, der Geschichtswissenschaft und der Politik verharmlost oder gar negiert. Erst 1982 wurde dieser industriell betriebene Massenmord an den Sinti und Roma von dem sozialdemokratischen Bundeskanzler Helmut Schmidt offiziell anerkannt. Antiziganismus ist wie Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus ein Bestandteil rechtsextremer Ideologie. „Wir brauchen eine Zukunft für unser deutsches Volk! Und nicht für Nafris, nicht für Neger und Zigeuner, die zu Millionen irgendwo aus dem Busch fallen“, führte Frank Franz, NPD-Bundesvorsitzender, beim Wahlkampfauftakt zur Bundestagswahl am 22. Juli 2017 im sächsischen Riesa aus.

<https://www.roma-center.de/16-mai-international-roma-resistance-day> / eingesehen am 17. Mai 2022

<https://www.dw.com/de/stichwort-international-roma-resistance-day/a-61811429> / eingesehen am 17. Mai 2022

Verfassungsschutzbericht des Landes Rheinland-Pfalz 2017, S.49

**Bundesweit:
„Tag-X-Szenarien“**

Sogenannte „Tag-X-Szenarien“ gehören nach Angaben der Bundesregierung zu den gängigen Narrativen von Rechtsextremisten. In der Corona-Pandemie und mit den als repressiv wahrgenommenen Auflagen hätten diese Szenarien an Relevanz gewonnen, heißt es in der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke. Zuvor war Ende März bekannt geworden, dass im Zuge einer Durchsuchungsaktion der bayerischen Polizei mehrere Personen identifiziert werden konnten, die offenbar Anschläge auf Freileitungsmasten großer Stromtrassen geplant hatten. Auf ein „Tag-X-Szenario“ hatte sich zuvor auch die zeitweilig unter Terrorverdacht stehende Gruppierung Nordkreuz

aus Mecklenburg-Vorpommern vorbereitet. Die Bundesregierung führt weiter aus: „Insbesondere in Diskussionen auf Messenger-Diensten kann die Thematisierung von ‚Tag X‘-Szenarien festgestellt werden. Diese umfassen Überlegungen über den Sturz der Regierung sowie der parlamentarischen Demokratie als Staatsform durch Entführungen und ‚Verhaftungen‘ von politischen Entscheidungsträgern.“ Darüber hinaus werden in diesem Zusammenhang die Erstürmung der Treppen des Reichstagsgebäudes oder anderer politischer Einrichtungen sowie die Besetzung von Medienhäusern diskutiert. Auch die Sabotage von kritischer Infrastruktur wird in Einzelfällen in Chat-Gruppen auf Messenger-Diensten als „modus operandi“ für „Tag -X-Szenarien“ thematisiert. Im Phänomenbereich Reichsbürger und Selbstverwalter werden ebenfalls Diskussionen zu etwaigen Szenarien geführt, die im Zusammenhang mit einem „Tag X“ stehen. Darüber hinaus wurden vereinzelt Anhaltspunkte für Planungen von „Tag-X-Szenarien“ bekannt.

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Martina Renner, Nicole Gohlke, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Mögliche Sabotage kritischer Infrastruktur durch die extreme Rechte im Zusammenhang mit Tag-X-Szenarien, BT-Drs. 20/1922 vom 16. Mai 2022: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/019/2001922.pdf> / eingesehen am 4. August 2022

Bundesweit:

Europaweite Aktion gegen die Verbreitung von rechtsextremen Inhalten in Kooperation mit dem Online-Musikdiensteanbieter SoundCloud

Im Rahmen einer internationalen Aktion im Zeitraum vom 5. bis 13. Mai 2022 sind sechs europäische Staaten (Dänemark, Deutschland, Ungarn, Portugal, Spanien und das Vereinigte Königreich) in einer gemeinsam mit Europol und dem Online-Musikdiensteanbieter SoundCloud organisierten Operation gegen terroristische und extremistische Internetpropaganda vorgegangen. In diesem Zusammenhang ist Musik nach wie vor ein beliebtes Medium zur Verbreitung extremer und terroristischer Ansichten. Lieder von bekannten Neonazi-Bands können auf digitalen Musik-Plattformen häufig einfach und ohne größere Beschränkungen abgerufen werden und gelangen so ungefiltert auf die jeweiligen Endgeräte der Nutzer. Dieser unmittelbare Zugang zu teils menschenverachtenden Audioinhalten kann einen wichtigen Faktor bei der Selbstradikalisierung Einzelner darstellen. Mit dem Ziel, diese Radikalisierungsprozesse zu durchbrechen, wurden die Inhalte des Anbieters SoundCloud über Wochen hinweg durch das Bundeskriminalamt (BKA) und Vertreter der übrigen beteiligten Sicherheitsbehörden gesichtet und hinsichtlich möglicher Verstöße gegen die nationalen Gesetze bewertet. Gemeldete einschlägige Inhalte, insbesondere Accounts und Audioinhalte auf SoundCloud, wurden zur Löschung gemeldet. SoundCloud hat diese Löschanregungen unmittelbar umgesetzt.

Durch das kooperative Zusammenwirken von SoundCloud, dem BKA und Europol konnten die strafrechtlich relevanten Inhalte nicht nur entfernt, sondern darüber hinaus auch Maßnahmen ergriffen werden, um die verantwortlichen Nutzer zu identifizieren.

https://www.bka.de/DE/Presse/Listenseite_Pressemitteilungen/2022/Presse2022/220520_PM_SoundCloud.html / eingesehen am 21. Mai 2022

Rheinland-Pfalz:

Keine Versorgungsbezüge für Reichsbürger und Sympathisanten

Beamten und Beamte müssen sich auch im Ruhestand verfassungstreu verhalten. Ansonsten drohen schwerwiegende dienstrechtliche Folgen. Einer pensionierten Lehrerin wurden wegen Eintreten für die Reichsbürger die Versorgungsbezüge aberkannt. Das hat das Oberverwaltungsgericht (OVG) des Landes Rheinland-Pfalz entschieden (Urteil vom 11.03.2022, Az. 3 A 10615/21.OVG).

Die ehemalige Beamtin stand bis zur Versetzung in den Ruhestand im Jahr 2006 als Lehrerin im Dienst des klagenden Landes Rheinland-Pfalz. Etwa zehn Jahre später tätigte sie in von ihr veröffentlichten Büchern und in mehreren Schreiben an Behörden Äußerungen, wegen derer das Land Disziplinaranzeige erhob. So äußerte sie sich wiederholt öffentlich aktiv gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, diffamierte die Bundesrepublik Deutschland mehrfach als „Scheinstaat bzw. Nichtstaat“ oder als „Unternehmen mit Firmenstrukturen“ und tat das demokratische Wahlsystem als „Partei-Wahldiktatur“ ab. Durch diese Aussagen hat die Lehrerin gegen ihre auch noch während des Ruhestands bestehende Treuepflicht verstoßen, so das Oberverwaltungsgericht. Die politische Treuepflicht (vgl. für Bundesbeamte: § 60 Abs. 1 Bundesbeamtengesetz; für Landes- und Kommunalbeamte: § 33 Abs. 1 Beamtenstatusgesetz) gebietet, dass der Beamte oder die Beamtin den Staat und seine Verfassungsorgane bejaht, sie als schützenswert begreift, sich zu ihnen bekennt und aktiv für sie eintritt. Die Treuepflicht fordert von Beamten, dass sie sich eindeutig von Gruppen und Bestrebungen distanzieren, die diesen Staat, dessen Organe und Verfassungsordnung angreifen, bekämpfen und diffamieren. So wie sich für Beamten im aktiven Dienstverhältnis bestimmte außerdienstliche Pflichten ergeben, so bestehen nach § 47 Abs. 2 Beamtenstatusgesetz auch Pflichten,

die das aktive Beamtenverhältnis überdauern: Ganz oben steht dabei die Pflicht zur Verfassungstreue – auch im Ruhestand.

<https://www.bund-verlag.de/personalrat/aktuellespr-Kein-Ruhegehalt-fuer-Reichsbuerger-und-Sympathisanten-.html> / eingesehen am 18. Mai 2022

**Bundesweit:
Rechtsgutachten gegen
Förderung der AfD-nahen
Desiderius-Erasmus-Stiftung
mit staatlichen Mitteln**

Das Deutsche Institut für Menschenrechte hat am 19. Mai das Rechtsgutachten „Staatliche Gelder für rassistische und rechtsextreme Bildungsarbeit?“ veröffentlicht. Es befasst sich mit der Frage staatlicher Förderung der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung, der jüngsten politischen Stiftung Deutschlands. Die AfD und die von der ehemaligen CDU-Politikerin Erika Steinbach geleitete Desiderius-Erasmus-Stiftung drängen schon lange darauf, an der staatlichen Finanzierung parteinaher Stiftungen beteiligt zu werden. Diese erhalten in Deutschland Zuschüsse vom Bund und aus den Ländern - insgesamt mehr als 500 Millionen Euro im Jahr und finanzieren damit unter anderem politische Bildungsarbeit. Anhaltspunkt für eine dauerhaft relevante Grundströmung ist nach bisheriger Argumentation, wenn eine der jeweiligen politischen Stiftung nahestehende Partei mindestens zweimal in den Bundestag gewählt wurde. Das Rechtsgutachten zeigt auf, warum die Stiftung von staatlicher Förderung auszuschließen ist. Das Deutsche Institut für Menschenrechte wurde nach einem Beschluss des Bundestages 2001 gegründet und ist laut Gesetz „die unabhängige nationale Institution der Bundesrepublik Deutschland zur Information der Öffentlichkeit über die Lage der Menschenrechte im In- und Ausland“. Es wird auch vom Bundestag finanziert.

Das Deutsche Institut für Menschenrechte erklärt: „Eine staatliche Förderung der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung ist nicht mit den in Artikel 1 Absatz 1 Grundgesetz und den im Internationalen Übereinkommen gegen rassistische Diskriminierung (ICERD) verbrieften Garantien vereinbar. Sie würde den auf den Grund- und Menschenrechten basierenden staatlichen Bildungsauftrag konterkarieren. [...] Eine staatliche Förderung der Stiftung ist schon deswegen ausgeschlossen, weil die Stiftung nicht nur eng verwoben mit Akteur*innen der so genannten Neuen Rechten ist, die als rechtsextrem einzuordnen ist, sondern auch selbst rechtsextremes Gedankengut verbreitet. Sie ist damit als Trägerin für politische Bildung ungeeignet.“ Das Rechtsgutachten konstatiert, dass sich die Desiderius-Erasmus-Stiftung „durch ihre Verbundenheit zu einer rassistischen und rechtsextremen Partei“ auszeichnet: „Darin besteht der selbst gewählte Markenkern der Stiftung. Eine Stiftung, die rassistisches und rechtsextremes Gedankengut verbreitet beziehungsweise entsprechendes Gedankengut relativiert, darf grundsätzlich nicht staatlich gefördert werden.“

Beisitzer im Vorstand der Desiderius-Erasmus-Stiftung ist unter anderem Hans Hausberger. Der gebürtige Österreicher Hausberger, ehemals Bundesvorsitzender des extrem rechten Rings freiheitlicher Studenten, war später Gründungsmitglied und Beisitzer der REP-nahen Johann-Gottlieb-Fichte-Stiftung e.V. Hausberger hat auf Facebook Hetze wie „Merkel und ihr verlogenes schwarz-rotes Pack gehörten eingeknastet“, gepostet. Er gehört dem Kreisvorstand der AfD Bodenseekreis an; stellvertretende Kreisvorsitzende ist Alice Weidel.

<https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/aktuelles/detail/darf-die-afd-nahe-desiderius-erasmus-stiftung-mit-staatlichen-mitteln-gefoerdert-werden> / eingesehen am 19. Mai 2022

Hendrik Cremer: Staatliche Gelder für rassistische und rechtsextreme Bildungsarbeit? Rechtsgutachten zur Frage der staatlichen Förderung der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung (Mai 2022):

https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Amicus_curiae/Amicus_Curiae_Rechtsgutachten_DES_Mai_2022_bf.pdf / eingesehen am 4. August 2022

Hendrik Cremer: Rassistische und rechtsextreme Positionierungen im Dienste des Staates?

Warum ein Eintreten für die AfD mit der verfassungsrechtlichen Treuepflicht nicht vereinbar ist (2022):

https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Analyse_Studie/Analyse_Rassistische_und_rechtsextreme_Positionierungen_im_Dienste_des_Staates.pdf / eingesehen am 4. August 2022

<https://bodensee.afd-bw.de/ueber-den-kreisverband/kreisvorstand> / eingesehen am 19. Mai 2022

**Bundesweit:
Internes aus einer Chatgruppe der
ersten AfD-Bundestagsfraktion**

Mehr als 40.000 Chat-Nachrichten einer streng vertraulichen internen Chatgruppe der ersten AfD-Bundestagsfraktion liegen dem NDR und dem WDR exklusiv vor. Mindestens 76 der 92 Abgeordneten der im September 2017 zum ersten Mal in den Bundestag eingezogenen AfD schrieben in der Chatgruppe namens „Quasselgruppe“ bis nach der Bundestagswahl 2021 regelmäßig vertrauliche Posts wie „Die Ratte Merkel an der Spitze! Diese Volksverräterin gehört lebenslang in den Knast!“ (10. Juni 2019) oder „Wir müssen wohl warten, bis das Alte Regime wirtschaftlich ans Ende kommt und der Funke aus Österreich, Italien, Frankreich usw. überspringt. Das wird kommen und für die dann ebenfalls kommenden gnadenlosen Kämpfe müssen wir uns rüsten. [...]“ (16. Juni 2019).

*<https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/afd-bundestagsfraktion-chats-101.html> /
eingesehen am 20. Mai 2022*

**Brandenburg:
Landesverfassungsgericht
weist AfD-Klage ab**

Das Brandenburger Verfassungsgericht (VerfG Bbg) hat am 20. Mai eine Klage der AfD-Landtagsfraktion gegen die Veröffentlichung von Verdachtsfällen durch den Verfassungsschutz des Landes abgewiesen. Die Fraktion befürchtete nach eigenen Angaben, dass im Fall der Unterrichtung der Öffentlichkeit über solche Verdachtsfälle die politische Meinungsbildung zu ihrem Nachteil beeinflusst wird. Hintergrund dieser Klage war, dass die AfD Brandenburg vom Verfassungsschutz des Landes als rechtsextremer Verdachtsfall beobachtet wird. Das Bundesverwaltungsgericht hatte im Jahr 2013 entschieden, dass die Berichterstattung über einen Verdachtsfall ohne konkrete Ermächtigungsgrundlage nicht möglich sei. Seit einer gesetzlichen Neufassung von 2015 kann das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) die Öffentlichkeit über bestimmte Bestrebungen und Tätigkeiten informieren, soweit hinreichend gewichtige tatsächliche Anhaltspunkte hierfür vorliegen. Der Passus zu eben diesen Anhaltspunkten wurde auch im Brandenburger Verfassungsschutzgesetz ergänzt. Damit hat die AfD abermals vor Gericht verloren. Das Verwaltungsgericht Köln hatte kürzlich entschieden, dass auch das Bundesamt für Verfassungsschutz die AfD beobachten darf. Für Sachsen-Anhalt hatte das Verwaltungsgericht Magdeburg entschieden, dass die Partei dort als Verdachtsfall eingestuft werden darf.

*<https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/vfjbbg9420-brandenburg-landesverfassungsgericht-afd-verfassungsschutz> /
eingesehen am 20. Mai 2022*

**Bundesweit:
Ex-Präsident des BfV auf dem
Weg ins rechte Eck**

In einem Exklusivinterview mit Alexander Wallasch (alexander-wallasch.de), einem Redakteur des extrem rechten Onlinemagazins Tichys Einblick, das auch monatlich als gedruckte Zeitschrift gleichen Titels erscheint, führte der Jurist Hans-Georg Maaßen, von 2012 bis 2018 Präsident des Bundesverfassungsschutzes und zuletzt CDU-Bundestagskandidat in einem Thüringer Wahlkreis, am 22. Mai 2022 aus – die Zitate sprechen für sich:

„Es gibt mittlerweile ein stickiges Klima der Meinungsunfreiheit, wo Personen, die dem politischen Mainstream nicht folgen, ausgegrenzt und als Schwurbler, Rechtsextremisten usw. diffamiert werden, das ist mittlerweile in Deutschland in den letzten Jahren zu einer Unkultur geworden.“

„Das ist die eine Seite, warum es schwierig ist, offen zu reden. Und das andere ist die Agitation und Propaganda, vor allem durch die öffentlich-rechtlichen Medien in Deutschland, das hat die Gesellschaft massiv gespalten. Es gibt immer noch Leute, die wirklich reinen Herzens der Tagesschau glauben, trotz der Lügen bei der Migrationskrise, trotz der Lügen bei der Coronapolitik, trotz der Lügen bei der Impfung – und jetzt bei der Ukraine Krise, sie glauben das immer noch. Das ist so ähnlich, wie wenn man von einem Hütchenspieler x-mal betrogen wurde und meint: Jetzt, jetzt spielt der ehrlich. Und das ist bei der Tagesschau und bei den Staatsmedien ähnlich. Ich verwende den Ausdruck Staatsmedien bewusst, denn der Ausdruck öffentlich-rechtliche Medien verschleierte Zusammenhänge und ist töricht, denn niemand käme auf die Idee bei anderen Staatseinrichtungen, wie dem Parlament, von öffentlich-rechtlich zu reden, obwohl sie auch öffentlich-rechtlich und nicht privatrechtlich geregelt sind.“

„Frau Merkel ist Vertreterin des Merkelsozialismus, ein Sozialismus ganz besonderer Art. Die Position, die Frau Merkel vertreten hat, war aus meiner Sicht in keiner Weise mit der Linie der CDU von Konrad Adenauer und Helmut Kohl zu vereinbaren.“

„Und ich glaube, irgendwann werden auch die Deutschen begreifen, dass, wenn sich die verantwortlichen Politiker nicht um unser Wohl kümmern, sondern um das von fernen Völkern, und die Leute hier, überspitzt gesagt, nichts mehr zu essen und zu heizen haben, dann werden sie merken, dass wir hier über Jahrzehnte von Leuten regiert wurden, die es nicht gut mit unserem Volk meinten, und dass das Land nicht mehr funktioniert. Das führt unsere Demokratie wirklich an den Abgrund.“

„Für die Durchsetzung der linken Ideologie ist die Familie gefährlich. Sie ist gefährlich, weil Menschen, die in einer normalen gesunden Familie groß werden, verwurzelt sind. Wer verwurzelt ist, ist nicht mehr so leicht zu manipulieren. Deswegen war es schon seit jeher das Ziel aller totalitären Ideologien, vor allem der sozialistischen, Familien zu zerstören und den Menschen den Halt zu nehmen, um sie dann so zu formen, wie es zum System passte. [...] Was die politische Linke in Deutschland betreibt, geht in diese Richtung. Die Entwurzelung der Menschen, die Zerstörung jeglicher natürlicher sozialer Bindungen wie Ehe, Familie, Freundschaften oder Vereine ist aus linker Sicht eine Voraussetzung, um eine sozialistische Gesellschaftsordnung zu errichten. Korrespondierend dazu ist es aus linker Sicht notwendig, den Bürgern die wirtschaftliche Unabhängigkeit zu nehmen, um sie vom Staat abhängig zu machen. Wer abhängig ist, wird sich im Zweifel fügen.“

*<https://www.alexander-wallasch.de/politik/im-interview-dr-hans-georg-maassen/>
eingesehen am 23. Mai 2022*

**Brandenburg:
Holocaust-Opfer in der Ukraine**

Am 23. Mai 2022 plädierte Rechtsanwalt Thomas Walther vor dem in Brandenburg an der Havel tagenden Landgericht Neuruppin in dem Verfahren gegen den KZ-Wachmann Josef Schütz, der wegen Beihilfe zum Mord an 3.518 Häftlingen im KZ Sachsenhausen angeklagt ist. Walther nahm in seiner Rede Bezug zur Ukraine und stellte fest, dass das Land mit circa 1,5 Millionen ermordeter Juden im Holocaust etwa 60 Prozent der Mordopfer aus der damaligen Sowjetunion zu verzeichnen hatte. Dem engagierten Juristen ist es maßgeblich zu verdanken, dass die jahrzehntelange Justizpraxis in den Verfahren gegen frühere SS-Wachmänner in deutschen Konzentrationslagern grundlegend verändert wurde. 2006 ließ sich Walther an die 1958 gegründete Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg abordnen. Zwei Jahre später bereitete er die Anklage gegen den ukrainischen SS-Freiwilligen John Demjanjuk vor, der an der Ermordung von mindestens 28.060 Juden im deutschen Vernichtungslager Sobibor in Polen beteiligt war. Demjanjuk wurde vom Landgericht München in erster Instanz verurteilt, verstarb jedoch, bevor das Urteil Rechtskraft erlangte. Der Demjanjuk-Prozess stellt einen Wendepunkt in der deutschen Rechtsprechung dar.

*<https://www.auschwitz.info/de/aktuelles/meldungen/artikel/lesen/plaedoyer-im-strafverfahren-gegen-den-kz-wachmann-josef-schuetz-der-wegen-beihilfe-zum-mord-an-3518.html>
eingesehen am 23. Mai 2022*

**Baden-Württemberg:
Vor 30 Jahren: Fremdenfeindlicher
Mob vor Flüchtlingsheim in
Mannheim-Schönau**

Am 28. Mai 1992 (Christi Himmelfahrt/Vatertag) versuchte ein ca. 500-köpfiger Mob in Mannheim-Schönau das Flüchtlingsheim zu stürmen. Beschimpfungen wie „Asylantenschweine!“ oder „Wir brennen euch ab!“ wurden gebrüllt, es flogen Steine und Flaschen. Im Gegensatz zu den Ausschreitungen im August 1992 in Rostock-Lichtenhagen war die Polizei sowohl willens als auch in der Lage, die Angriffe abzuwehren. Auslöser der Krawalle war ein zuvor tagelang kursierendes Gerücht, wonach eine 16-jährige von einem Flüchtling vergewaltigt worden sei. Trotz der polizeilichen Präsenz zogen sich die Proteste bis in den Juni. Bei einem Anschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft im hessischen Lampertheim kam 1992 eine dreiköpfige Familie aus Sri Lanka ums Leben.

*<https://www.zeit.de/2022/22/rassismus-ausschreitungen-hoyerswerda-asylunterkunft-mannheim-schoenau>
eingesehen am 26. Mai 2022*

**Baden-Württemberg /
Rheinland-Pfalz:
Konspiratives „Titanen“-Treffen**

Die rechtsextreme kommunalpolitische Vereinigung WIR Heilbronn um den langjährigen baden-württembergischen Szene-Aktivist Michael Dangel trommelte im Mai für ihre Veranstaltung „Thing der Titanen II“. Unter dem Motto „Die Welt im Sturm“ fand das Tagesseminar am 28. Mai 2022 an einem geheimgehaltenen Ort „in der Pfalz“ statt. Tatsächlich wurde die Veranstaltung in Wald Fischbach bei Kusel abgehalten. Für 20 Euro Tagungsgebühr wurden „Top-Referenten und Tagesverpflegung“ geboten. Versprochen wurden familiäre „Athmosphäre und Selbstbewirtschaftung“ (Fehler im Original) in einem selbst bewirtschafteten Objekt.

Das erste „Thing der Titanen“ fand im Oktober 2021 unter dem Leitmotiv: „Rechte Lebensführung: Zwischen Hedonismus und Askese“ in einer Immobilie des rechtsextremen Bundes für Gotterkenntnis (Ludendorff) e. V. im baden-württembergischen Kirchberg an der Jagst statt. An der Veranstaltung nahmen mehrere Dutzend Personen aus der Bundesrepublik und Frankreich teil.

Dangel ist seit Anfang der 1990er Jahre in der rechtsextremen Szene im Großraum Heilbronn zugange. Er war unter anderem Gründungsmitglied der Freiheitlichen Initiative Heilbronn (FIH;

1995) und des Nationalen Bündnisses Heilbronn (NBH; 2004), eines Zusammenschlusses von regionalen Aktivisten aus Deutscher Partei, NPD und Jungen Nationaldemokraten (JN), ehemaligen Mitgliedern der Republikaner sowie der FIH. In späteren Jahren amtierte Dangel als Funktionär der Republikaner und Sprecher der Burschenschaft Arminia Zürich zu Heidelberg. 2017 war Dangel wegen seiner möglichen Querverbindungen zum Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) als Zeuge vor den NSU-Untersuchungsausschuss im Stuttgarter Landtag geladen.

Zum Einladungsduo gehört neben Dangel auch der ehemals langjährige NPD-Kader Sascha Wagner. Eigenangaben zufolge will Wagner seine erste politische Aktion im April 1989 durchgeführt haben. Im Rahmen eines Verwandtenbesuchs will er über 1000 JN-Aufkleber mit der Parole „Die Mauer muss weg“ in die DDR verbracht haben. Im Mai 2017 trat Wagner nach fast 27-jähriger Mitgliedschaft aus der NPD aus. Als Grund gab Wagner unter anderem an, dass die NPD als Wahlpartei gegen die AfD antrat. Seinen Arbeitsschwerpunkt will der zeitweilige AfD-Wahlkämpfer nunmehr auf „Brauchtumpflege und Wissensvermittlung“ verlegt haben.

Als Referenten der konspirativen Veranstaltung waren unter anderem Patrick Schröder, Gunther Kümel und Nikolai Nerling alias Volkslehrer zugegen.

Kümel, Ende September 2020 Referent beim „Stützpunkt“ Westerwald/Taunus und Rheinhessen der Neonazi-Kleinstpartei Der III. Weg, versetzte bei einer Demonstration im April 1962 in Wien gegen einen antisemitischen Universitätsprofessor dem Widerstandskämpfer Ernst Kirchwegger (Jg. 1898) einen Faustschlag. Das Opfer starb zwei Tage später. Kirchwegger war das erste politische Todesopfer der Zweiten Republik. Ein Wiener Geschworenengericht verurteilte Kümel, Mitglied rechtsextremer Studentenzirkel um den Ring Freiheitlicher Studenten (RFS), am 25. Oktober 1965 wegen Vergehens gegen die Sicherheit des Landes zu einer 10-monatigen Haftstrafe. Nach fünf Monaten Gefängnisaufenthalt wurde Kümel vorzeitig entlassen. Kümel, früher Mitglied des in Österreich verbotenen Bundes Heimattreuer Jugend (BHJ), versicherte vor Gericht, er habe in Notwehr gehandelt. Der deutsche BHJ berichtete über den Vorgang: „Ein angetrunkenen Kommunist und ehemaliger KZ-Häftling wurde bei einem Handgemenge so unglücklich durch die Abwehrmaßnahmen des Studenten Kümel getroffen, daß er kurz darauf verstarb.“ Kümel verschwand nach seiner Haftentlassung aus Österreich. Seit ca. 2000 ist Kümel in einschlägigen Foren aktiv und greift für Szenepublikationen zur Feder. Schriftverkehr mit dem Holocaust-Leugner Horst Mahler („Lieber Herr Mahler!“) pflegte Kümel vor Jahren mit dem Gruß „Für unser Volk und unser Recht!“ zu beenden.

In einem Schreiben an Mahler vom 5. Mai 2003 schwadronierte Kümel über „opferbereite Revolutionäre, die Deutschland, die das Volk, die das Heilige Deutsche Reich brauchen.“

Schröder betreibt seit mehreren Jahren das Internetradio Radio FSN (Frei-Sozial-National) sowie das Internet-Fernsehen FSN-TV, welches zwischenzeitlich zum Format FSN – The Revolution umbenannt wurde. Es werden neben Interviews mit Szene-Protagonisten in moderierten Beiträgen, unter anderem auch Aktionshinweise, sowie Konzert- und Demonstrationstermine verbreitet. 2004 trat Schröder der NPD als Mitglied bei, da sich die Nationaldemokraten „als einzige Partei konsequent und ehrlich für die Interessen des Normalbürgers“ einsetzen. Im Angebot seines rechtsextremen Modelabels Ansgar Aryan im bayerischen Mantel findet sich auch einschlägige Literatur wie das Buch „Blutzeugen. Beiträge zur Praxis des politischen Kampfes in der Weimarer Republik“. Der 620 Seiten umfassende Band dokumentiert laut Werbetext „das Leben sowie die Todesumstände der Blutzeugen der nationalsozialistischen Bewegung bis zum Tag nach der Machtergreifung am 31. Januar 1933. Getötete SA- und SS-Männer sowie Hitlerjungen“.

Der Videoblogger Nerling, ein ehemaliger Berliner Grundschullehrer, ist ein bekannter Holocaust-Leugner und militanter Antisemit. Er ist wegen Volksverhetzung verurteilt. Am 9. Mai 2020 fand auf den Cannstatter Wasen in Stuttgart die „7. Mahnwache für das Grundgesetz“ gegen die Corona-Maßnahmen statt. Vor Ort war auch Nerling.

Das Leitmotto des „Thing der Titanen III“ lautet „Pluriversum – Eine andere Welt ist möglich“. Getagt wird vom 2. bis 4. September 2022.

Homepage WIR Heilbronn / eingesehen am 2. Juni 2022

Nordrhein-Westfalen:
**Antisemitische Parolen
 sind Volksverhetzung**

Bei einer Demonstration der neonazistischen Kleinstpartei Die Rechte in den Dortmunder Stadtteilen Dorstfeld und Marten im September 2018 hatten mehrere Neonazis gebrüllt „Wer Deutschland liebt, ist Antisemit“. Das ist Volksverhetzung, urteilte am 30. Mai das Landgericht Dortmund und verhängte Geldstrafen. Als Begründung führten die Richter aus, dass die Parole zum Hass gegen in Deutschland lebende Jüdinnen und Juden aufstachelt.

<https://www1.wdr.de/nachrichten/ruhrgebiet/urteil-prozess-neonazis-dortmund-100.html> /
 eingesehen am 30. Mai 2022

Sachsen:
**NPD-Politiker arbeitete als Pfört-
 ner beim Verfassungsschutz**

Der 66-jährige NPD-Politiker Hartmut Krien, zeitweilig Bundesvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der NPD, arbeitete monatelang als Pförtner bei Sachsens Verfassungsschutz. Bis Mai saß Krien an der Pforte des Verfassungsschutzes. Nicht nur den Inlandsgeheimdienst hatte Krien im Blick, in dem Gebäude residiert auch das LKA Sachsen – und das Terror- und Extremismus-abwehrzentrum. Angestellt war Krien bei einem privaten Sicherheitsdienst. Erst nach knapp zwei Monaten fiel die Gesinnung des Mannes auf – obwohl er 15 Jahre lang für die NPD im Dresdner Stadtrat saß.

https://www.focus.de/panorama/landesweit-bekannt-er-npd-politiker-saechsischer-verfassungsschutz-stellt-neonazi-als-pfoertner-an_id_107934576.html /
 eingesehen am 31. Mai 2022

Ausland / Israel:
**Vor 60 Jahren wurde
 der NS-Verbrecher
 Adolf Eichmann gehenkt**

Der ehemalige SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann, Leiter des Referats IV B 4 im Reichssicherheitshauptamt (RSHA) und zuständig für den Transport der europäischen Juden in die Konzentrationslager, wurde in der Nacht zum 1. Juni 1962, zwei Jahre nach seiner Entführung durch den israelischen Geheimdienst aus Argentinien, gehenkt. Die Asche des Verbrechers wurde ins Mittelmeer gestreut. Bis zum letzten Prozesstag, dem 15. Dezember 1961, beteuerte Eichmann, er sei im Sinne der Anklage nicht schuldig. Das Jerusalemer Amtsgericht verhängte wegen Verbrechen gegen das jüdische Volk, wegen Verbrechen gegen die Menschheit und wegen Kriegsverbrechen das Todesurteil.

<https://www.juedische-allgemeine.de/politik/zu-bereuen-gab-es-nichts> /
 eingesehen am 31. Mai 2022
<https://www.mdr.de/geschichte/ns-zeit/holocaust/adolf-eichmann-prozess-israel-holocaust-102.html> /
 eingesehen am 31. Mai 2022

Rheinland-Pfalz:
**Demokratiefest in Neustadt
 an der Weinstraße abgebrochen**

Vom 27. bis 29. Mai 2022 wurde im rheinland-pfälzischen Neustadt an der Weinstraße unter dem Motto „Mut zur Freiheit“ gefeiert. Das Hambacher Schloss gilt als „Wiege der Demokratie“ in Deutschland. Die dreitägige Demokratiefestfeier fand anlässlich des 190. Jubiläums des Hambacher Festes von 1832 statt. Damals zogen etwa 30.000 Menschen auf das Hambacher Schloss und forderten Meinungs- und Pressefreiheit – ein Stück der deutschen Demokratieggeschichte.

Am zweiten Tag der Feier versammelten sich nach und nach ca. 3.000 weißgekleidete Corona-Protestler, Querdenker und Rechtsextremisten auf dem Schlossgelände, teils mit rechtsextremer Symbolik, Trommeln und Banner. Wegen teilweise aggressiver Proteste wurde das offizielle Programm unterbrochen. Einige Standbetreuer und Mitbürger mussten das Schloss unter Polizeischutz verlassen.

Zum „Marsch aufs Schloss“ hatte bereits ab Januar 2022 der Unternehmer Wolfgang Kochanek aus Neustadt unter dem Titel „Die aktuelle politische und wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland als Wiederholung der Geschichte von 1918 und 1930“ aufgerufen. Zur Teilnahme getrommelt hatten unter anderem der AfD-Kreisverband Neustadt, aber auch Rechtsextremisten wie die Gruppierung Freie Pfälzer. Beim rechtsextremen Blog Politically Incorrect (PI) war nach dem Protestmarsch zu lesen: „Zum 190. Jahrestag des Hambacher Festes lud die politische Klasse der zweiten deutschen Republik zum ‚Demokratiefest‘ aufs Hambacher Schloss ein. Eine zweifelhafte Anlehnung, bilden diese Kreise doch die moderne anti-nationale Reaktion in der Tradition des Fürsten Metternich und anderer Feinde der deutschen Einheit und Freiheit. Mit den Unterdrückern von damals verbindet sie der Kosmopolitismus und die Absage an jedes positive Verständnis von Deutschland und seiner Geschichte insofern, als dass sie als die Geschichte eines Volkes und einer Nation aufgefasst wird.“ Kommentiert wurde der PI-Artikel „Hambach: ‚Demokratiefest‘ unter Ausschluss der Bevölkerung“ von einem Leser mit den Worten: „Diese leider von uns gewählten Undemokraten haben sich das Land [...] unter den Nagel gerissen und drangsaliieren jetzt das Volk wie es ihnen beliebt. Sie hängen sich ihren Pseudo-Demokratieheiligschein um und beweihräuchern sich gegenseitig, wie toll sie doch sind. Was unterscheidet sie da noch vom französischen Hochadel, der auch meinte, die Weisheit mit Löffeln gefressen zu haben. Dann gehören sie auch weggefegt wie 1789 der franz. Hochadel“ (Fehler im Original).

<https://www.swr.de/swraktuell/rheinland-pfalz/nach-demo-100.html> / eingesehen am 30. Mai 2022

<https://www.belltower.news/hambacher-schloss-querdenken-und-reichsbuergerinnen-stuermen-ein-demokratiefest-und-die-polizei-ist-zufrieden-132297> / eingesehen am 1. Juni 2022

https://www.wochenblatt-reporter.de/neustadtweinstrasse/c-lokales/demokratiefest-neustadt-gescheitert-buendnis-gegen-rechts-stellt-fragen_a381440 / eingesehen am 2. Juni 2022

PI-NEWS / eingesehen am 5. Juni 2022

Baden-Württemberg:
**Freiburger Initiative engagierte
 sich in den 1960ern gegen die NPD**

Ende der 1960er-Jahre gründete Dietrich Elchlepp, später SPD-Parlamentarier im Bundestag und Europäischen Parlament, in Freiburg die Bürgeraktion zum Schutz der Demokratie, um etwas gegen die damals mitgliederstarke und parlamentarisch erfolgreiche NPD zu tun. Der heute 84-jährige Mitgründer engagiert sich nun gegen die AfD und Coronaleugner, so die Badische Zeitung in einem Artikel Ende Mai.

<http://toleranz-und-demokratie.de> / eingesehen am 1. Juni 2022

<https://www.badische-zeitung.de/freiburger-initiative-engagierte-sich-in-den-60ern-gegen-die-ncp/> / eingesehen am 1. Juni 2022 (kostenpflichtig)

Juni

Sachsen: Antisemitischer Verlag als kriminelle Vereinigung eingestuft

Die Bundesanwaltschaft hat am 1. Juni 2022 auf Grundlage eines Haftbefehls des Ermittlungsrichters des Bundesgerichtshofs den Rechtsextremisten Matthias Beier, ein mutmaßliches Mitglied einer rechtsextremen kriminellen Vereinigung, festnehmen lassen. Die Festnahme erfolgte im sächsischen Röderaue. Zudem wurden Räumlichkeiten des Beschuldigten sowie weiterer drei Beschuldigter in Sachsen und Brandenburg durchsucht. Die Beschuldigten sind der Gründung und/oder Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung verdächtig (§ 129 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Strafgesetzbuch, StGB). Alle Beschuldigten betätigten sich gemeinsam spätestens ab August 2018 mitgliederschaftlich in einer kriminellen Vereinigung. Der Zweck dieser Vereinigung ist es, unter dem Dach des Verlags Der Schelm eine nationalsozialistische und antisemitische Ideologie insbesondere durch den Verkauf entsprechender Bücher zu verbreiten und damit fortgesetzt Volksverhetzungsdelikte (§ 130 StGB) zu begehen. Über den Verlag vertreiben die Beschuldigten rechtsextreme Schriften, vor allem Nachdrucke indizierter Werke.

Zeitweilig saß Beier für die NPD im Meißner Kreistag. Am 2. Juni wurde der ehemalige Leipziger NPD-Stadtrat Enrico Böhm durch Beamte des Landeskriminalamts Sachsen in Leipzig verhaftet. Er soll insbesondere für die Lagerung und den Versand der Schriften verantwortlich sein. Die Neonazis vom III. Weg kommentierten die Maßnahmen gegen den Untergrund-Verlag in dem Beitrag „Bundesanwaltschaft schlägt gegen volkstreuem Bücherverlag zu“: „Zum ersten Mal in der unrühmlichen Geschichte des BRD-Regimes hat es ein Bücherverlag geschafft, von der Gesinnungsjustiz dieses Systems allein aufgrund der Neuverlegung historischer Bücher – nach Angabe des Betreibers als wissenschaftliche Quellentexte – als ‚kriminelle Vereinigung‘ eingestuft zu werden.“ Weiter heißt es: „Nachdem in der Vergangenheit bereits schon diverse Aktivistengruppen, Chatgruppen oder auch Musikbands mit dem vernichtenden Stigma einer ‚kriminellen Vereinigung‘ belegt wurden, geht das Regime jetzt auch gegen Bücherverlage vor, die dem herrschenden Zensurapparat trotzen und der Öffentlichkeit nachgedruckte Dokumente der Zeitgeschichte zur freien Geschichtsforschung – ohne der lästigen Kommentierung von BRD-Meinungsblockwarten – zur Verfügung stellen. In der BRD ist nichts mehr unmöglich geworden, um den von den Herrschenden angestrebten linkstotalitären Gesinnungsstaat auch mit Hilfe der Kriminalisierung jeglicher andersdenkender Gruppen durchzusetzen.“

Im Angebot des 2014 in Leipzig gegründeten Faksimileverlags Der Schelm (Verlagsadresse in Wichian Buri/Thailand), einem „unter erhöhtem politischen Risiko arbeitenden systemunkonformen“ (Eigendarstellung, Fehler im Original) Kleinstverlag, ist auch das antisemitische Kinderbuch „Der Giftpilz“. „Giftpilz“-Autor ist Ernst Hiemer, der von 1938 bis 1941 Hauptschriftleiter der 1923 von Julius Streicher gegründeten antisemitischen Wochenzeitung Der Stürmer war. Der unveränderte Nachdruck der im damaligen Stürmer-Verlag (Nürnberg) 1938 erschienenen Erstauflage kostet 25,- Euro. Das 55 Seiten umfassende Buch enthält neben den Texten, die im Stil der NS-Propaganda verfasst sind, antisemitische Zeichnungen von Philipp Rupprecht. Rupprecht war unter dem Pseudonym „Fips“ Hauptzeichner des Stürmer. „Der Giftpilz“ zählte zum Beweismaterial in den Nürnberger Prozessen gegen den Stürmer-Begründer Streicher, der 1946 wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zum Tode verurteilt wurde. In dem Machwerk werden Juden als moralisch, geistig sowie körperlich degeneriert und bösartig dargestellt. „Der Giftpilz“ endet mit den Worten: „Die Welt erwacht in Juda's Ketten. Deutschland alleine kann sie retten. Deutsches Denken und Deutsch sein wird einst die ganze Welt befrei'n. SIEG HEIL!“

Mit Stand von September 2022 ist die Homepage des Verlags weiterhin online. Links führen unter anderem zu einem nationalsozialistisch ausgerichteten „Reichsversand“. Zum Schnäppchenpreis von 9,99 Euro wird eine „Hitlerplakete aus Keramik“ (Fehler im Original) angeboten. Vertrieben werden auch Schlüsselanhänger mit der Aufschrift „MEINE EHRE HEISST TREUE“ oder eine Weinbrandflasche, die ein Hakenkreuz mit Ehrenkranz zeigt.

Pressemitteilung des Generalbundesanwalts beim Bundesgerichtshof vom 1. Juni 2022

<https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/dresden/meissen/festnahme-rechtsextremistische-bande-roederaue-leipzig-verlag-bundesanwalt-100.html> / eingesehen am 2. Juni 2022

Homepage Verlag Der Schelm / eingesehen am 2. Juni 2022

Homepage Der III. Weg / eingesehen am 7. Juni 2022

Homepage Reichsversand / eingesehen am 20. Juli 2022

Sachsen-Anhalt:
Ex-AfD-MdL zurück bei Polizei

In Sachsen-Anhalt ist der ehemalige AfD-Landtagsabgeordnete Mario Lehmann in den Polizeidienst zurückgekehrt. Lehmann, von 2016 bis Juni 2021 Landtagsabgeordneter, werde als Beamter im Bekleidungssevice der Polizei in Magdeburg eingesetzt, sagte eine Sprecherin des Innenministeriums am 1. Juni. Der damalige Politiker hatte mehrfach durch seine Äußerungen für Aufsehen gesorgt. 2017 hatte er Medienberichten zufolge Migranten sexistisch verunglimpft: „Es wäre Verrat an unserem deutschen Volk, das Wahl- und Staatsbürgerrecht an jeden hereingeholten Antänzer und jede Ficki-Ficki-Fachkraft hier zu verschenken.“ Laut Rechtslage kann kein Disziplinarverfahren für Vorgänge eingeleitet werden, die in eine Zeit fallen, in der die Rechte und Pflichten aus dem Dienstverhältnis als Beamter ruhten. Das ist der Fall gewesen, als Lehmann Abgeordneter war. Dessen rückliegende Äußerungen im Landtag können auch deswegen nicht verfolgt werden, da Aussagen von Abgeordneten im Landtag oder einem seiner Ausschüsse durch die Landesverfassung Artikel 57 geschützt sind.

<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/mario-lehmann-umstrittener-afd-politiker-wieder-bei-der-polizei-in-der-kleiderkammer-a-fde09556-cda4-4e28-b82a-fe1ee8c1168a> / eingesehen am 1. Juni 2022

<https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/ex-afd-lehmann-polizei-kritik-auschwitz-komitee-100.html> / eingesehen am 13. Juni 2022

Bundesweit:
Bundestag verweigert AfD-Politikerinnen Einzug in die Hirschfeld-Stiftung

Der Bundestag hat am 2. Juni seine Vertreterinnen für das Kuratorium der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld (BMH) bestimmt. Dabei wurden die queerfeindlichen Nominierten der AfD abgelehnt. Die AfD hatte die Berliner Abgeordnete Beatrix von Storch und als Stellvertreterin ihre Kollegin Nicole Höchst aus Rheinland-Pfalz nominiert. Für den Vorschlag stimmte nur die AfD, die Union enthielt sich, die übrigen Fraktionen stimmten dagegen. Bereits in der letzten Legislaturperiode wurde der AfD der Sitz verwehrt. Die Stiftung soll unter anderem an ihren Namensgeber erinnern, dessen Institut für Sexualwissenschaft von den Nazis geschlossen und geplündert wurde. Die BMH wurde am 27. Oktober 2011 von der Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium der Justiz, errichtet. Die Stiftung hat die Aufgabe, Bildungs- und Forschungsprojekte zu fördern und zu initiieren sowie gesellschaftlicher Diskriminierung von sexuellen und geschlechtlichen Minderheiten entgegenzuwirken.

https://www.queer.de/detail.php?article_id=42202 / eingesehen am 4. Juni 2022

Baden-Württemberg:
Staatsanwaltschaft Stuttgart stellt Ermittlungen gegen mutmaßliche deutsche Ku-Klux-Klan-Mitglieder ein

Die Staatsanwaltschaft Stuttgart hat nach mehr als drei Jahren die Ermittlungen gegen 57 Verdächtige wegen der Bildung eines deutschen Ablegers der 1865 in den Südstaaten der USA gegründeten Kapuzentruppe Ku-Klux-Klan (KKK) eingestellt. Die Behörde konnte nicht „mit einer für die Anklageerhebung erforderlichen Sicherheit“ feststellen, dass der Zweck der Gruppierung auf die Begehung von Straftaten gerichtet war, wie eine Sprecherin in Stuttgart mitteilte. Deshalb seien die Ermittlungen wegen der Bildung einer kriminellen Vereinigung im Frühjahr 2022 eingestellt worden. Gegen 23 Beschuldigte dauern die Ermittlungen jedoch wegen Verstößen gegen das Waffengesetz und das Betäubungsmittelgesetz weiter an. Gegen sie werde zudem weiter wegen des Verdachts der Volksverhetzung und des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen ermittelt, hieß es.

Im Januar 2019 hatte die Polizei in acht Bundesländern Wohnungen mutmaßlicher Mitglieder der mindestens seit dem Sommer 2016 existenten National Socialist Knights of the Ku Klux Klan Deutschland (NSK of the KKK) durchsucht. Der von Ermittlern des Landeskriminalamts Baden-Württemberg geleitete Einsatz hatte sich gegen 40 Beschuldigte gerichtet. Durchsucht wurden zwölf Wohnungen in Baden-Württemberg (Landkreis Rastatt, Rems-Murr-Kreis), Bremen, Hamburg, Niedersachsen (Landkreis Holzminden), Nordrhein-Westfalen (Kreis Mettmann, Oberbergischer Kreis), Rheinland-Pfalz (Landkreis Mayen-Koblenz), Sachsen-Anhalt (Salzlandkreis) und Thüringen (Landkreis Weimarer Land). Der Mitgliedschaft beschuldigt wurden 17 Personen im Alter von 17 bis 59 Jahren. Die etwa 200 eingesetzten Polizeibeamten stellten mehr als 100 Waffen sicher, darunter Schreckschusspistolen mit Munition, Schwerter und Macheten, Faust- und Butterflymesser, Wurfsterne sowie Teleskopschlagstöcke.

Regionale Organisationsstrukturen existierten in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen. Insgesamt tummelten sich in den Reihen des NSK of the KKK 40 Personen. Diese einte eine rechts-extreme Gesinnung, die sich unter anderem in einer Glorifizierung des Nationalsozialismus äußerte, so die Staatsanwaltschaft Stuttgart 2019. Teile der Gruppierung zeigten zumindest verbale Gewaltbereitschaft, planten sich zu bewaffnen, und hegten Gewaltfantasien. Die Rekrutierung der Mitglieder

erfolgte vorwiegend über das Internet. Kommunikation fand hauptsächlich über soziale Medien statt. So agitierten NSK of the KKK-Mitglieder auch auf VK.com, dem russischen Pendant zum sozialen Netzwerk Facebook. Fotos zeigen Klan-Aktivisten mit Waffen und NS-Devotionalien wie Tassen mit dem Konterfei Hitlers. Zur Finanzierung der Gruppierung wurden monatliche Mitgliedsbeiträge in Höhe von fünf Euro erhoben.

Angetan von der Symbolik der Kapuzenmänner waren auch die späteren Rechtsterroristen des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe. Fotos zeigen die beiden bei einer KKK-Kreuzverbrennung im Sommer 1995 in einem Waldstück unweit der so genannten „Fliegerscheune“ in Oßmaritz bei Jena. Vor Ort waren Mitglieder und Sympathisanten der neonazistischen Kameradschaft Jena. Entboten wurden dabei sowohl der Hitler- als auch der sogenannte Kühnengruß. 2001/02 gehörten zeitweise zwei Baden-Württemberger Polizisten einer KKK-Gruppierung an. Dies wurde jedoch erst im Jahr 2012 öffentlich publik. Einer der Beamten war Timo H., der für mehrere Monate der von dem damaligen NPD-Aktivisten Achim Schmid am 1. Oktober 2000 gegründeten KKK-Gruppierung European White Knights of the Ku Klux Klan (EWK KKK), Kontaktanschrift in Schwäbisch Hall, angehörte. Über ihn bestand eine theoretisch mögliche Verbindung des KKK zu dem Mord und dem Mordversuch am 25. April 2007 auf die Polizeibeamtin Michèle Kieseewetter und ihren Streifenpartner Martin A. auf der Theresienwiese in Heilbronn. H. fungierte am Tattag als Gruppenführer der beiden Böblinger Bereitschaftspolizisten.

Am 24. Juni verschickte das rechtsextreme Modelabel Ansgar Aryan des bayerischen Rechts-extremisten und NPD-Funktionärs Patrick Schröder seinen neuesten Newsletter mit der Überschrift „Klan-Shirts kurzzeitig reduziert!“ Zum Schnäppchenpreis von 23,99 Euro wird das T-Shirt „Join the Empire“ angeboten. Zu sehen ist ein Ku-Klux-Klan-Aktivist in Vollmaskierung und mit einer in die Höhe gereckten Maschinenpistole.

<https://staatsanwaltschaft-stuttgart.justiz-bw.de/pb/,Lde/Startseite/Presse/Durchsuchung+Ku-Klux-Klan/?LISTPAGE=5675643> / eingesehen am 1. Mai 2022

<https://www.spiegel.de/panorama/justiz/stuttgart-ermittlungen-gegen-mutmassliche-deutsche-ku-klux-klan-mitglieder-eingestellt-a-9d71c220-4e04-4ff5-8b2e-3a62718252c3#ref=rss> / eingesehen am 2. Juni 2022

Brandenburg / Hessen: Heranwachsende Rechts- terroristen

Die Polizei in Potsdam hat am 3. Juni einen Minderjährigen verhaftet, der rechtsterroristische Anschläge geplant haben soll. Der Jugendliche unter 18 Jahren war in einem Chat namens „Totenwaffen“ aktiv. Ermittelt wird wegen des Verdachts der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat, wegen des Verstoßes gegen das Sprengstoffgesetz sowie des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Der Jugendliche soll bereits Spreng- und Brandsätze selbst gebaut und erste Sprengversuche durchgeführt haben.

Am 2. August beginnt in Frankfurt der Prozess gegen den 20-jährigen Marvin E. aus der Kleinstadt Spangenberg im hessischen Schwalm-Eder-Kreis. Die Generalbundesanwaltschaft wirft E., einem Anhänger der aus den USA stammenden Neonazi-Terrorgruppe Atomwaffen Division (AWD), die versuchte Gründung einer terroristischen Vereinigung, Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat sowie Verstöße gegen das Waffen- und Sprengstoffgesetz vor. Bei einer Wohnungsdurchsuchung bei dem Azubi fanden Ermittler rund 600 selbst gebaute Kleinsprengkörper, sechs sogenannte unkonventionelle Spreng- und Brandvorrichtungen und ein rassistisches Manifest.

<https://www.tagesspiegel.de/berlin/brandenburger-polizei-vereitelt-anschlagplaene-jugendlicher-neonazi-aus-potsdam-soll-sprengsaetze-gebaut-haben/28400458.html> / eingesehen am 4. Juni 2022

<https://www.tag24.de/thema/nazis/rund-600-sprengstoffkoerper-selbst-gebaut-rechtsextremer-terrorverdaechtiger-muss-vor-gericht-2483029> / eingesehen am 2. Juni 2022

Bundesweit:
Keine Fördermittel des Bundes für AfD-nahe Desiderius-Erasmus-Stiftung

Im Haushalt 2022 des Bundestages sind weiterhin keine staatlichen Mittel für die 2017 gegründete und 2018 von der AfD als parteinahe Stiftung anerkannte Einrichtung vorgesehen. Festgeschrieben wurde von den Koalitionsfraktionen, dass Zuschüsse nur jenen politischen Stiftungen gewährt werden dürfen, die „jederzeit die Gewähr bieten, dass sie sich zu der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bekennen und für deren Erhaltung eintreten.“ Keine Zuschüsse dürfen demnach gewährt werden, „wenn begründete Zweifel an der Verfassungstreue von Organen oder Beschäftigten bestehen“. Der Verfassungsschutz stuft die AfD als rechtsextremen Verdachtsfall ein. Mit dieser Entscheidung vom 3. Juni „begibt sich der Deutsche Bundestag auf das unterste Niveau demokratiefeindlicher Staaten, die sich dadurch entlarven, dass sie oppositionelle Kräfte entgegen Recht und Gesetz bekämpfen“, so eine Presseerklärung der Desiderius-Erasmus-Stiftung.

<https://erasmus-stiftung.de/des-pressemitteilung-03-06-2022/> / eingesehen am 3. Juni 2022

Baden-Württemberg:
Neonazis posieren am Jahrestag des Anschlags vor Ulmer Synagoge

Am Abend des 5. Juni marschierten vier Neonazis aus dem Umfeld der Neonazi-Gruppierung Neue Stärke mit rechtsextremen Bannern vor der Synagoge in Ulm auf – am Jahrestag des Anschlags auf das Gebäude. Am 5. Juni 2021 hatte ein 45-jähriger türkischer Staatsbürger aus Ulm versucht, die Synagoge in Brand zu setzen. Er scheiterte und setzte sich in die Türkei ab. Die „Neue Stärke“ wurde im November 2021 gegründet und ist eine Abspaltung von ehemaligen Kadern des III. Wegs.

<https://www.belltower.news/schwarze-sonne-neonazis-posieren-am-jahrestag-des-anschlags-vor-ulmer-synagoge-133173/> / eingesehen am 14. Juni 2022

Nordrhein-Westfalen:
Aufbruch Leverkusen beim russischen Generalkonsul

Am 7. Juni besuchte eine kleine Delegation der im NRW-Verfassungsschutzbericht gelisteten Kleinstpartei Aufbruch Leverkusen den russischen Generalkonsul Alexey Dronov in Bonn. Bei der Gruppierung Aufbruch Leverkusen handelt es sich um eine lokal agierende Nachfolgeorganisation von Pro NRW, deren Akteure sich aus der ehemaligen rechtsextremen Partei rekrutieren. Delegationsmitglied war auch der Leverkusener Ratsherr Markus Beisicht, Vorstandsmitglied des 2019 gegründeten Aufbruch Leverkusen. „Von beiden Seiten wurden verschiedene Punkte angesprochen, unter anderem die Aggressionspolitik der Nato“, so Beisicht. Beisicht weiter: „Wenn Mitbürger die sich für eine Politik des Dialogs, gegen Waffenlieferungen und für eine Verständigung mit Russland aussprechen bedroht werden und sogar ihren Arbeitsplatz verlieren ist jede rote Linie überschritten. Auch ich habe den Eindruck das eine Eskalation gewollt ist, anders kann ich mir die aktuelle deutsche Außenpolitik nicht erklären. Durch den aktuellen Russland/Ukraine Konflikt kann die Politik jegliche Preissteigerungen und die damit verbundene Bürgerabzocke rechtfertigen und durch beschlossene Waffenlieferungen verdienen sich diverse Lobbygruppen wieder eine goldene Nase. Deshalb setzen Baerbock, Scholz und Co. weiter auf Eskalation sowie Sanktionen und ein Dialog ist nicht gewollt.“ (Fehler im Original)

Rechtsanwalt Beisicht startete Mitte der 1980er Jahre seine politischen Aktivitäten: er war unter anderem Bundesvorsitzender des Rings Freiheitlicher Studenten (RFS), Funktionär der Deutschen Liga für Volk und Heimat (DLVH), gehörte dem Bundesvorstand der Republikaner (REP) an und amtierte als Vorsitzender von Pro NRW.

[Homepage Ungetruibt Media](https://www.ungetruibtmedia.de/) / eingesehen am 8. Juni 2022

Bundesweit:
Verfassungsschutzbericht 2021 des Bundes vorgestellt

Die Bundesministerin des Innern und für Heimat, Nancy Faeser, hat am 7. Juni gemeinsam mit dem Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), Thomas Haldenwang, in der Bundespressekonferenz in Berlin den Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2021 vorgestellt. Bundesinnenministerin Nancy Faeser betonte: „Wir gehen entschieden gegen die Feinde unserer Demokratie vor. Die größte extremistische Bedrohung für unsere Demokratie ist weiterhin der Rechtsextremismus. Vor allem sehen wir hier weiter eine hohe Gewaltbereitschaft. Mein Aktionsplan sieht klare Maßnahmen vor: Wir müssen Radikalisierungen stoppen, rechtsextreme Netzwerke zerschlagen und Extremisten konsequent die Waffen entziehen. Hier hatten wir in den letzten Wochen wichtige Ermittlungserfolge.“

Im Rechtsextremismus ist das Personenpotenzial weiter angewachsen und liegt bei 33.900 (2020: 33.300). Zu diesem Personenkreis zählen nicht nur Mitglieder in rechtsextremen Parteien, sondern unter anderem auch das Personenpotenzial der Beobachtungsobjekte Identitäre Bewegung Deutschland (IBD), COMPACT-Magazin GmbH, PI-NEWS, Institut für Staatspolitik (IfS) (Verdachtsfall), Antaios-Verlag (Verdachtsfall) und Ein Prozent e.V. (Verdachtsfall).

Auch der Anteil der gewaltbereiten Rechtsextremisten ist abermals auf nunmehr 13.500 (2020: 13.300) gestiegen. Ziel von Rechtsextremisten blieb auch im Jahr 2021 die Anschlussfähigkeit an bürgerlich-demokratische Kreise. Dazu instrumentalisierten sie zum Beispiel die Proteste gegen die staatlichen Corona-Schutzmaßnahmen oder die Flutkatastrophe in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz. Die Verbreitung antisemitischer sowie verschwörungsideologischer Narrative wurde im Zuge der Corona-Pandemie verstärkt. Die rechtsextreme Szene vernetzt und radikalisiert sich weiter im Internet.

Das Personenpotenzial der Reichsbürger und Selbstverwalter ist im Vergleich zum Vorjahr erneut um 1.000 Personen auf insgesamt 21.000 angewachsen. Dieser Anstieg ist vor allem auf die Proteste gegen die staatlichen Corona-Schutzmaßnahmen zurückzuführen, die eine erhöhte Dynamik und Aktivität in Teilen dieser Szene zur Folge hatten. Bis Ende 2021 wurden mindestens 1.050 Reichsbürgern und Selbstverwaltern die waffenrechtlichen Erlaubnisse entzogen. Gleichwohl besteht weiterhin ein hohes Gewalt- und Gefährdungspotenzial durch Waffenbesitz. Die Ideologie der Reichsbürger und Selbstverwalter ist unvereinbar mit den arbeits- und beamtenrechtlichen Pflichten öffentlich Bediensteter, für die freiheitliche demokratische Grundordnung einzutreten.

Sorge bereitet dem Verfassungsschutz auch, dass die in den USA entstandene rechte Siegie-Ideologie in Deutschland zunehmend an Bedeutung gewinnt – gerade unter Minderjährigen, die sich im Internet radikalieren. Die Anhänger dieser Ideologie wollten „durch gezielte terroristische Akte gegen Infrastruktur, Angehörige von Minderheiten und demokratische politische Führungspersönlichkeiten“ einen Zusammenbruch des „verhassten demokratischen Systems“ herbeiführen. Ihr Vordenker ist der US-Neonazi James Mason, der in Zusammenarbeit mit dem Sektenführer Charles Manson in den 1980er Jahren eine Textsammlung unter dem englischen Titel „Siege“ (Belagerung) verfasst hat.

Das BfV hat im April 2021 den neuen Phänomenbereich Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates eingerichtet. Die Akteure dieses Phänomenbereichs zielen darauf ab, wesentliche Verfassungsgrundsätze außer Geltung zu setzen oder die Funktionsfähigkeit des Staates oder seiner Einrichtungen erheblich zu beeinträchtigen. Hierzu betreiben sie eine zielgerichtete Verächtlichmachung des demokratischen Systems und seiner Funktionsträger. Die Angehörigen des Phänomenbereichs zielen auf die Radikalisierung und Mobilisierung von Teilen der Bevölkerung, um ihre eigene Agenda voranzubringen. Auch über die Corona-Pandemie hinausgehend werden Krisensituationen zur Delegitimierung des Staates genutzt.

Hans-Georg Maaßen, nach rechtsaußen abgedrifteter ehemaliger Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, hält den Phänomenbereich Delegitimierung des Staates als „Beobachtungsauftrag für rechtswidrig und demokratiegefährdend.“ Den ersten öffentlichen Auftritt von Bundeskanzlerin Angela Merkel nach dem Ausscheiden aus dem Amt kommentierte Maaßen verächtlich als „Merkel-Gottesdienst“.

*<https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/verfassungsschutzbericht-2021-2047762/>
eingesehen am 10. Mai 2022*

*<https://www.alexander-wallasch.de/gastbeitraege/merkel-und-der-spiegel-haben-keinerlei-scham-ihre-politische-liebesbeziehung-zu-kaschieren/>
eingesehen am 14. Juni 2022*

Bundesweit:
**Zentrum Automobil gründet
Pflegeableger**

Der rechtsextreme Verein Zentrum Automobil (Sitz: Stuttgart), der sich als Gewerkschaft versteht, hat einen Ableger für die Gesundheitsbranche namens Zentrum Gesundheit & Soziales gegründet. Zentrum Gesundheit & Soziales „stellt sich gegen die Diskriminierung ungeimpfter Pflegekräfte“, so das rechtsextreme Magazin Compact. Kommissarisches Vorstandsmitglied der Pflege-„Gewerkschaft“ ist die Mitbegründerin Petra Kolberg. In einem Interview mit Compact betonte Kolberg, dass sich Pflegekräfte „durch ihre Alt-Gewerkschaft einfach nicht mehr vertreten gefühlt und nach Alternativen gesucht“ haben. Ein Anonymus kommentierte auf der Compact-Homepage die Gründung von Zentrum Gesundheit & Soziales mit den Worten: „Ich finde Frau Kolberg hat einen richtigen mutigen Schritt nach vorne getan mit der Gründung einer eigenen Gewerkschaft. Die ganzen Gewerkschaften wie Verdi, DGB, IGM usw. sind total systemgewaschen und linksversifft mit der Tuntifa. Das einzige was diese systemrelevanten Gewerkschaften können: sich für Frieden & Toleranz einsetzen wie es Soros mit seinem Open Society Foundations vorgibt, weil er sie ja finanziert. Hiermit wünsche ich Frau Kolberg viel Erfolg und das mehr Menschen aufwachen und ihre Gewerkschaft unterstützen. Reißen wir gemeinsam den Herrschern die Maske vom Gesicht!!! FCK NWO!!!“ (Fehler im Original)

COMPACT-Online / eingesehen am 10. Juni 2022

Bundesweit:
Meuthen nun Zentrums-Mitglied

Ex-AfD-Parteisprecher Jörg Meuthen ist der rechtsklerikalen Deutschen Zentrumspartei (Zusatz: „Älteste Partei Deutschlands gegründet 1870“; Kurzbezeichnung: Zentrum) beigetreten. Aufgefallen war die Zentrumspartei vor einigen Jahren mit radikalen Abtreibungskampagnen. Der Europaparlamentarier Meuthen war im Januar als AfD-Parteisprecher zurück- und aus der Partei ausgetreten. Heute ist er fraktionsloser Europaabgeordneter. Er hat sich gegen die Gründung einer neuen Partei entschieden, weil er die Erfolgsaussichten eines solchen Projektes für wenig erfolgversprechend halte, sagte Meuthen. Die wenige hundert Mitglieder zählende Kleinstpartei ist dank des übergetretenen ehemaligen AfD-Mitglieds Uwe Witt im Bundestag vertreten.

Die 1870 gegründete Partei hatte im Kaiserreich und der Weimarer Republik als katholische Stimme eine wichtige Rolle inne. In der Weimarer Republik stellte sie mehrfach den Reichskanzler. Mit der Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz im Jahre 1933 hatten die Zentrums-Politiker zur Machtübertragung an die Nationalsozialisten beigetragen. Nach 1945 wurde die Zentrumspartei bei Wahlen durch die Union verdrängt. Die Zentrums-Behauptung, Deutschlands älteste Partei zu sein, ist jedoch historisch falsch. Der 23. Mai 1863 gilt als Geburtsstunde der deutschen Sozialdemokratie, der ersten deutschen Arbeiterpartei. An diesem Tag gründete sich in Leipzig der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (ADAV) unter dem Vorsitz von Ferdinand Lassalle. Ebenfalls im Juni sind die Mitglieder der Mönchengladbacher AfD-Ratsfraktion aus der AfD ausgetreten und in die Deutsche Zentrumspartei eingetreten. Sie führen ihre Ratsarbeit zukünftig als Zentrumsfraktion Mönchengladbach fort.

<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/joerg-meuthen-afd-zentrumspartei-100.html#xtor=CS5-21> / eingesehen am 10. Juni 2022

<https://lokalklick.eu/2022/06/30/alle-mitglieder-aus-afd-ratsfraktion-ausgetreten-fortfuehrung-als-zentrumsfraktion> / eingesehen am 30. Juni 2022

Bundesweit:
Erkenntnisse über die Atomwaffen Division

Erkenntnisse über die ursprünglich im Jahr 2015 in den USA gegründete rechtsextreme Atomwaffen Division (AWD), die als äußerst gewaltbereit und international vernetzt gilt, legt die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage dar. Demnach ist die Gründung online im ehemals russischen Onlineportal Iron March erfolgt, das zunächst im US-amerikanischen Onlineportal Fascist Forge aufgegangen sei. Letzteres wurde im Jahr 2020 abgeschaltet. Als ideologische Grundlage dient der AWD den Angaben zufolge unter anderem das Werk Siegel (vgl. den Beitrag „Verfassungsschutzbericht 2021 des Bundes vorgestellt“, S. 35f in diesem Heft). Ziel der AWD ist die Abschaffung westlicher Regierungen und die Initiation eines Rassenkrieges. Die AWD nutzt das Prinzip der „leaderless resistance“ und versteht sich selbst nicht als streng hierarchisch organisiert. Von der AWD ausgehend entwickelt sich laut Vorlage weltweit ein Netzwerk verschiedener Ableger mit gleichgerichteter Zielsetzung. Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof (GBA) führt in Bezug auf die Atomwaffen Division Deutschland (AWDD) ein Ermittlungsverfahren gegen zehn Beschuldigte, unter anderem wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, heißt es in der Antwort. Einer der Beschuldigten hat Schießstände in Tschechien besucht. Die Sicherheitsbehörden des Bundes erlangten erstmals im Juni 2018 Kenntnis von der Existenz der AWDD.

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Martina Renner, Nicole Gohlke, Göky Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Erkenntnisse der Bundesregierung über den geplanten Aufbau der „Atomwaffen Division Hessen“, BT-Drs. 20/2101 vom 30. Mai 2022: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/021/2002101.pdf> / eingesehen am 4. August 2022

Ausland / Tschechien:
Massaker vor 80 Jahren: Lidice ausgelöscht

Am 27. Mai 1942 verübten Jan Kubis und Josef Gabčík, zwei Unteroffiziere der tschechoslowakischen Exilarmee, ein Attentat auf Reinhard Heydrich, SS-Obergruppenführer und General der Polizei, Reichsprotektor von Böhmen und Mähren. Der Hauptorganisator des Holocaust erlag wenige Tage später seinen Verletzungen. Als „Vergeltung“ wurde von den deutschen Besatzern am 10. Juni das Dorf Lidice, rund 25 Kilometer westlich von Prag entfernt, zerstört: „Die Ortschaft, die aus 95 Häusern besteht, wurde vollständig niedergebrannt, 199 männliche Einwohner über 15 Jahren wurden an Ort und Stelle erschossen. 184 Frauen in das Konzentrationslager Ravensbrück, sieben Frauen in das Polizeigefängnis Theresienstadt, vier schwangere Frauen in das Krankenhaus Prag, 88 Kinder nach Litzmannstadt überführt, während sieben Kinder unter einem Jahr in ein Heim nach Prag gebracht wurden. Drei Kinder wurden zur Eindeutschung in das Altreichsgebiet gebracht“, so die Meldung der Gestapo Prag vom 24. Juni 1942 über die Ermordung der Einwohner und die Zerstörung von Lidice. Von den ins KZ Ravensbrück verschleppten Frauen kam fast jede dritte um. Die meisten Kinder wurden im Vernichtungslager Chelmno vergast. Die Witwe Lina Heydrich

(1911–1985) erhielt nach prozessualen Auseinandersetzungen bis an ihr Lebensende die Rente einer Generalswitwe.

<https://www.deutschlandfunk.de/80-jahre-massaker-lidice-100.html> / eingesehen am 13. Juni 2022

Sachsen:
**Kindernachmittage im
Neonazi-Zentrum in Plauen**

Seit 2019 unterhält die Kleinstpartei Der III. Weg im sächsischen Plauen ein Bürger- und Parteibüro („P 130“). Regelmäßig finden dort sogenannte Kindernachmittage statt. „Basteln, Kochkurse, Naturkunde, Spiel, Spaß und Gemeinschaft stehen abwechselnd auf dem Programm [...] Die Kinder- und Jugendarbeit steht bei uns an erster Stelle“, so die Neonazis. Angeboten wird auch kostenlose Schülerhilfe. „Taten statt Worte – Vom Ich zum Wir!“, postulieren die Neonazis. Die Partei stellt sich somit gezielt als „Kümmerer“ dar.

Homepage Der III. Weg / eingesehen am 11. Juni 2022

Baden-Württemberg:
**Landeskongress der Jungen
Alternative für Deutschland**

Am 12. Juni fand in Michelbach an der Bilz (Landkreis Schwäbisch Hall) ein Landeskongress des baden-württembergischen Landesverbandes der Jungen Alternative für Deutschland (JA) statt. Der amtierende Landesvorsitzende Jochen Lobstedt (Villingen-Schwenningen) konnte sich gegen Severin Köhler (Ditzingen) nicht durchsetzen und musste nach zwei Jahren den Landesvorsitz abgeben. Köhler (Jg. 1996) wurde am 3. März 2018, zusammen mit einem weiteren Mitglied der Jungen Alternative Stuttgart, im Block der Identitären Bewegung auf der extrem rechten Kandel-ist-überall-Demonstration gesehen.

<https://www.tag24.de/nachrichten/politik/deutschland/parteien/afd/afd-so-rechtsextrem-ist-die-alternative-fuer-deutschland-in-baden-wuerttemberg-1868874> / eingesehen am 14. März 2021

Homepage konflikt Magazin / eingesehen am 12. Juni 2022

Brandenburg:
**Rechtsextremismus weiter
größte Gefahr im Bundesland**

Der Rechtsextremismus ist auch im letzten Jahr der mit Abstand größte Phänomenbereich in Brandenburg gewesen. Das geht aus dem Verfassungsschutzbericht 2021 hervor, den Innenminister Michael Stübgen und der Leiter der Abteilung Verfassungsschutz, Jörg Müller, am 13. Juni in Potsdam vorgestellt haben. „Die Gewaltstraftaten sind vergangenes Jahr deutlich gestiegen, das Personenpotenzial ist das zweithöchste seit Bestehen des Landes. Dazu kommt ein erheblicher Zuwachs bei Reichsbürgern und Selbstverwaltern“, so Stübgen.

Innerhalb des Rechtsextremismus ist der Verdachtsfall Alternative für Deutschland (AfD) die größte Einzelbestrebung. Dieser werden 790 Personen zugerechnet. Demnach wird mehr als jedes zweite der rund 1.400 AfD-Mitglieder als rechtsextremistisch eingestuft. Hinzu kommen 60 Mitglieder der Jugendorganisation Junge Alternative. Jörg Müller führte hinsichtlich der AfD aus: „Die AfD hat im letzten Jahr weiterhin hinreichend gewichtige tatsächliche Anhaltspunkte dafür geliefert, dass es sich bei ihr um eine Bestrebung gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung auf der Basis eines Verdachtsfalls handelt. Das liegt unter anderem an ihrem völkisch-nationalistischen Lager.“

1.245 und damit rund 43 Prozent aller dem Verfassungsschutz Brandenburg im Jahr 2021 bekannten Rechtsextremisten gelten als „gewaltorientiert“. Ein wichtiges Medium des Rechtsextremismus hat seinen Sitz in Brandenburg und wird entsprechend vom Verfassungsschutz beobachtet, berichtete Müller. Namentlich nannte der Verfassungsschützer die sich „irgendwo zwischen Rechtsextremismus, verrückten Verschwörungserzählungen, wirren Umsturzfantasien, devoter Putin-Hörigkeit und üblem Antisemitismus einschwingende ‚Compact-Magazin GmbH‘“ des gebürtigen Baden-Württembergers Jürgen Elsässer.

<https://polizei.brandenburg.de/pressemeldung/innenminister-stuebgen-rechtsextremismus/3271019> / eingesehen am 13. Juni 2022

Niedersachsen:
**Landesverfassungsschutz stuft
 AfD als Verdachtsobjekt ein**

Die AfD wird in Niedersachsen als Verdachtsobjekt eingestuft. Das geht aus dem am 14. Juni von Innenminister Boris Pistorius (SPD) vorgelegten Verfassungsschutzbericht für 2021 hervor. Zuvor war in Niedersachsen die Jugendorganisation der AfD als Verdachtsobjekt eingestuft worden, aber nicht die ganze Partei. Niedersachsens Verfassungsschutzpräsident Bernhard Witthaut erläuterte in einer Mitteilung, die ehemaligen Flügel-Angehörigen der Partei seien mit ihrem Gedankengut und ihren Zielsetzungen in die Parteistrukturen der AfD eingesickert. Darüber hinaus weise die Partei im Bundesland Kontakte, Bezüge und Verbindungen zu rechtsextremistischen Organisationen und Protagonisten auf.

<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/niedersachsens-verfassungsschutz-stuft-afd-als-verdachtsobjekt-ein-a-971da7c9-ebfb-4cf5-b904-ecfbca23646> / eingesehen am 17. Juni 2022

Bundesweit:
**Fragwürdiger Grundsatzreferent
 bei Fraktionschefin Alice Weidel**

Mario Walter B., Schwiegersohn des rechtsextremen Verlegers Götz Kubitschek vom neurechten Institut für Staatspolitik, arbeitet seit März als Grundsatzreferent im Zuständigkeitsbereich von AfD-Bundestagsfraktionschefin Alice Weidel. B. ist seit 2018 mit einer Tochter von Kubitscheks Ehefrau verheiratet. Kubitschek ist politisch eng mit dem AfD-Rechtsextremisten Björn Höcke liiert. B. ist Mitglied der rechtsextremen pflichtschlagenden Hamburger Burschenschaft Germania, die schon seit 2014 im Visier des Hamburger Nachrichtendienstes steht. Die Hamburger Burschenschaft Germania gehört der völkischen Burschenschaftlichen Gemeinschaft (BG) an.

<https://www.keine-stimme-den-nazis.org/11-pressemitteilungen/7358-rechtsextremistischer-hamburger-burschenschafter-mit-ncpd-kontakt-ist-grundsatzreferent-von-afd-chefin-alice-weidel/> / eingesehen am 19. Juni 2022

Sachsen:
**Ergebnisse von AfD und Freien
 Sachsen bei der Kommunalwahl**

In keinem der neun Wahlkreise und bei keiner der rund 200 Bürgermeisterwahlen lagen AfD oder Freie Sachsen beim ersten Kommunalwahlgang in Sachsen am 12. Juni vorne. Dennoch hat sich die AfD auf hohem Niveau stabilisiert. Ihre Landratswahlergebnisse liegen nun zwischen 19 und 35 Prozent. Bei der Landtagswahl 2019 waren es 27,5 Prozent, bei der Bundestagswahl 25 Prozent.

Als Kandidat für die Landratswahl im Landkreis Görlitz erzielte der AfD-Mann Sebastian Wippel ein Ergebnis von 35,5 Prozent. Im Vogtlandkreis trat Roberto Rink von der Deutschen Sozialen Union (DSU) für die AfD an. Er holte 23,4 Prozent. Die Neonazi-Partei Freie Sachsen, die in Konkurrenz zur AfD antrat, erzielte teils ebenfalls alarmierende Ergebnisse. Im Landkreis Nordsachsen bekam Uta Hesse 20 Prozent. Im zweistelligen Bereich landeten Andreas Hofmann im Kreis Sächsische Schweiz – Osterzgebirge bei 10,5 und Stefan Hartung im Erzgebirgskreis bei 10,0 Prozent. Ulrike Böhlke erzielte bei der Bürgermeisterwahl in der Kleinstadt Dohna (Landkreis Sächsische Schweiz – Osterzgebirge) 30,1 Prozent. Peter Schreiber, Chefredakteur der NPD-Parteizeitung Deutsche Stimme, holte in Strehla 9,7 Prozent, Frank Neufert in Niederfrohna 8,1 Prozent und Rainer Umlauf in Grimma 6,3 Prozent.

Homepage Die Rechte / eingesehen am 14. Juni 2022

COMPACT-Online / eingesehen am 14. Juni 2022

Bundesweit / Sachsen-Anhalt:
**BGH: „Judensau“-Relief
 darf bleiben**

Der Bundesgerichtshof (BGH) hat am 14. Juni entschieden, dass das als „Judensau“ bekannte Sandsteinrelief an der Stadtkirche von Wittenberg (Sachsen-Anhalt) hängen bleiben darf. Das Gericht wies die Klage gegen das vorinstanzliche Urteil des Oberlandesgerichts Naumburg ab. Die Kirche habe sich durch einen im Jahr 1988 angebrachten Aufsteller und einen Erklärtext an der Plastik erfolgreich von deren Inhalt distanziert (Urteil des VI. Zivilsenats vom 14.6.2022 - VI ZR 172/20 -).

Der Text der Inschrift lautet: „Gottes eigentlicher Name, der geschmähte Schem Ha Mphoras, den die Juden vor den Christen fast unsagbar heilig hielten, starb in 6 Millionen Juden unter einem Kreuzeszeichen“. In hebräischer Schrift ist darüber hinaus der Beginn von Psalm 130 wiedergegeben, der – übersetzt – lautet: „Aus der Tiefe rufe ich, Herr, zu dir“. Der Kläger – ein Mitglied der jüdischen Gemeinde, das sich und das Judentum durch das Relief diffamiert sieht – könne nicht die Entfernung verlangen, weil es an einer „gegenwärtigen Rechtsverletzung“ fehle, sagte der Vorsitzende Richter Stephan Seiders des VI. Zivilsenats zur Begründung. Das Relief von 1290 zeigt in vier Metern Höhe an der Predigtkirche Martin Luthers eine Sau, an deren Zitzen zwei Menschen trinken, die Juden darstellen sollen. Ein Rabbiner blickt dem Tier unter den Schwanz und in den After. Schweine gelten im jüdischen Glauben als unrein. Im Jahr 1570 wurde in Anlehnung an zwei

von Martin Luther 1543 veröffentlichte antijudaistische Schriften über der Sau die Inschrift „Rabini Schem Ha Mphoras“ angebracht.

Das Internationale Auschwitz Komitee übte scharfe Kritik an dem Urteil. „Das heutige Urteil des Bundesgerichtshofes ist nicht nur für Überlebende des Holocaust enttäuschend. Dieses jahrhundertalte Schandmal an einem der wichtigsten Orte des Protestantismus, dessen Botschaft auch nach Auschwitz geführt hat, belastet das Verhältnis zwischen Juden und Christen bis heute“, so Christoph Heubner, Exekutiv-Vizepräsident des Internationalen Auschwitz Komitees. Charlotte Knobloch, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, bezeichnet die Skulptur als „bildhaften Hass auf das Judentum.“ Sie hofft, dass das Urteil „Anfang einer Debatte“ ist und der Weg der „Judensäue“ auf „kürzestem Weg ins Museum führen“ muss, wo die eigentliche Einordnung der Geschichte stattfinden soll. Mehr als 30 antisemitische Reliefs finden sich an evangelischen wie katholischen Kirchen in ganz Deutschland – unter anderem am Kölner Dom, in Nürnberg und im Gebiet der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz.

Die Neonazi-Kleinstpartei Der III. Weg fand hämische Worte für den Vorgang um das „Judensäue“-Relief. Demnach müsse man dem zum jüdischen Glauben konvertierten Kläger danken, „da er mit seiner unnachgiebigen öffentlichkeitswirksamen Streitlust den Judensäue-Reliefs zu einem gewissen Bekanntheitsgrad verholfen hat. Noch vor Jahren war deren Existenz nur ein paar wenigen Interessierten bekannt. So geht jetzt manch einer auf die Suche nach antisemitischen Reliefs an Kirchen im Heimatort oder anderswo. Diese kann man sehr einfach in unserem ‚Reiseführer Deutschland‘ auf unserer Netzseite finden.“

<https://www.bundesgerichtshof.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2022/2022094.html?nn=10690868> / eingesehen am 15. Juni 2022

<https://www.juedische-allgemeine.de/politik/diffamierung-von-juden-muss-ein-fuer-alle-mal-der-vergangenheit-angehoeren> / eingesehen am 15. Juni 2022

Charlotte Knobloch: Der Hass von gestern ist heute nicht überwunden, in: Welt am Sonntag, 25/2022, S. 27
Homepage Der III. Weg / eingesehen am 24. Juni 2022

Baden-Württemberg:
Neonazi-Kampfsporttraining unter dem Motto „Stärke Körper & Geist!“

Mitte Juni kamen Mitglieder und Freunde der neonazistischen Kleinstpartei Der III. Weg in Württemberg zusammen, um Kampfsporttraining durchzuführen. In „Zeiten der steigenden Kriminalität und Verrohung der Gesellschaft“ ist es „sicherlich nicht das Schlechteste, sich und seine Angehörigen verteidigen zu können“, so die Neonazis.

Homepage Der III. Weg / eingesehen am 19. Juni 2022

Thüringen / Schleswig-Holstein / Berlin:
Drogen-Razzia in rechtsextremer Szene

Im Zuge einer Drogen-Razzia im rechtsextremen Milieu haben am 16. Juni mehr als 500 Einsatzkräfte 26 Wohn- und Geschäftsräume von Verdächtigen in Thüringen, Schleswig-Holstein und Berlin durchsucht. Tatverdacht besteht wegen des Handels mit Betäubungsmitteln in Verbindung mit Geldwäsche sowie wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz. Ermittelt wird in fünf Verfahren gegen insgesamt zehn Beschuldigte. Sieben Personen im Alter von 26 bis 48 Jahren wurden wegen des Verdachts auf Drogenhandel im großen Stil festgenommen. Mehrere der Beschuldigten unterhalten nach Aussage der ermittelnden Staatsanwaltschaft Gera enge Verbindungen zur rechtsextremen Turonen-Bruderschaft (Hauptquartier in Ballstädt bei Gotha). Die als gewaltbereit geltenden Turonen treten rockerähnlich in Kutten auf, sind international vernetzt und fielen in der Vergangenheit mit der Organisation von Rechtsrockkonzerten auf.

<https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/polizei-razzia-neonazis-turonen-waffen-beschlagnahmt-100.html> / eingesehen am 16. Juni 2022

Bundesweit / Frankreich:
**Höcke und der
 Rassemblement National**

Bei der Parlamentswahl am 19. Juni in Frankreich hat der von Marine Le Pen geführte Rassemblement National (RN), eine 1972 als Front National (FN) gegründete Partei, beim zweiten Wahlgang 41,46 Prozent erzielt, das sind 89 der 577 Sitze in der Nationalversammlung – bisher war die Partei mit lediglich acht Sitzen vertreten. In der Nationalversammlung ist die rechtsextreme Partei nun stärkste Oppositionsfraktion, vor der Linkspartei und den konservativ-bürgerlichen Républicains. Begeistert von dem Wahlergebnis zeigte sich der AfD-Funktionär Björn Höcke. Per Facebook jubilierte Höcke: „Ein politisches Erdbeben erlebte gerade unser Nachbarland: Der Rassemblement National konnte bei den Parlamentswahlen in Frankreich ein historisches Ergebnis einfahren. Noch nie war die französische Rechtspartei so stark in der Nationalversammlung vertreten. [...] Diese Wahl hat die Transatlantiker kalt erwischt. Wir freuen uns über den großen Erfolg der RN [...] herzlichen Glückwunsch für diesen Triumph!“

<https://www.facebook.com/Bjoern.Hoecke.AfD/> / eingesehen am 21. Juni 2022

Bundesweit:
**AfD-Bundesparteitag im
 sächsischen Riesa**

Vom 17. bis 19. Juni fand im sächsischen Riesa der 13. AfD-Bundesparteitag statt. Ergebnis: Kein einziger der 14 gewählten AfD-Bundesvorstandsmitglieder kommt aus dem Lager des zu Jahresanfang ausgetretenen Ex-Parteichefs Jörg Meuthen. Die parteiintern als gemäßigt empfundene Fraktion geriet beim Parteitag völlig ins Hintertreffen. Die neue Doppelspitze bilden Tino Chrupalla (wenn auch mit dem schlechtesten Ergebnis – 53 Prozent – aller bisheriger Parteichefs) und Alice Weidel (sie erhielt 67,3 Prozent). Das Duo führt bereits die Bundestagsfraktion gemeinsam an. Beim Bundesparteitag rückten Vertraute des Rechtsextremisten Björn Höcke mit an die Spitze: Harald Weyel, Maximilian Kraus und Christina Baum. „Höckes Verzicht auf eine Kandidatur war ein Signal: Er hat damit gezeigt, daß ihm der Zusammenhalt der Partei wichtig ist und daß er weiß, welche Reizfigur die Medien aus ihm gemacht haben“, verlautbarte der Höcke-Intimus Götz Kubitschek. Baum, vormals Landtagsabgeordnete in Baden-Württemberg, ist eine langjährige Unterstützerin von Höcke. In ihrer Bewerbungsrede auf dem Parteitag hatte die gebürtige Thüringerin einen Schlusstrich unter die Aufarbeitung des Nationalsozialismus gefordert. „Eine der wichtigsten Aufgaben, vielleicht sogar die allerwichtigste, muss sein, unserem Volk wieder ein natürliches Selbstbewusstsein und Selbstvertrauen, einen gesunden Nationalstolz zurückzugeben. Beides wurde unter den Trümmern einer jahrzehntelangen Schuldhaftigkeit verschüttet und diese Trümmer müssen wir endlich beiseite räumen.“ Die neurechte Wochenzeitung Junge Freiheit kommentierte die Wahl Baums in den AfD-Bundesvorstand mit den Worten: „Bezeichnend und irgendwie typisch AfD war später die Wahl von Christina Baum in den Bundesvorstand. Sogar Protagonisten des früheren Flügels halten die Höcke-Gefolgsfrau und Bundestagsabgeordnete aus Baden-Württemberg für zu radikal, vor allem für zu schrill. ‚Persönlich ist sie ein herzensguter Mensch, aber politisch dreht sie völlig frei‘, meint einer über sie, der nicht im Verdacht steht, zu den Liberalen in der Partei zu gehören. In der Bundestagsfraktion ist es ein offenes Geheimnis, daß Baum von der Führung an der kurzen Leine geführt werden muß. Auf die Rednerliste für das Plenum setzte man sie nur, wenn es sich partout nicht vermeiden ließ.“

60 Prozent der Delegierten stimmten dafür, den Verein Zentrum Automobil von der sogenannten Unvereinbarkeitsliste der Partei zu streichen. Darauf führt die Partei Organisationen und Vereine, deren Mitgliedern ein Zutritt zur AfD verwehrt wird. Für die Streichung hatte sich neben Baum und Höcke auch der baden-württembergische Bundestagsabgeordnete Dirk Spaniel stark gemacht. Spaniel sagte, das Zentrum sei die einzige Arbeitnehmervertretung im Gesundheits- und Automobilsektor, die auch mit der AfD rede. Marc Jongen, bis Februar 2019 Landessprecher der AfD Baden-Württemberg, hielt dagegen und sagte, solange Vertreter des Zentrums Veranstaltungen mit der NPD und dem III. Weg machten, wolle man als Landespartei Baden-Württemberg im Moment keine Kooperation.

In einer ca. 17-minütigen Videobotschaft, erstmals abrufbar am 27. Juni beim rechtsextremen Blog Politically Incorrect, bezog Zentrum-Chef Oliver Hilburger im Nachhinein Stellung zum Thema „AfD – Zentrum – Unvereinbarkeitsliste“. Hilburger, ehemals Mitglied der Neonazi-Band Noie Werte, führte aus: „Er hoffe, dass der neue AfD-Bundesvorstand aus den Fehlern der Vergangenheit lernt, sein politisches Vorfeld nicht zu bekämpfen, sondern sich auf die Aufgaben zu konzentrieren, für die er von den Delegierten gewählt wurde.“ Das Zentrum sei „aufgrund interner Intrigen“, eines Machtkampfs zwischen Weidel und Spaniel, auf die Liste gesetzt worden. Hilburger war am 25. November 2017 Referent bei einer Konferenz der rechtsextremen Zeitschrift Compact. In seiner Rede dachte Hilburger öffentlich über einen Systemwechsel in Deutschland nach: „Eines zum Schluss: Ich erinnere an die Solidarnosz-Bewegung in Polen. Es waren Werftarbeiter, nachher (wurde es)

eine Volksgewerkschaft. Diese Leute sind auf die Straße gegangen und haben sich eingereiht und haben ein System zu Fall gebracht. Deswegen müssen wir in den Betrieben aktiv werden!“ Hauptredner der Compact-„Souveränitätskonferenz“ war Höcke.

Am Sonntag wurde der AfD-Parteitag vorzeitig abgebrochen. Hintergrund war die von zehn Delegierten – unter anderem Alexander Gauland, Maximilian Krah, Björn Höcke, Jörg Urban, Albrecht Glaser, Martin Reichardt und Martin Vincentz – eingebrachte Resolution „Europa neu denken“. Diese beinhaltet die Forderung nach Auflösung der EU: „Damit die Staaten Europas wieder zu Leuchttürmen für Freiheit und Demokratie werden können, hält die AfD eine einvernehmliche Auflösung der EU und die Gründung einer neuen europäischen Wirtschafts- und Interessengemeinschaft für notwendig – als einem Staatenbund souveräner und eigenverantwortlicher Nationen“. Die Resolution gehört laut Höcke-Intimus Kubitschek „zu den am breitesten getragenen und am gründlichsten vorbereiteten Resolutionen, die bisher für die AfD ausgearbeitet wurden.“ Kubitschek verrät auch Hintergründe: „Professor Hans Neuhoff, AfD-Mitglied in Nordrhein-Westfalen seit 2017 und unter anderem Mitglied der Bundesprogrammkommission, stieß die Europaresolution nach dem Bundesparteitag in Dresden an. Neuhoff hatte dort den Willen der Partei wahrgenommen, das Projekt EU zu beenden und die Machtzentren in Brüssel und Straßburg zu entmachten.“

Zweiter strittiger Punkt der Resolution „Europa neu denken“ war diese Formulierung in Richtung Putin: „Ausgleich mit Russland: Europa hat ein natürliches Interesse an guten Beziehungen zu Russland. Dabei darf der notwendige Ausgleich mit Russland nicht das berechtigte Sicherheitsbedürfnis unserer mittel- und osteuropäischen Partnerländer beeinträchtigen. Die beste Grundlage für eine Kooperation mit Russland ist europäische Selbständigkeit und Stärke. Aufgrund der kontinentalen Verbindung halten wir die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Eurasischen Wirtschaftsunion für erstrebenswert und unterstützen die Ukraine als blockfreien und neutralen Brückenstaat dazwischen.“ Nach aufgeheizter Debatte konnte sich Chrupalla im zweiten Versuch schließlich mit dem Vorschlag durchsetzen, über die selbst in AfD-Reihen umstrittene Resolution zunächst im Bundesvorstand weiter zu beraten und nicht mehr abzustimmen.

Im Rahmen des Bundesparteitags erklärte Weidel wahrheitswidrig in einem ARD-Interview, dass sie die rechtsextreme Monatszeitschrift Zuerst! nicht kennt. Das Blatt, in dem immer wieder für verlagseigene Waffen-SS-glorifizierende Machwerke geworben wird, war mit einem Stand beim Parteitag vertreten. Packenweise lag das geschichtsrevisionistische „Deutsche Nachrichtenmagazin!“ aus. Wir dokumentierten den Wortlaut des ARD-Interviews von Martin Schmidt mit Weidel: „Wie kann sowas bei der AfD völlig normal sein, dass sowas hier kostenlos am Saaleingang verteilt wird?“, fragte Schmidt. „Aber was haben wir mit dieser Zeitung hier zu tun, das verstehe ich nicht?“, entgegnete Weidel. „Die haben Sie hier offensichtlich eingeladen, die Leute nehmen sich das mit hier am Stand“, antwortete Schmidt. „Ne, keine Ahnung, haben wir glaube ich nicht eingeladen“, sagte Weidel und konnte sich ein süffisantes Lächeln dabei nicht verkneifen. Doch Schmidt ließ nicht locker: „Da gibt’s auch Kalender zu bestellen mit den schönsten Aktfotos von 1920 bis 1945. Ist das für die AfD völlig normal, dass man sowas hierauf dem Parteitag verteilen kann?“ „Nein, das ist überhaupt nicht normal. Also ich wundere mich grade.“ „Das liegt schon seit drei Tagen aus hier am Eingang“, informierte Schmidt die Fraktionsvorsitzende. „Ich bin da hinten am Arbeiten, ich seh das da vorne nicht. Das muss ich mir angucken.“ Nochmals Schmidt: „Sie als Chefin haben da keinen Einfluss gehabt darauf? Passiert?“ „Ja, was soll ich dazu sagen? Dazu kann ich gar nichts mehr sagen“, antwortete Weidel, die wie ihre Parteikameraden Höcke oder Gauland schon mehrfach gern Zuerst! als Interviewpartnerin Rede und Antwort stand.

<https://www.sueddeutsche.de/politik/afd-bjoern-hoecke-monica-ines-oppel-1.5610160> / eingesehen am 28. Juni 2022

<https://www.afd.de/neue-fuehrungsspitze-auf-dem-13-bundesparteitag-der-afd-gewaeht/> / eingesehen am 19. Juni 2022

<https://www.stern.de/politik/deutschland/bundesparteitag-weidel-und-chrupalla-gemeinsam-an-der-spitze-der-afd-31957754.html> / eingesehen am 19. Juni 2022

<https://www.tagesschau.de/multimedia/video/video-1048167.html>

Homepage Sezession / eingesehen am 24. Juni 2022

PI-NEWS / eingesehen am 27. Juni 2022

Junge Freiheit, 26/2022, S.4

Hessen / Bundesweit:
**Antisemitismus auf der weltweit
 wichtigsten Kunstausstellung
 documenta**

Klassische antisemitische Stereotype im israelbezogenen Antisemitismus bot die am 18. Juni eröffnete documenta fifteen. Das indonesische Kollektiv Ruangrupa war beauftragt, den „globalen Süden“ nach Kassel zu holen. Das Gemälde „People`s Justice“ des indonesischen Künstlerkollektivs Taring Padi sollte den wichtigsten Part einer Installation auf dem Friedrichsplatz in Kassel bilden, direkt vor dem Fridericianum, der Zentrale. Die Ausstellung von „People`s Justice“ auf dem Friedrichsplatz war die erste Präsentation des Banners in einem europäischen und deutschen Kontext. Taring Padi, zu Deutsch „Reißzähne“, ein Kollektiv, das unterdrückten Gruppen eine Stimme geben will, hat die Documenta, die weltweit wichtigste Kunstausstellung, in die größte Krise ihrer Geschichte gestürzt und einen der größten kulturpolitischen Skandale in der Bundesrepublik ausgelöst. „Teile der Bilder, um die es hier ganz konkret geht“, sagt Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, „haben meine schlimmsten Erwartungen übertroffen. Ich hätte mir nicht vorstellen können, dass auf der Documenta ein Bild mit purem Antisemitismus gezeigt wird. Wie der Jude hier als Jude erkennbar sein soll, ist beste ‚Stürmer‘-Natur.“ Das vor 20 Jahren gemalte Gemeinschaftswerk, ein neun mal zwölf Meter großes Wimmelbild, unter anderem schon in Australien, China und Indonesien ausgestellt, thematisiert nicht nur die indonesischen Freiheitskämpfe zum Ende der Suharto-Diktatur, eines von den USA unterstützten Regimes, sondern zeigt auch antisemitische Motive. Zu sehen ist ein Mann in Anzug und Krawatte mit haifischartigen Reißzähnen, die Augen rot unterlaufen. An den Seiten hängen Schläfenlocken, das Jackenrevers ist gelb, die Signalfarbe der Juden im Mittelalter. Am Hut prangen die SS-Runen. Auf einem anderen Detail wird unter einem Kanonenrohr eine Person in Uniform mit einer Schweinsnase gezeigt. Auf dem roten Halstuch ist der Davidstern zu sehen, auf dem Helm der Name des israelischen Geheimdienstes Mossad. Gegen das kuratierende Kollektiv Ruangrupa hatte es seit Monaten Antisemitismus-Vorwürfe gegeben. Teile des Leitungsteams und eingeladene Künstler sollen der BDS-Bewegung nahestehen. BDS steht für „Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen“. Die Bewegung will Israel wirtschaftlich, kulturell und politisch isolieren.

Besonders problematisch sind Filmarbeiten des 2011 gegründeten Kollektivs Subversive Films aus Brüssel und Ramallah, zu sehen an den Documenta-Spielorten Hübner-Areal und Gloria-Kino unter dem Namen Tokyo Reels Film Festival. Gezeigt wurden pro-palästinensische Propagandafilme aus den 1970er Jahren, die von Masao Adachi stammen. Adachi war einst einer der führenden Köpfe der linksterroristischen Roten Armee Fraktion Japan, die in engem Kontakt mit der militant antizionistischen Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) stand. Ein Anschlag der Roten Armee Fraktion Japan 1976 auf dem Flughafen der israelischen Hafenstadt Tel Aviv forderte 26 Todesopfer. „Indem es die bewegten Bilder wieder in Umlauf bringt, reaktiviert Subversive Film heutige Konstellationen von Solidarität und die Utopie einer weltweiten Befreiungsbewegung“, ist auf deren Selbstdarstellung Homepage der Documenta (<https://documenta-fifteen.de/>) zu lesen. Hinzuweisen ist auch darauf, dass die Leitung der documenta bislang nicht die Tatsache begründen konnte, dass jüdische Künstler aus Israel von der Weltkunstausstellung in Kassel gezielt ausgeschlossen wurden. Proteste von jüdischen Verbänden gegen diese Entscheidung wurden ignoriert.

Zwei der Gründerväter der 1955 ins Leben gerufenen documenta, Werner Haftmann und Kurt Martin, waren in den Nationalsozialismus verstrickt. Haftmann hatte einst der SA und der NSDAP angehört. 1944 ließ er als Leiter eines Abwehrtrupps in Italien Jagd auf Partisanen und Juden machen und gab wohl den Befehl zur Erschießung von Gefangenen. Martin gründete ein Armeemuseum in Karlsruhe, das „die wehrpolitische Leistung unseres Grenzlandvolkes“ vermitteln sollte, so dieser in der Eröffnungsrede. Gauleiter Wagner ernannte Martin darauf 1934 zum Leiter der Kunsthalle Karlsruhe. 1940 wurde Martin „staatlicher Bevollmächtigter für die Sicherstellung von Kunstbesitz aus Volks- und reichsfeindlichen Vermögen im Elsass“. Leiter der Kunsthalle Karlsruhe blieb Martin bis 1956.

Boris Pofalla / Swantje Karich: Endstation Documenta, in: Welt am Sonntag vom 26. Juni 2022, S.5

<https://www.sueddeutsche.de/kultur/documenta-palaestiner-israel-terror-1.5605731> / eingesehen am 26. Juni 2022

<https://documenta-fifteen.de/lumbung-member-kuenstlerinnen/subversive-film/> / eingesehen am 26. Juni 2022

<https://qoshe.com/berliner-zeitung/joo-peter/die-ns-vergangenheit-des-documenta-grunders-der-fall-kurt-martin/138490455> / eingesehen am 6. August 2022

Baden-Württemberg:
**Generallandesarchiv Karlsruhe:
 Podiumsgespräch Jüdisches Leben
 in Deutschland**

Mit einem prominent besetzten Podiumsgespräch beschloss das Generallandesarchiv Karlsruhe am 21. Juni seine Vortragsreihe „Antisemitismus in Deutschland“. Dabei standen Fragen nach dem aktuellen jüdischen Leben in Deutschland im Mittelpunkt. Der Theologe und Judaist Hans-Ulrich Probst, wissenschaftlicher Assistent an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen und dort Forscher zur religiösen Rechten in Deutschland, sprach mit folgenden Gästen:

Sharon Adler ist Journalistin, Publizistin, Moderatorin und Fotografin. Sie ist Gründerin und Herausgeberin des Frauen-Online-Magazins AVIVA-Berlin, Initiatorin von Projekten gegen Antisemitismus, seit 2013 ehrenamtliche Vorstandsvorsitzende der Stiftung „ZURÜCKGEBEN. Stiftung zur Förderung jüdischer Frauen in Kunst und Wissenschaft“, und seit 2020 Mitherausgeberin der Reihe „Jüdinnen in Deutschland nach 1945. Erinnerungen, Brüche, Perspektiven“ für das Deutschland Archiv der Bundeszentrale für politische Bildung.

Stephan Grigat ist Professor für Theorien und Kritik des Antisemitismus an der Katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen, Co-Leiter des Centrums für Antisemitismus- und Rassismusstudien (CARS) in Aachen. Er ist Autor von „Die Einsamkeit Israels: Zionismus, die israelische Linke und die iranische Bedrohung“ und Herausgeber von „AfD & FPÖ: Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder“ sowie „Iran – Israel – Deutschland: Antisemitismus, Außenhandel und Atomprogramm“.

Birgit E. Klein ist Rabbinerin und Professorin für Geschichte des jüdischen Volkes an der Hochschule für jüdische Studien Heidelberg. Die vielfach international ausgezeichnete Wissenschaftlerin publiziert und forscht zu allen Bereichen jüdischen Lebens zwischen Antike und Neuzeit. Sie leitet unter anderem das Projekt „Jüdische Reaktionen auf Antisemitismus. Die Entgrenzung des Sag- und Machbaren in der jüdischen Ritualpraxis“ im Rahmen des vom BMBF geförderten „Forschungsnetzwerks Antisemitismus im 21. Jahrhundert (FoNA21)“.

Rami Suliman ist seit 2013 Vorsitzender der Israelitischen Religionsgemeinschaft Baden und zugleich Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Pforzheim.

Bayern:
**Vor 40 Jahren:
 Polizeibekannter Neonazi morderde
 te aus Fremdenhass**

Kurz vor Mitternacht des 24. Juni 1982 erschoss der von aggressivem Fremdenhass geleitete 26-jährige Neonazi Helmut Oxner mit einem großkalibrigen Smith & Wesson-Revolver in der vorwiegend von afroamerikanischen US-Soldaten besuchten Nürnberger Disko Twenty Five die US-Amerikaner William Schenck (24) und Rufus Surles (27). Die aus Korea stammende 28-jährige Ae Young Y., Freundin von Surles, und der türkische Kellner Ali K. wurden lebensgefährlich verletzt. Nach der Tat holte der einschlägig polizeibekannt Oxner aus einer Umhängetasche eine alte Wehrmachtspistole Typ 08 und eine Walther PPK Kaliber 7.65 und rannte aus dem Kellerlokal Richtung Fußgängerzone. Unter den Rufen „Es lebe der Nationalsozialismus“ sowie „ich schieße nur auf Türken“ zielte Oxner auf weitere Ausländer. Der 21-jährige Ägypter Mohamed Ehab (21) wurde tödlich getroffen, der 30-jährige Libyer Sultan A. verletzt. Nach einem Schusswechsel mit der Polizei, bei dem er getroffen wurde, tötete Oxner sich selbst. Zuvor hatte er noch „Ihr Bullen bekommt mich nicht“, gebrüllt. Die Polizei fand in seiner Umhängetasche 200 Schuss Munition und 64 Aufkleber mit Hakenkreuz und den Aufschriften „Jetzt NSDAP“, „Kampf den Judenparteien KPD, SPD, CDU, CSU, FDP“ und „Wir sind wieder da“. Urheber der Aufkleber war die in Lincoln/USA ansässige NSDAP/AO von Gary Lauck. Dieser hatte 1979 unter der Zusicherung freien Geleits als Zeuge im Prozess gegen die Neonazi-Größe Michael Kühnen ausgesagt.

Nach den Mehrfachmorden verkündete der Nürnberger Polizeipräsident Helmut Kraus, dass Oxner „ein junger Mann, bei dem keine Bereitschaft zur Gewalt erkennbar war“, gewesen sei. Eine Aussage wider besseres Wissen. Denn: Zuvor waren am 3. Februar 1981 bei einer Hausdurchsuchung im Einfamilienhaus von Oxners Eltern in Nürnberg-Röthenbach drei Waffen des Neonazis, eine davon nicht ordnungsgemäß angemeldet, gefunden. Unter den Waffen war auch der Smith & Wesson-Revolver, den Oxner behalten durfte – war er doch als Sportschütze aktiv und seit September 1977 Mitglied des Schützenvereins SV Rangierbahnhof. Beschlagnahmt wurden neben NS-Propagandamaterial wie dem Völkischen Beobachter und dem Stürmer auch eine Adressenliste mit 54 Personen, die „terrorisiert“ werden sollten und zum Teil auch wurden. Dabei sollen am Telefon Sprüche wie „Deine Gaskammer ist schon offen“ und „Morgen geht es Dir wie dem Shlomo Levin in Erlangen“ gefallen sein. Opfer des Telefonterrors war unter anderem der Vorsitzende der israelitischen Kultusgemeinde und Nürnberger SPD-Stadtrat Arno Hamburger. Ein Ermittlungsverfahren wegen neonazistischer Schmierereien sowie Bedrohung und Beleidigung jüdischer und ausländischer Mitbürger wurde eingeleitet. Oxner kam am 4. Februar 1981 in Untersuchungshaft. Nach kurzer U-Haft kam dieser wegen einer Erkrankung vorzeitig frei. Kurz vor seinen Tattaten stand Oxner mit einem Mittäter wegen Volksverhetzung, Beleidigung, Bedrohung und anderer Vergehen vor dem Nürnberger Amtsgericht. Oxners Verfahren wurde jedoch ausgesetzt, weil er sein

Geständnis widerrief. Im Herbst sollte das Verfahren mit neuen Zeugen aufgerollt werden. Sein geständiger Mitangeklagter Rudolf R. wurde zu 15 Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt. Kennengelernt hatten sich beide auf Veranstaltungen der NPD und der Jungen Nationaldemokraten (JN). Die JN-Treffen fanden im Hinterzimmer des Lokals Bäckerhof, direkt gegenüber vom Polizeipräsidium gelegen, statt. Durch seinen Arbeitskollegen Stefan K. war Oxner zu politischen Veranstaltungen der NPD und später zu Stammtischtreffen der JN gekommen. Wegen antisemitischer Äußerungen wurden Oxner und seine Freunde Edgar W. und Rudolf R. am 29. Januar 1981 von den Stammtischtreffen der JN ausgeschlossen. Bereits vor dem ausgesetzten Verfahren gegen Oxner war eine Anzeige wegen illegalen Waffenbesitzes abgetrennt worden. Da der Neonazi jedoch geltend gemacht hatte, dass er die Waffe im zarten Kindesalter von neun Jahren gefunden haben will, stellte der Jugendrichter in Übereinstimmung mit dem Staatsanwalt das Verfahren im August 1981 ein.

Oxner war den Verfassungsschutzbehörden seit 1980 als Neonazi bekannt. Er war im Zusammenhang mit dem Mordfall Shlomo Levin und Frida Poeschke in Erlangen vom 19. Dezember 1980 überprüft und bei ihm eine Hausdurchsuchung vorgenommen worden. Ebenso hatte die Polizei gegen Oxner ermittelt, da er Papierkörbe und öffentliche Gebäude mit Hakenkreuzen und Nazi-Parolen beschmiert hatte. 1981 musste er vor dem Gericht erscheinen, weil er beim Verteilen von NPD-Flugblättern einen Passanten beschimpft hatte. Der Strafantrag wurde später zurückgezogen.

Die Terrorat von Oxner ereignete sich zu einem Zeitpunkt, als in Stuttgart-Stammheim vor dem 5. Strafsenat des Oberlandesgerichts Stuttgart gegen die rechtsterroristischen Deutschen Aktionsgruppen des Neonazis Manfred Roeder verhandelt wurde. Diese verübten im Zeitraum vom 21. Februar 1980 bis zum 22. August 1980 fünf Sprengstoffanschläge und zwei Brandanschläge. Den Höhepunkt der Anschlagsserie bildete ein Anschlag mit Molotow-Cocktails in der Nacht zum 22. August 1980 auf ein Übergangsheim in Hamburg. Dabei starben zwei vietnamesische Flüchtlinge: der 22-jährige Ngoc Nguyen und der 18-jährige Anh Lan Do.

Verfassungsschutzbericht des Bundes 1982, S. 122 u. 124

Baden-Württemberg:
**Politisch Motivierte Kriminalität
– rechts – im Bundesland**

Für das Jahr 2021 wurden in Baden-Württemberg im Bereich der Politisch Motivierten Kriminalität (PMK) – rechts – 1.524 Straftaten, der PMK – links – 929 Straftaten sowie der PMK – religiöse Ideologie – 50 Straftaten erfasst.

Antwort des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen auf die Kleine Anfrage des Abg. Daniel Lindenschmid AfD. Politisch motivierte Kriminalität in Baden-Württemberg, Landtag von Baden-Württemberg, Drs. 17/2504 vom 22. Juni 2022: https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/2000/17_2504_D.pdf / eingesehen am 4. August 2022

Reichsweit:
**Rechtsterroristische Morde
und Gewalt – das Attentat
auf Rathenau**

In einer weit verbreiteten Umdichtung des bekannten Nikolausliedes reimten antirepublikanische Antisemiten vor hundert Jahren: „Auch Rathenau, der Walther, / erreicht kein hohes Alter. / Knallt ab den Walther Rathenau, / die gottverfluchte Judensau!“ Rathenau (Jg. 1867), seit Februar 1922 deutscher Außenminister, wurde am 24. Juni 1922 unweit seines Hauses auf dem Weg ins Auswärtige Amt in seinem Wagen in Berlin-Grunewald von zwei Attentätern ermordet. Die Rechtsterroristen schossen auf den ungeschützten 53-jährigen Repräsentanten der ersten deutschen Demokratie mit einer Maschinenpistole und warfen eine Handgranate, die im Auto explodierte.

Die Mörder Hermann Fischer und Erwin Kern, ehemalige Offiziere und Angehöriger der rechtsterroristischen Organisation Consul, tauchten bei dem Antisemiten Hans Wilhelm Stein, dem Burgherr von Saaleck, einem Ortsteil von Bad Kösen nahe Naumburg (Sachsen-Anhalt), unter. Bei einer Schießerei am 17. Juli 1922 wurde Kern von einem Polizisten erschossen, Fischer beging Suizid. Die Attentäter wurden am Rande des Saalecker Friedhofs beigesetzt – ohne Grabstein oder Kreuz. Im Juli 1933 wurden die sterblichen Überreste umgebettet und ein monströser Gedenkstein aufgestellt. Nach 1945 geriet das Grab in Vergessenheit, die Inschrift auf dem Stein wurde entfernt. Zwischenzeitlich zum Neonazi-Wallfahrtsort avanciert, ließ die Kirchengemeinde Anfang 2000 den Stein entfernen und das Grab einebnen.

Das Rathenau-Attentat löste neben einem 24-stündigen Protest- und Warnstreik der Gewerkschaften deutschlandweite Massendemonstrationen unter Demokratiefanatikern aus. An den Trauerfeiern nahmen landesweit viele Millionen Menschen teil, allein in Berlin waren es eine Million. Reichskanzler Joseph Wirth, Angehöriger der katholischen Zentrumspartei, hielt einen Tag nach dem Mord im Reichstag eine Aufsehen erregende Gedenkrede mit dem Schlusssatz: „Da steht der Feind, der sein Gift in die Wunden eines Volkes träufelt. – Da steht der Feind – und darüber ist kein Zweifel: dieser Feind steht rechts!“

Eine rechtsextreme Gewalt- und Mordwelle hatte schon vor dem Attentat auf Rathenau das Land erfasst. Hugo Haase, Fraktionsvorsitzender der USPD, starb an den Folgen eines am 8. Oktober 1919 auf ihn verübten Attentats. Am 9. Juni 1921 war Karl Gareis, Fraktionsvorsitzender der USPD im bayerischen Landtag, in München erschossen worden. Der ehemalige Reichsfinanzminister und Zentrums-Politiker Matthias Erzberger wurde am 26. August 1921 im Schwarzwald ermordet (siehe RECHTS.GESCHEHEN 1, S. 9f). Am 4. Juni 1922 wurde der sozialdemokratische Politiker Philipp Scheidemann, der 1919 die Republik ausgerufen hatte und einige Monate deren Ministerpräsident gewesen war, in Kassel-Wilhelmshöhe mit Blausäure übergossen. Im Juli wurde der jüdische Publizist Maximilian Harden mit Schlägen durch eine Eisenstange auf dem Kopf schwer verletzt. Die Morde und Mordversuche gingen auf das Konto der rechtsterroristischen Organisation Consul, die aus der Brigade Ehrhardt, einem Zusammenschluss ehemaliger Offiziere, hervorgegangen war. Die erste echte Terrortruppe der deutschen Geschichte entstand nach dem gescheiterten Kapp-Putsch im März 1920. Kopf der rechtsterroristischen Gruppierung war der Korvettenkapitän Hermann Ehrhardt. Der Antisemit lebte bis zu seinem Tod 1971 unbehelligt in Österreich.

Bereits einen Tag nach dem Mord an Rathenau, einem Mitgründer der Deutschen Demokratischen Partei (DDP), erließ die Reichsregierung zwei Verordnungen zum Schutz der Republik. Im Juli 1922 wurden diese durch das Gesetz zum Schutz der Republik abgelöst. Das Gesetz bot eine Handhabe zum Verbot extremistischer Organisationen, wurde von der Justiz aber vor allem gegen die Linke eingesetzt. Die Justiz hat durch ihre Milde gegenüber rechtsextremen Gewalttaten und Gewalttätern wesentlich dazu beigetragen, die Bedingungen zu schaffen, unter denen die Nazis ihr Terrorregime errichten konnten. Der Mathematiker Emil Julius Gumbel belegt in seiner 1922 veröffentlichten Schrift „Vier Jahre politischer Mord“, dass zwischen 1919 und 1922 von 376 politisch motivierten Morden in Deutschland 354 von rechts begangen wurden. Dabei hat Gumbel nur die Fälle aufgenommen, die er bis in Details belegen konnte. Die linken Mörder wurden mit hohen Zuchthausstrafen und zehn Hinrichtungen, die rechten Mörder mit durchschnittlich vier Monaten Haft pro Mord bestraft.

Bei einer Gedenkveranstaltung zum 100. Jahrestag der Ermordung von Walther Rathenau äußerte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier am 24. Juni 2022 in Berlin: „Walther Rathenau ist für die Republik ermordet worden, die ihn niemals geschützt hat“, klagte Kurt Tucholsky nach dem Attentat. Auch heute müssen wir uns fragen, wie wir all jene schützen, die sich für unsere Demokratie engagieren, beruflich, aber vor allem in großer Zahl ehrenamtlich. Mehr als zwei Drittel aller Bürgermeisterinnen und Bürgermeister haben schon einmal Beleidigungen, Bedrohungen oder Gewalt erlitten; viele sind schon einmal geschlagen oder bespuckt worden. Im vergangenen Jahr haben die Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger um 66 Prozent zugenommen. Diese Entwicklung darf uns nicht gleichgültig sein!“

https://weimar.bundesarchiv.de/WEIMAR/DE/Content/Dokumente-zur-Zeitgeschichte/1922-06-24_rathenau-mord.html / eingesehen am 10. Juni 2022

<https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Termine/DE/Frank-Walter-Steinmeier/2022/06/220624-Gedenkveranstaltung-Rathenau.html> / eingesehen am 15. August 2022

<https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2022/06/220624-Gedenkveranstaltung-Rathenau.html?nn=9042544> / eingesehen am 15. August 2022

Martin Sabrow: Der Rathenau-Mord und die deutsche Gegenrevolution, Göttingen 2022

Niederlande / Bundesweit:
**Vor 75 Jahren erschien das
 Tagebuch von Anne Frank**

Am 25. Juni 1947 erschien das Tagebuch der 1929 in Frankfurt geborenen Anne Frank in erster Auflage unter dem niederländischen Titel „Het Achterhuis“, zu deutsch „Das Hinterhaus“. Anne Frank, weltweit eines der bekanntesten Opfer des Holocaust, überlebte das Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau und wurde später nach Bergen-Belsen deportiert. Sie wurde nur 15 Jahre alt, weder das genaue Todesdatum noch das Grab ist bekannt. Frank lebte mit ihrer Familie von 1942 bis 1944 in Amsterdam im Hinterhaus an der Prinsengracht 263 im Versteck vor den Nationalsozialisten und schrieb dort auch ihr Tagebuch. Verhaftet wurde Frank von einem Wiener Polizisten, dem SS-Oberscharführer Karl Silberbauer, der 1943 in die Niederlande versetzt wurde. Nach 1945 arbeitete Silberbauer wieder als Polizist in der österreichischen Hauptstadt. Silberbauer verstarb 1972. Nach seinem Tod wurde bekannt, dass er nach 1945 auch für die Organisation Gehlen tätig war, den Vorläufer des Bundesnachrichtendienstes (BND).

<https://www.derstandard.at/story/2000127795623/warum-simon-wiesenthal-den-wiener-polizisten-ausfindig-machte-der-anne?ref=article> / eingesehen am 10. Juli 2022

Das Tagebuch von Anne Frank. Gebundene Sonderausgabe. S. Fischer, Frankfurt am Main 2022, 384 S., 24,- €

Bundesweit:
**Dokumentationszentrum zum
 Zweiten Weltkrieg**

Die Bundesregierung plant in Berlin die Errichtung eines Dokumentationszentrums Zweiter Weltkrieg und deutsche Besatzungsherrschaft in Europa. Das Dokumentationszentrum soll als unselbständige Stiftung öffentlichen Rechts unter dem Dach der Stiftung Deutsches Historisches Museum entstehen. Dies geht aus dem Realisierungsvorschlag zur Errichtung des Dokumentationszentrums hervor, den die Bundesregierung als Unterrichtung vorgelegt hat. Mit der Vorlage folgt die Bundesregierung dem Beschluss des Bundestages vom 9. Oktober 2020 zur Errichtung eines Zentrums, das die Geschichte der deutschen Besatzungsherrschaft in Europa während des Zweiten Weltkrieges dokumentiert. „Der Zweite Weltkrieg und die Verbrechen der Deutschen prägen Europa bis heute. Etwa 230 Millionen Menschen in heute 27 europäischen Staaten haben unter der von extremer Gewalt geprägten deutschen Besatzung gelebt. Der Großteil der vielen Millionen Toten waren Zivilistinnen und Zivilisten. Der Gewalt lag eine radikale Rassenideologie zugrunde. Deren genozidale Umsetzung ist in der Geschichte beispiellos“, heißt es in der Unterrichtung. Trotzdem sei das Wissen in Deutschland über die deutsche Kriegführung und die deutsche Gewaltherrschaft außerhalb wissenschaftlicher Kontexte gering. Die Errichtung des Dokumentationszentrums solle diesem Widerspruch entgegenwirken.

Im Dokumentationszentrum soll es eine ständige Ausstellung zum Zweiten Weltkrieg und der deutschen Besatzungsherrschaft geben, die durch Wechselausstellungen zu verschiedenen Aspekten der Geschichte, die bis in die Gegenwart hineinreichen oder auch die Vorgeschichte in den Blick nehmen, ergänzt wird. Zu den zentralen Aufgaben des Dokumentationszentrums sollen zudem die Entwicklung und Bereitstellung von Bildungsangeboten, die Erforschung der europäischen Geschichte der Jahre 1939 bis 1945 und die Entwicklung eines Konzeptes „für individuelle Reflexion und individuelles Gedenken“ in den eigenen Räumlichkeiten gehören.

Newsletter hib – heute im bundestag Nr. 325. Neues aus Ausschüssen und aktuelle parlamentarische Initiativen vom 24. Juni 2022: <https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-900594> / eingesehen am 25. Juni 2022

Unterrichtung durch die Bundesregierung Realisierungsvorschlag zur Errichtung eines Dokumentationszentrum „Zweiter Weltkrieg und deutsche Besatzungsherrschaft in Europa“, BT-Drs. 20/1845 vom 10. Mai 2022: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/018/2001845.pdf> / eingesehen am 25. Juni 2022

Baden-Württemberg:
**Sommersonnwendfeier
 des NPD-Landesverbands**

Am 23. Juni fand im „Raum Mittelbaden“ eine Sommersonnwendfeier des NPD Landesverbands Baden-Württemberg statt. „Kameradin“ Edda Schmidt, NPD-Landesvorstandsmitglied, referierte über „Sinn und geschichtlichen Hintergrund der Sommersonnwendfeier.“ Bei offenem Feuer wurden Lieder wie „Flamme empor“ und „Wenn alle untreu werden“ geschmettert.

Homepage NPD Baden-Württemberg / eingesehen am 26. Juni 2022

**Bundesweit:
Zahl rechtsextremer Gefährder
auf Höchststand**

Die Sicherheitsbehörden zählen mit Stichtag 1. Juni bundesweit 81 rechtsextreme Gefährder. Das ist ein Anstieg um rund 7 Prozent im Vergleich zum Juni 2021. Im November 2011, als die rechts-terroristische Neonazi-Bande NSU (Nationalsozialistischer Untergrund) aufflog, waren lediglich vier Rechtsextremisten als Gefährder eingestuft. Ein Gefährder ist eine Person, bei der bestimmte Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass sie politisch motivierte Straftaten von erheblicher Bedeutung, insbesondere solche im Sinne des § 100a der Strafprozessordnung (StPO), begehen wird. Weiterhin werden dem Bereich Rechtsextremismus 185 relevante Personen zugeordnet. Eine Person wird als relevant angesehen, wenn sie innerhalb des extremistischen/terroristischen Spektrums die Rolle einer Führungsperson, eines Unterstützers/Logistikers oder eines Akteurs einnimmt und objektive Hinweise vorliegen, die die Prognose zulassen, dass sie politisch motivierte Straftaten von erheblicher Bedeutung, insbesondere solche im Sinne des § 100a der Strafprozessordnung, fördert, unterstützt, begeht oder sich daran beteiligt, oder es sich um eine Kontakt- oder Begleitperson eines Gefährders, eines Beschuldigten oder eines Verdächtigen einer politisch motivierten Straftat von erheblicher Bedeutung, insbesondere einer solchen im Sinne des § 100a Strafprozessordnung, handelt.

<https://www.tagesschau.de/inland/rechte-gefaehrder-103.html> / eingesehen am 26. Juni 2022

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Martin Hess, Dr. Bernd Baumann, Dr. Gottfried Curio, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD. Gefährder und Relevante Personen Ende Mai 2022, BT-Drs. 20/2410 vom 20. Juni 2022: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/024/2002410.pdf> / eingesehen am 29. Juni 2022

https://www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/Deliktsbereiche/PMK/pmk_node.html / eingesehen am 30. Juni 2022

**Baden-Württemberg:
Radikalisierung der
Verschwörungstheoretiker-Szene**

Seit 2016 wurden bundesweit 880 Waffen im Besitz von Reichsbürgern entzogen, so Achim Brauneisen, seit 2013 Leiter der Generalstaatsanwaltschaft Stuttgart, die seit 2016 landesweit für Terror- und Staatsschutzsachen zuständig ist, in einem Interview. Demnach sind Teile der Verschwörungstheoretiker oft legal im Besitz von Waffen. Hinzu komme, dass sich diese „in ihrer staatsfeindlichen Haltung radikalieren und zunehmend in den Rechtsextremismus abgleiten.“ 2020 sagte Brauneisen bei einer Anhörung im Landtag: „Zur bestehenden Gefahr des islamistischen Terrorismus [...] kommt verstärkt die Gefahr des rechtsextremistischen Terrors hinzu“. Diesen Satz würde Brauneisen auf Nachfrage „wieder unterschreiben“, „aber das Gewicht deutlich mehr auf den Rechtsextremismus verschieben mit dem Blick auf Menschen, die unseren Staat und seine Institutionen ablehnen und bekämpfen.“ Brauneisen weiter: „Wir haben aktuell acht Fälle in Baden-Württemberg, die ein solches Potenzial haben und die auch teilweise schon vor Gericht gelandet sind.“ Rechtsextremer Terrorismus beginnt nach Erkenntnissen von Brauneisen „fast immer mit Maulheldentum. Aus einer Art Kneipenspinnerei wird etwas entwickelt. Mit der Zeit wird es radikaler. Und in vielen dieser Fälle finden wir was – häufig Waffen. Die Annahme von Gefahr erweist sich deshalb oft als richtig.“

<https://www.tagblatt.de/Nachrichten/Interview-Teile-der-Reichsbuergerszene-radikalisieren-sich-zunehmend-550792.html> / eingesehen am 26. Juni 2022 (kostenpflichtig)

**Niedersachsen:
Strafbefehl gegen
AfD-Landeschef Rinck**

Das Amtsgericht Uelzen hat dem 35-jährigen Landwirt Frank Rinck, seit Ende Mai Vorsitzender der niedersächsischen Landes-AfD, einen Strafbefehl wegen vorsätzlichen Fahrens ohne Fahrerlaubnis in zwei Fällen zugestellt. Der AfD-Bundestagsabgeordnete muss 8.100 Euro bezahlen. Das Amtsgericht Lüneburg hatte Rinck 2016 die Fahrerlaubnis entzogen.

https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/lueneburg_heide_unterelbe/Amtsgericht-Uelzen-Strafbefehl-gegen-AfD-Landeschef-Rinck,rinck100.html / eingesehen am 27. Juni 2022

**Bundesweit:
Antisemitische Vorfälle
in Deutschland 2021**

Das Netz der Meldestellen für Antisemitismus, der Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS), hat für 2021 bundesweit insgesamt 2.738 antisemitische Vorfälle erfasst; darunter waren 63 Angriffe und sechs Fälle extremer Gewalt. Das sind im Schnitt über sieben Vorfälle pro Tag und mehr als 40 Prozent im Vergleich zum Vorjahr, was wiederum damals ein Höchststand mit 1.957 Vorfällen war. Die Experten rechnen außerdem mit einer hohen Dunkelziffer. Etwa die Hälfte aller erfassten Vorfälle – 54 Prozent – lassen sich laut RIAS keiner klaren Weltanschauung zuordnen. Wo dies möglich war, waren Rechtsextremisten mit 17 Prozent die größte Gruppe. Insgesamt wurden 964 Täterinnen und Täter registriert. Zur kontinuierlich hohen Zahl an Vorfällen gibt es ein gestiegenes Gewaltpotential.

Den Jahresbericht präsentierte RIAS-Vorstand Benjamin Steinitz am 28. Juni im Haus der Bundespressekonferenz in Berlin. Wichtige Treiber aus seiner Sicht: die Coronapandemie mit ihren anti-jüdischen Verschwörungserzählungen und der Nahostkonflikt mit antisemitischer Israel-Kritik. Auch rund um Gedenktage wurde erneut eine Vielzahl an Vorfällen registriert. RIAS hat seit 2018 acht Meldestellen für antijüdische Zwischenfälle aufgebaut. Anders als in der Kriminalstatistik werden so auch nicht strafbare antisemitische Vorfälle erfasst. Im Mai hatte das Bundeskriminalamt (BKA) einen starken Anstieg antisemitischer Straftaten für 2021 um 29 Prozent auf den Höchststand von 3.027 Delikten gemeldet. Der RIAS-Bericht zeigt: Auch 2021 kam Antisemitismus in allen Erscheinungsformen und sämtlichen Vorfällen zum Ausdruck.

Den gesamten Jahresbericht „Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2021“ zum Nachlesen gibt es hier: https://report-antisemitism.de/documents/Antisemitische_Vorfaelle_in_Deutschland_Jahresbericht_RIAS_Bund_2021.pdf / eingesehen am 4. August 2022

**Bayern:
AfD-Parteiaustritt**

Zum Monatsende trat die Münchner Rechtsanwältin Monica-Ines Oppel, AfD-Gründungsmitglied aus dem Jahr 2013, aus der Partei aus. Insider machen den Rechtsruck der AfD bei dem Parteitreffen in Riesa für den Abgang verantwortlich. Oppel leitete viele Jahre bis zum Parteitag in Riesa als Präsidentin das Bundesschiedsgericht der AfD, eines der wichtigsten Parteigremien, das zum Beispiel in Streitfällen über den Ausschluss von Extremisten entscheidet. So besiegelte Oppel 2020 den Ausschluss des Rechtsextremisten Andreas Kalbitz mit.

<https://taz.de/Austritt-nach-Rechtsruck-der-AfD/!5861070/> / eingesehen am 28. Juni 2022

**Baden-Württemberg:
Ludendorffer im württembergischen Herboldshausen**

Ein Bauernhaus im württembergischen Herboldshausen ist ein zentraler Treffpunkt der extremen Rechten in Süddeutschland. So fand 2020 ein „Gemeinschaftstag Süd“ der NPD-Jugendorganisation Junge Nationalisten, 2021 ein „Thing der Titanen“ der regionalen Rechtsextremisten-Gruppierung WIR Heilbronn und 2022 ein „Aktivistenwochenende“ der Identitären Bewegung Schwaben statt. Seit Jahren betreibt der rechtsextreme Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff) e.V. (BfG) das Haus. 1972 hatte der langjährige BfG-Vorsitzende Dr. Gunther Duda (1926 – 2010) die Immobilie gekauft. Im Verfassungsschutzbericht des Landes Baden-Württemberg sucht man bislang vergeblich nach Informationen über die religiös-völkische Politsekte.

Die Broschüre „Nur nette Nachbarn? Der Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff) e.V. in Hohenlohe“ informiert über Aktivitäten und Positionen des BfG und erklärt, welche Rolle der Verein und sein „Jugendheim“ in der extremen Rechten spielen. Bestellt werden kann die Broschüre bei der Recherche Nordwürttemberg (recherche-nordwuerttemberg@posteo.de). Der Unkostenbeitrag beträgt 3,- Euro.

**Thüringen:
Tragen von „Judenstern“-Emblem
mit „Ungeimpft“-Aufschrift ist
Volksverhetzung**

Das Amtsgericht Erfurt hat am 30. Juni eine Frau wegen Volksverhetzung zu einer Geldstrafe von 1.200,- Euro verurteilt. Die Verurteilte hatte auf einer Demonstration in Erfurt einen so genannten „Judenstern“ mit der Aufschrift „Ungeimpft“ getragen. Die Bezeichnung „Judenstern“ war von den Nationalsozialisten mit den Nürnberger Rassegesetzen 1935 eingeführt worden. Die Verwendung von Judensternen gilt als Verharmlosung des Holocaust.

<https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/mitte-thueringen/erfurt/urteil-ungeimpft-juden-stern-strafe-100.html> / eingesehen am 30. Juni 2022

Thüringen:
**Rechtsextremes Lesertreffen
im Herbst**

Vom 30. September bis 3. Oktober findet das 18. Lesertreffen der Neonazi-Postille *Recht und Wahrheit* von Meinolf Schönborn (Hessen) statt. Getagt wird im Ausflugs- und Ferienhotel Hufhaus im nordthüringischen Ilfeld (Landkreis Nordhausen). Hier finden seit über 20 Jahren regelmäßig rechtsextreme Veranstaltungen statt. Schönborn (Jg. 1955) ist seit 2009 Herausgeber des seit Mitte der 1980er Jahre erscheinenden Polit-Magazins *Recht und Wahrheit*. Die Zeitschrift richtet sich sowohl an die Neonazi-Szene als auch das in sich zersplitterte Spektrum der Reichsbürger. Schönborn war Anführer der 1992 wegen Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus verbotenen Neonazi-Truppe Nationalistische Front (NF). Der knasterfahrene Schönborn hatte 1991 einen NF-Aufruf zur Gründung eines Nationalen Einsatzkommandos (NEK) unterzeichnet. Aufgabe des NEK sollte die Aufstellung kadermäßig gegliederter, mobiler Verbände sein, die für den politischen Kampf auf der Straße und die Planung und Koordinierung überraschender Gewaltaktionen vorgesehen waren. Schönborn wird in der amtlich geheimgehaltenen „Vorläufigen Materialsammlung für ein mögliches NPD-Verbotsverfahren“ (2012) des Bundesamtes für Verfassungsschutz als „verurteilter Rechtsterrorist“ eingestuft. Zitiert wird in der Materialsammlung ein Text von Schönborn, der 2008 auf einer NPD-Internetseite veröffentlicht wurde. O-Ton Schönborn: „Wir als nationale Sozialisten sehen unsere Aufgabe. Die Lüge von der Alleinschuld des Krieges muß vernichtet werden. Geschichte kann man nicht fälschen.“ An anderer Stelle führte der mehrfach verurteilte Schönborn aus: „Die BRD ist ein Besatzungskonstrukt. Nur das Deutsche Reich kann als Nationalstaat aller Deutschen, als einzige Instanz auch deren Interessen vertreten. Die Handlungsfähigkeit des Reichs wieder herzustellen ist unser Wille.“

Schönborn referiert beim „Lesertreffen“ zum Thema „Was für Rückschlüsse müssen wir aus dem totalen Versagen der gesamten ‚Rechten‘ seit dem 9. Mai 1945 bis heute ziehen. Wir brauchen neue Ziele, neue Strukturen, neue Organisationsformen, neue Wege, neue Gedanken usw.!“

Der „flämische Aktivist“ Rob Verreycken (Jg. 1970) beleuchtet das Thema „Geschichte und Gegenwart des flämisch-wallonischen Nationalitätenkonflikts in Belgien“. Verreycken hat seine politische Heimat bei der rechtsextremen Partei Vlaams Belang (Vorgänger: Vlaams Blok). Er vertritt die Überzeugung, dass Belgien ein „Kunststaat“ sei, der „seit seiner Entstehung als Ergebnis der revolutionären Umbrüche des Jahres 1830 ein Musterbeispiel für das Scheitern des zwangsweisen Zusammenpressens verschiedener Völker in einem Staat“ steht.

Aus dem Schwarzwald reist Ralph Kästner (Jg. 1988) an und hält einen „Vortrag über seine Erlebnisse als politischer Gefangener der BRD“. Eingeführt wird Kästner in der Einladung mit den Worten: Kästner „ist als langjähriger Aktivist, vor allem im süddeutschen Raum, bekannt. Im Januar 2016 kam er durch seine Administratortätigkeit bei dem Nachrichtenportal Altermedia-Deutschland für mehrere Wochen in U-Haft und wurde im Februar 2018 vom Oberlandesgericht Stuttgart wegen ‚Bildung und Rädelführerschaft einer kriminellen Vereinigung‘ zu einer Haftstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten verurteilt.“ Auf dem Internetportal wurden Morddrohungen verbreitet, Menschen mit Ungeziefer gleichgesetzt und der Holocaust geleugnet. „Diese Strafe hat er bereits abgesessen. Durch sein nationales Objekt ‚Die Methalle‘ bietet er verschiedenen Aktivisten und Kameradschaften einen Treffpunkt für Zusammenkünfte und Veranstaltungen im südbadischen Raum. Außerhalb des Weltnetzes ist er bei Freien Kameradschaften aktiv und unterstützt unser Projekt *Recht und Wahrheit*. In seinem Vortrag erläutert er, was es mit Altermedia-Deutschland auf sich hatte, wie das anschließenden Gerichtsverfahren gelaufen ist.“

Den „Kameradschaftsabend“ gestaltet der rechtsextreme Liedermacher Frank Rennie. Der ehemalige NPD-Bundespräsidentenkandidat will „30 Jahre Lieder gegen den Zeitgeist“ aufspielen.

Homepage Recht und Wahrheit / eingesehen am 4. August 2022

Index

- Orte**
- Altenstadt (Hessen) 23
 - Amsterdam (Niederlande) 47
 - Baden-Baden (Baden-Württemberg) 4, 5
 - Baden-Württemberg 3, 4, 5, 6, 7, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 19, 20, 21, 22, 28, 29, 31, 33, 34, 35, 36, 38, 40, 41, 43, 44, 45, 47, 48, 49, 50
 - Ballstädt (Thüringen) 40
 - Bayern 4, 5, 8, 13, 14, 16, 24, 29, 32, 34, 40, 44, 45, 49
 - Belgien 16, 50
 - Berlin 10, 11, 15, 23, 33, 40, 45, 46, 47
 - Boxberg-Bobstadt (Baden-Württemberg) 14
 - Brandenburg 4, 10, 11, 14, 15, 22, 27, 28, 32, 34, 38
 - Braunschweig (Niedersachsen) 13
 - Bulgarien 17, 18
 - Bundesrepublik Deutschland 9, 10, 11, 12, 14, 15, 16, 17, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 33, 35, 36, 37, 39, 41, 43, 47, 48, 49
 - Dänemark 16, 25
 - Ditzingen (Baden-Württemberg) 38
 - Dohna (Sachsen) 39
 - Dortmund (Nordrhein-Westfalen) 17, 18, 30
 - Efringen-Kirchen, Ortsteil Wintersweiler (Baden-Württemberg) 12
 - Eisenach (Thüringen) 10
 - Erlangen (Bayern) 44, 45
 - Essen-Borbeck (Nordrhein-Westfalen) 3, 23
 - Estland 16
 - Falkensee (Brandenburg) 14
 - Filstal (Baden-Württemberg) 21
 - Frankreich 3, 4, 5, 6, 7, 8, 13, 16, 18, 27, 28, 41
 - Freiburg im Breisgau (Baden-Württemberg) 10, 12, 31
 - Gaggenau (Baden-Württemberg) 5, 6
 - Gelsenkirchen (Nordrhein-Westfalen) 24
 - Göppingen (Baden-Württemberg) 15
 - Görlitz (Sachsen) 39
 - Grimma (Sachsen) 39
 - Günzburg (Bayern) 16
 - Hamburg 11, 21, 33, 45
 - Heilbronn (Baden-Württemberg) 13, 14, 21, 28, 29, 34, 49
 - Herboldshausen – Kirchberg an der Jagst (Baden-Württemberg) 13, 28, 49
 - Herne (Nordrhein-Westfalen) 24
 - Hessen 7, 10, 23, 24, 28, 34, 43, 46, 50
 - Hessental (Baden-Württemberg) 5
 - Iffezheim (Baden-Württemberg) 6
 - Ilfeld (Thüringen) 50
 - Ingelfingen (Baden-Württemberg) 13
 - Israel 9, 10, 13, 30, 43, 44, 49
 - Jerusalem 30
 - Kandel (Rheinland-Pfalz) 38
 - Karlsruhe (Baden-Württemberg) 5, 9, 19, 22, 43, 44
 - Kassel (Hessen) 43, 46
 - Kehl (Baden-Württemberg) 6, 7, 13
 - Kinzigtal (Baden-Württemberg) 5
 - Kirchberg an der Jagst - Herboldshausen (Baden-Württemberg) 13, 28, 49
 - Kochendorf (Baden-Württemberg) 5
 - La Courneuve (Frankreich) 4
 - Lampertheim (Hessen) 28
 - Leipzig (Sachsen) 3, 32, 37
 - Leverkusen (Nordrhein-Westfalen) 35
 - Lidice (Tschechien) 37
 - London (Vereinigtes Königreich) 4, 5
 - Lothringen (Frankreich) 7, 8
 - Magdeburg (Sachsen-Anhalt) 27, 33
 - Mannheim-Sandhofen (Baden-Württemberg) 7
 - Mannheim-Schönau (Baden-Württemberg) 28
 - Mantel (Bayern) 29
 - Mecklenburg-Vorpommern 10, 13, 16, 21, 24, 25, 28
 - Meißen (Sachsen) 32
 - Metz (Frankreich) 6
 - Meurthe-et-Moselle (Frankreich) 8
 - Michelbach an der Bilz (Baden-Württemberg) 38
 - Mönchengladbach (Nordrhein-Westfalen) 37
 - Neckar-Alb (Baden-Württemberg) 21
 - Neustadt an der Weinstraße (Rheinland-Pfalz) 14, 31
 - New York (USA) 17
 - Niederbühl (Baden-Württemberg) 5
 - Niederfrohna (Sachsen) 39
 - Niederlande 47
 - Niedersachsen 10, 13, 14, 33, 39, 48
 - Nordrhein-Westfalen 3, 10, 13, 14, 17, 18, 23, 24, 30, 33, 35, 36, 37, 42
 - Nordsachsen (Sachsen) 39
 - Nürnberg (Bayern) 4, 5, 8, 32, 40, 44
 - Oberhausen (Nordrhein-Westfalen) 24
 - Oberkirch (Baden-Württemberg) 9
 - Ortenaukreis (Baden-Württemberg) 10

Oßmaritz (Thüringen) 34
 Österreich 13, 16, 26, 27, 29, 44, 47
 Pforzheim (Baden-Württemberg) 19, 44
 Plauen (Sachsen) 38
 Polen 7, 18, 28, 41, 42
 Portugal 25
 Potsdam (Brandenburg) 4, 22, 34
 Rastatt (Baden-Württemberg) 3, 4, 5, 6, 7, 8, 33
 Ravensburg (Baden-Württemberg) 21
 Recklinghausen (Nordrhein-Westfalen) 24
 Rheingau (Hessen) 7
 Rheinland-Pfalz 5, 10, 13, 14, 21, 25, 26, 28, 31, 33, 36, 38
 Riesa (Sachsen) 24, 41, 49
 Röderaue (Sachsen) 32
 Rosenheim (Bayern) 16
 Rostock-Lichtenhagen (Mecklenburg-Vorpommern) 28
 Rotenburg an der Fulda (Hessen) 10
 Russland 3, 11, 19, 20, 22, 34, 35, 42
 Saaleck (Sachsen-Anhalt) 45
 Saarbrücken (Saarland) 5, 7
 Saarland 5, 6, 7, 8, 10, 23
 Sachsen 3, 14, 24, 30, 32, 37, 38, 39, 41, 42, 49
 Sachsen-Anhalt 21, 27, 33, 39, 40, 45
 Sandweier (Baden-Württemberg) 6
 Schirmeck (Frankreich) 5, 6
 Schleswig-Holstein 10, 13, 14, 21, 40
 Schwäbisch Hall (Baden-Württemberg) 34, 38
 Schwäbische Alb (Baden-Württemberg) 21
 Schwarzwald-Baar-Kreis (Baden-Württemberg) 21
 Schweiz 13, 17
 Slowakei 16
 Sowjetunion 7, 8, 28
 Spangenberg (Hessen) 34
 Spanien 25
 St. Georgen (Baden-Württemberg) 21
 Stollhofen (Baden-Württemberg) 7
 Strehla (Sachsen) 39
 Stuttgart (Baden-Württemberg) 19, 29, 33, 36, 38, 45, 48, 50
 Tel Aviv (Israel) 43
 Thailand 32
 Thüringen 10, 11, 13, 14, 16, 21, 23, 27, 33, 34, 40, 41, 49, 50
 Tschechien 18, 37
 Ukraine 11, 19, 20, 22, 28, 35, 42
 Ulm (Baden-Württemberg) 3, 35
 Ungarn 17, 18, 25
 Unterriexingen (Baden-Württemberg) 5
 Vaihingen an der Enz (Baden-Württemberg) 5
 Vereinigte Staaten von Amerika (USA) 4, 10, 17, 19, 23, 33, 34, 36, 37, 44
 Vereinigtes Königreich (UK) 4, 5, 25
 Villingen-Schwenningen (Baden-Württemberg) 38
 Vogtlandkreis (Sachsen) 39
 Völklingen (Saarland) 8
 Waldfischbach (Rheinland-Pfalz) 28
 Weinheim (Baden-Württemberg) 13
 Wichian Buri (Thailand) 32
 Wien (Österreich) 29, 47
 Wittenberg (Sachsen-Anhalt) 39

Institutionen, Parteien, Medien

- Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein (ADAV) 37
 Altermedia 21, 50
 Alternative für Deutschland (AfD) 9, 11, 12, 15, 16, 17, 20, 21, 24, 26, 27, 29, 31, 33, 35, 37, 38, 39, 41, 42, 44, 45, 48, 49
 American Jewish Committee (AJC) 15
 Amtsgericht Erfurt 49
 Amtsgericht Jerusalem 30
 Amtsgericht Lüneburg 48
 Amtsgericht Nürnberg 44
 Amtsgericht Uelzen 48
 Ansgar Aryan 29, 34
 Antidiskriminierungsstelle des Landes Baden-Württemberg (LADS) 20
 Arbeitskreis Sicherheit 21
 Arcalyn GmbH 13
 Atomwaffen Division (AWD) 10, 34, 37
 Atomwaffen Division Deutschland (AWDD) 10, 37
 Aufbruch Leverkusen 35
 Basisdemokratische Partei Deutschland (die-Basis) 9, 21
 BDS (Boycott, Divestment and Sanctions / Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen) 43
 Brigade Ehrhardt 46
 Bulgarischer Nationalbund (BNS) 17
 Bull's Eye (Szenekneipe) 10
 Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff) e.V. (BfG) 13, 28, 49
 Bund Heimattreuer Jugend (BHJ) 29
 Bundesarchiv-Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte 3, 4, 5, 6, 7, 8
 Bundesgerichtshof (BGH) 10, 32, 37, 39, 40
 Bundeskriminalamt (BKA) 10, 23, 25, 49
 Bundesstiftung Magnus Hirschfeld 33
 Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS) 49
 Bundesverwaltungsgericht 27
 Bürgeraktion zum Schutz der Demokratie 31
 Burschenschaft Arminia Zürich zu Heidelberg 29
 Burschenschaft Cheruskia Graz 13
 Burschenschaftliche Blätter 13
 Burschenschaftliche Gemeinschaft (BG) 39
 Center für Monitoring, Analyse und Strategie (CeMAS) 19
 Centre des archives diplomatiques 4
 Combat 18 10
 Compact 22, 35, 36, 38, 39, 41
 Corps Vandalo-Guestphalia 8
 Dansk Folkeparti 16
 Der III. Weg 3, 11, 19, 21, 24, 29, 32, 35, 38, 40, 41
 Der Stürmer 32
 Desiderius-Erasmus-Stiftung 16, 26, 35
 Deutsche Aktionsgruppen 45
 Deutsche Burschenschaft 13
 Deutsche Demokratische Partei (DDP) 46
 Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH) 35
 Deutsche National-Zeitung (DNZ) 8
 Deutsche Partei 29
 Deutsche Soziale Union (DSU) 39
 Deutsche Stimme (DS) 12, 19, 39
 Deutsche Volksunion (DVU) 8
 Deutsche Zentrumspartei 37
 Deutsches Institut für Menschenrechte (DIMR) 26
 Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung 20
 Die Aula 13
 Die Rechte 13, 17, 18, 24, 30, 39
 Die Republikaner (REP) 15, 19, 29, 35
 documenta 43
 Dokumentationsstelle Rechtsextremismus 19
 Dokumentationszentrum Zweiter Weltkrieg und deutsche Besatzungsherrschaft in Europa 47
 Ein Prozent e.V. 35
 European White Knights of the Ku Klux Klan (EWK KKK) 34
 Europol 25
 Flieder Volkshaus 10
 Fortress Europe (Festung Europa) 17, 18
 Freie Pfälzer 31
 Freie Sachsen 39
 Freiheitliche Initiative Heilbronn (FIH) 28
 Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) 16, 44
 Front National (FN) 41, 16
 FSN - The Revolution 29
 FSN-TV (Frei – Sozial – National) 29
 Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof 10, 14, 32, 37
 Generallandesarchiv Karlsruhe 9, 19, 22, 44
 Generalstaatsanwaltschaft Stuttgart 48
 Gestapo-Lager Neue Bremm 5, 7
 Gewerkschaft der Polizei (GdP) 23
 Hamburger Burschenschaft Germania 39
 Hamburger Institut für Sozialforschung (HIS) 11
 Heimattreue Deutsche Jugend (HDJ) 15
 Identitäre Bewegung Deutschland (IBD) 35, 38
 Identitäre Bewegung Schwaben 13, 49
 Identität und Demokratie (ID) 16

- Innenministerium Baden-Württemberg 16, 17
 Innenministerium Brandenburg 38
 Innenministerium Bund 14, 23, 35
 Innenministerium Niedersachsen 39
 Innenministerium Sachsen-Anhalt 33
 Institut für Sexualwissenschaft 33
 Institut für Staatspolitik (IfS) 9, 16, 35, 39
 Internationales Auschwitz Komitee 40
 Johann-Gottlieb-Fichte-Stiftung 26
 Jugendheim Hohenlohe 13, 49
 Junge Alternative für Deutschland (JA) 17, 38
 Junge Freiheit (JF) 9, 17, 22, 41
 Junge Nationaldemokraten (JN) 13, 29, 45
 Junge Nationalisten (JN) 13, 49
 Kameradschaft Jena 34
 Katehon 22
 Knockout 51 10
 Kommunalpolitische Vereinigung der NPD 28
 Konzentrationslager Bergen-Belsen 7, 47
 Konzentrationslager Bruttig-Treis 5
 Konzentrationslager Dachau 7
 Konzentrationslager Flossenbürg 5
 Konzentrationslager Hessental 5
 Konzentrationslager Natzweiler-Struthof 5, 7
 Konzentrationslager Ravensbrück 6, 37
 Konzentrationslager Sachsenhausen 28
 Konzentrationslager/Vernichtungslager
 Auschwitz 7, 24, 28, 40, 47
 Ku-Klux-Klan (KKK) 33, 34
 KZ-Außenlager Iffezheim-Sandweier 6
 KZ-Außenlager Porta Westfalica 5
 Landeskriminalamt Baden-Württemberg 33
 Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz 14
 Landeskriminalamt Sachsen 30, 32
 Landgericht Berlin 15
 Landgericht Dortmund 30
 Landgericht Freiburg 12
 Landgericht München 28
 Landgericht Neuruppin 28
 Legio Hungaria / Legion Hungary (LH) 17
 Legion Condor 11
 Les Nationalistes 18
 Liberal-Konservative Reformer (LKR) 21
 Lühe Verlag 13
 Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-
 jüdische Studien 22
 Národní a sociální fronta (Nationale und Soziale
 Front/NSF) 17, 18
 National Socialist Knights of the Ku Klux Klan
 Deutschland (NSK of the KKK) 33
 Nationaldemokratische Partei Deutschlands
 (NPD) 10, 11, 12, 13, 19, 23, 24, 29, 30, 31, 32,
 34, 39, 41, 45, 47, 49, 50
 Nationale Aktionsfront 17
 Nationales Bündnis Heilbronn (NBH) 29
 Nationales Einsatzkommando (NEK) 50
 Nationalistische Front (NF) 50
 Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
 (NSDAP) 11, 43, 44
 Nationalsozialistischer Untergrund (NSU)
 16, 29, 34, 48
 Neue Stärke Partei (NSP) 3, 24, 35
 New York Young Republicans (NYJR) 17
 Noie Werte 41
 Nordkreuz 24
 NSDAP/AO 43, 45
 Oberlandesgericht Naumburg 39
 Oberlandesgericht Stuttgart 45, 50
 Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz 26
 Organisation Consul 45
 Organisation Gehlen 47
 Parti Nationaliste Français (PNF) 18
 Politically Incorrect 31, 41
 Polizeigefängnis Theresienstadt 37
 Polizeiliches Terror- und Extremismus-Abwehr-
 zentrum Sachsen 30
 Pro NRW 35
 Radio FSN (Frei – Sozial – National) 29
 Rassemblement National (RN) 16, 41
 Rat der Frankreich-Deutschen 7
 Reichsbürger 12, 17, 25, 36, 38, 48, 50
 Reichsversand 32
 Ring freiheitlicher Studenten (RFS) 29
 Rote Armee Fraktion Japan 43
 Ruangrupa 43
 Russische Befreiungsarmee
 (Russkaja Oswoboditel'naja Armija) 3, 11
 Schwarze Wölfe 7
 Service de recherche des crimes de guerre 4
 Sicherungslager Schirmeck-Vorbruck 5, 6
 Smart & Nature 13
 Solidarnosz 41, 42
 Sonderkommando 1418 (SKD 1418) 10
 SS-Sonderlager Hinzert 6
 Staats- u. Wirtschaftspolitische Gesellschaft
 (SWG) 11, 12
 Staatsanwaltschaft Gera 40

- Staatsanwaltschaft Stuttgart 33, 34
Subversive Films 43
Szłurm 18
Tag X Deutschland 14
Taring Padi 43
Tichys Einblick 27, 28
Tribunal Général du Gouvernement Militaire de la Zone Française d'Occupation en Allemagne et en Autriche 4, 7
Tribunal Supérieur 5
Turonen-Bruderschaft 40
Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) 46
Verein Gedächtnisstätte 21
Vereinte Patrioten 14
Verfassungsgericht des Landes Brandenburg 27
Verfassungsschutz Baden-Württemberg 21, 49
Verfassungsschutz Brandenburg 27, 38
Verfassungsschutz Bund 10, 14, 15, 27, 35, 36, 50
Verfassungsschutz Niedersachsen 39
Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen 35
Verfassungsschutz Sachsen 30
Verfassungsschutz Thüringen 11
Verlag Antaios 9, 35
Verlag Der Schelm 3, 32
Vernichtungslager Chelmno 37
Vernichtungslager Sobibor 5, 28
Verwaltungsgericht Köln 27
Verwaltungsgericht Magdeburg 27
Vlaams Belang 16, 50
Vlaams Blok 50
Völkischer Beobachter 44
Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) 43
Weltwirtschaftsforum (World Economic Forum) 11, 12
WIR Heilbronn 13, 28, 49
Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen 28
Zentrum Automobil 36, 41, 42
Zentrum Gesundheit & Soziales 36
Zuerst! 12, 22, 42
-

Personen

A., Bastian 10	Fischer, Oskar 13	Kiesewetter, Michèle 16, 34
A., Heiko 14	Frank, Anne 47	Kirchweger, Ernst 29
A., Martin 16, 34	Frank, Peter 14	Klein, Birgit E. 44
A., Maximilian 10	Franz, Frank 23, 24	Klink, Gudrun 13
A., Sultan 44	Froelich, Tomasz 17	Klink, Hartmut 13
Adachi, Masao 43	Fuchs, Albert 6	Kloninger, Helga 6
Adler, Sharon 44	Gabcik, Josef 37	Klos, Rüdiger 12
Apfel, Holger 19	Gareis, Karl 46	Knobloch, Charlotte 40
Aras, Muhterem 19	Gauland, Alexander 11, 42	Kochanek, Wolfgang 31
B., Mario Walter 39	Gemmingen, Hans-Lothar von 6	Köhler, Severin 38
B., Sven 14	Glaser, Albrecht 42	Kolberg, Petra 36
Baerbock, Annalena 35	Glöckner, Olaf 22	Krah, Maximilian 17, 41, 42
Balzer, Rainer 12	Gögel, Bernd 12	Kramer, Josef 7
Baum, Andreas 9	Goßner, Hans-Jürgen 15	Kranzbühler, Otto 8
Baum, Christina 41	Grigat, Stephan 44	Kraus, Helmut 44
Beier, Matthias 32	Guérin, Nina 20	Krauss, Maximilian 16
Beisicht, Markus 35	Gumbel, Emil Julius 46	Krien, Hartmut 30
Böhlke, Ulrike 39	H., Timo 34	Kubis, Jan 37
Böhnhardt, Uwe 34	Haase, Hugo 46	Kubitschek, Götz 39, 41, 42
Brauneisen, Achim 48	Haftmann, Werner 43	Kühnen, Michael 44
Breivik, Anders Bering 3, 23	Haldenwang, Thomas 14	Kümel, Gunther 29
Brodehl, Frank 21	Hamburger, Arno 44	Lassalle, Ferdinand 37
Brusselmans, Filip 16	Harden, Maximilian 46	Lauck, Gary 44
Buchfink, Martin 9	Hartung, Stefan 39	Lauterbach, Karl 14
Buchheit, Markus 16	Hausberger, Hans 26	Le Pen, Marine 16, 41
Chrupalla, Tino 41, 42	Heise, Thorsten 23	Leemhuis, Remko 15
Cleiß, Peter 9	Hesse, Uta 39	Lehmann, Mario 33
Clemens, Carlo 24	Heubner, Christoph 40	Leinweber, Volker 13
Dangel, Michael 13, 28, 29	Heydrich, Lina 37	Levin, Shlomo 44, 45
Deckert, Günter 13	Heydrich, Reinhard 37	Liebermann, Max 19
Demjanjuk, John 5, 28	Hiemer, Ernst 32	Lobstedt, Jochen 38
Do, Anh Lan 45	Hilburger, Oliver 41	Longerich, Peter 9, 10
Doll, Paul-Julien 6	Höchst, Nicole 33	Luther, Martin 40
Dönitz, Karl 8	Höcke, Björn 12, 39, 41, 42	Maafßen, Hans-Georg 27, 36
Drokur, Nikolaus 8	Hofmann, Andreas 39	Maegerle, Anton 19
Dronov, Alexey 35	J., Manfred 12	Mahler, Horst 29
Duda, Gunther 49	Jongen, Marc 41	Maier, Albert 6
E., Marvin 34	Joron, Virginie 16	Malchow, Oliver 23
Ehab, Mohamed 44	K., Ali 44	Malleret, Thierry 12
Ehmke, Stephan 11	K., Eric 10	Malofejew, Konstantin 22
Ehrhardt, Hermann 46	K., Ingo 14	Mandic, Dubravko 12
Eichmann, Adolf 30	K., Stefan 45	Mannes, Gerd 16
Elchlepp, Dietrich 31	Kalbitz, Andreas 15, 49	Manson, Charles 36
Elsässer, Jürgen 38	Kallina, Bernd 11	Martin, Kurt 43, 44
Erzberger, Matthias 5, 46	Kardel, Hennecke 13	Mason, James 36
Faeser, Nancy 14, 23, 35	Kästner, Ralph 21, 50	Meister, Michael 16
Fischer, Hermann 45	Kern, Erwin 45	Menkens, Harm 13

- Merkel, Angela 26, 27, 36
 Meuthen, Jörg 37, 41
 Müller, Gerhard 13
 Müller, Jörg 38
 Münch, Holger 23
 Neidlein, Alexander 13
 Nerling, Nikolai 29
 Nesovic, Dragan 9
 Neufert, Frank 39
 Neuhoff, Hans 42
 Nguyen, Ngoc 45
 Nobis, Jörg 21
 O., Thomas 14
 Ochsenreiter, Manuel 22
 Oxner, Helmut 44, 45
 Paus, Lisa 20
 Pedersen, Jeremy 16
 Pflaum, Hans 6
 Pistorius, Boris 39
 Podeswa, Rainer 12
 Poeschke, Frida 45
 Probst, Hans-Ulrich 44
 Putin, Vladimir 38, 42
 R., Rudolf 45
 Rathenau, Walther 45, 46
 Reichardt, Martin 42
 Renniecke, Frank 50
 Rieffel, Peter 7
 Rinck, Frank 48
 Ringl, Leon 10
 Rink, Roberto 39
 Röchling, Ernst 6
 Röchling, Hermann 6, 8
 Rodenhausen, Wilhelm 6
 Roeder, Manfred 45
 Roewer, Helmut 11
 Röske, Stanley 10
 Roth, Claudia 23
 Rupprecht, Philipp 32
 Rzehaczek, Paul 13
 Sänze, Emil 12
 Sawallisch, Sonnhild 13
 Sayn-Wittgenstein, Doris von 21
 Scheidemann, Philipp 46
 Schenck, William 44
 Schlierer, Rolf 19
 Schmid, Achim 34
 Schmidt, Edda 48
 Schmidt, Helmut 24
 Schmidt, Martin 42
 Schmidtke, Sebastian 24
 Schmieden, Karl 5
 Schmiemann, Robin 10
 Schmoll, Fritz 5, 7
 Scholz, Olaf 35
 Schönborn, Meinolf 50
 Schreiber, Peter 39
 Schröder, Patrick 29, 34
 Schuster, Josef 43
 Schütz, Josef 28
 Schwab, Klaus 11, 12
 Schwarz, Karl 12
 Seeger, Wolfgang 13
 Seiters, Stephan 39
 Silberbauer, Karl 47
 Soros, George 36
 Spaniel, Dirk 41
 Stein, Hans Wilhelm 45
 Stein, Udo 12
 Steinbach, Erika 16, 26
 Steinitz, Benjamin 49
 Steinmeier, Frank-Walter 46
 Stödter, Helga 6
 Storch, Beatrix von 33
 Streicher, Julius 32
 Strobl, Thomas 16
 Stübgen, Michael 38
 Suhren, Fritz 6
 Suliman, Rami 44
 Surles, Rufus 44
 Tarrant, Brenton 23
 Tillessen, Heinrich 5
 Tucholsky, Kurt 46
 Umlauft, Rainer 39
 Urban, Jörg 42
 Verreycken, Rob 50
 Vilimsky, Harald 16
 Vincentz, Martin 42
 Voigt, Udo 23
 W., Edgar 45
 Wagner, Markus 24
 Wagner, Robert 43
 Wagner, Sascha 29
 Wallasch, Alexander 27, 28
 Walther, Thomas 8
 Wax, Gavin 17
 Weidel, Alice 26, 39, 41, 42
 Weigler, Sebastian 13
 Wellems, Hugo 11
 Weyel, Harald 16, 41
 Wippel, Sebastian 39
 Wirth, Joseph 45
 Witt, Uwe 37
 Witthaut, Bernhard 39
 Wolle, Carola 12
 Wunsch, Robert 6
 Y., Ae Young 44
 Zimmermann, Wolfgang 19
 Zschäpe, Beate 34
-

Erscheinungsdatum: Oktober 2022

Impressum: Landesarchiv Baden-Württemberg
Dokumentationsstelle Rechtsextremismus
www.landesarchiv-bw.de/dokumentationsstelle

Text / Redaktion: Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Gestaltung: Xdream GmbH, Karlsruhe

Das Heft erscheint vierteljährlich und wird als PDF-Datei kostenlos abgegeben.
Abonnement-Bestellungen sind unter folgender E-Mail-Anschrift möglich:
dokumentationsstelle@la-bw.de

